

# Verfassungsschutzbericht 2006



Freistaat  Sachsen

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen

**Verteilerhinweis:**

Diese Informationsbroschüre wird vom Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen im Rahmen seiner Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe zur Verwendung bei der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf das vorliegende Informationsmaterial nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl das Informationsmaterial dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben. Ein Weiterverkauf ist unzulässig.

|                           |   |
|---------------------------|---|
| <b>Definitionen</b> ..... | 3 |
|---------------------------|---|

|  |   |
|--|---|
| <b>Verfassungsschutz auf einen Blick</b> ..... | 5 |
|--|---|

### **Rechtsextremismus**

|   |    |
|---|----|
| Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der rechtsextremistischen Bestrebungen ..... | 9  |
| Überblick in Zahlen .....   | 12 |
| Entwicklungstendenzen im Rechtsextremismus .....  | 14 |
| Rechtsextremistische Szenen .....   | 15 |
| Rechtsextremistische Parteien   |    |
| NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) .....   | 23 |
| DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU) .....   | 35 |
| Sonstige rechtsextremistische Bestrebungen  |    |
| JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUSSEN (JLO) .....   | 37 |
| Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste (Auswahl) .....                               | 39 |
| Rechtsextremistische Publikationen und solche, in denen Rechtsextremisten publizieren .....     | 39 |

### **Linksextremismus**

|  |    |
|--|----|
| Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der linksextremistischen Bestrebungen ..... | 41 |
| Überblick in Zahlen .....  | 41 |
| Entwicklungstendenzen im Linksextremismus .....  | 43 |
| Autonome .....   | 44 |
| Marxistisch-Leninistische Bestrebungen   |    |
| DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) .....   | 52 |
| KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS (KPF DER PDS) .....                               | 53 |
| Trotzkismus .....  | 54 |
| Linksextremistische Publikationen und solche, in denen Linksextremisten publizieren .....      | 54 |

### **Ausländerextremismus**

|  |    |
|--|----|
| Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der ausländerextremistischen Bestrebungen ..... | 56 |
| Überblick in Zahlen .....  | 57 |
| Entwicklungstendenzen im Ausländerextremismus .....  | 58 |
| Islamismus und Islamistischer Terrorismus .....  | 58 |
| Kurdischer Extremismus   |    |
| VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KGK bzw. KONGRA-GEL) .....   | 60 |

|   |    |
|---|----|
| Iranischer Extremismus  |    |
| VOLKSMODJAHEDIN IRAN - ORGANISATION (MEK) und NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN (NWRI) . . . . . | 63 |
| ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN (API) . . . . .  | 64 |
| Publikationen ausländerextremistischer Organisationen . . . . .                               | 65 |
| <b>SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)</b> . . . . .  | 67 |
| <b>Spionageabwehr im Freistaat Sachsen</b> . . . . .  | 69 |
| <b>Politisch motivierte Kriminalität</b> . . . . .  | 73 |
| <b>Gesetzesanhang</b> . . . . .   | 75 |
| <b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .   | 87 |
| <b>Abkürzungsverzeichnis</b> . . . . .  | 93 |
| <b>Verzeichnis der Orte, Landkreise, Regionen, Länder</b> . . . . .                           | 97 |

Hinweis:

Vereinzelte Textdopplungen sind beabsichtigt, um auch dem „eiligen“ Leser, der sich auf die Lektüre einzelner Abschnitte beschränken muss, eine möglichst umfassende Information zu bieten.

## Definitionen

Im Folgenden werden einige Fachbegriffe näher erläutert.

### Bestrebungen

Bestrebungen im Sinne des Verfassungsschutzes sind in § 3 Abs. 1 Sächsisches Verfassungsschutzgesetz (SächsVSG)<sup>1</sup> definiert. Danach sind dies vor allem ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen (einzelner Personen) in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen.

### Mitgliederzahlen/Teilnehmerzahlen

Die im Bericht genannten Mitglieder- und Teilnehmerzahlen beruhen auf Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen und enthalten z. T. gesicherte Schätzungen.

### Politisch motivierte Kriminalität

Der politisch motivierten Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie

- den demokratischen Willensbildungsprozess beeinflussen sollen, der Erreichung oder Verhinderung politischer Ziele dienen oder sich gegen die Realisierung politischer Entscheidungen richten,
- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. eines ihrer Wesensmerkmale, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes zum Ziel haben,
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- gegen eine Person gerichtet sind und die Tathandlung mit ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder ihrem äußeren Erscheinungsbild, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrem gesellschaftlichen Status im Kausalzusammenhang steht, bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.

Darüber hinaus werden Tatbestände erfasst, weil sie Staatsschutzdelikte sind, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann. Darunter zählen beispielsweise:

- Friedensverrat und Hochverrat (§§ 80-83 Strafgesetzbuch [StGB]),
- Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates (§§ 84-91 StGB),
- Landesverrat (§§ 94-100a StGB),
- Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a StGB)<sup>2</sup>.

### Politisch motivierte Gewaltkriminalität

Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist die Teilmenge der politisch motivierten Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst folgende Deliktsbereiche:

- Tötungsdelikte,
- Körperverletzungen,
- Brand- und Sprengstoffdelikte,
- Landfriedensbruch,
- Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn-, und Straßenverkehr,
- Freiheitsberaubung,
- Raub,
- Erpressung,
- Widerstandsdelikte,
- Sexualdelikte.

### Terrorismus

Terroristische Delikte werden ebenfalls als politisch motivierte Kriminalität erfasst. Die Definition des Begriffes „Terrorismus“ ergibt sich aus der gesetzlichen Fassung des Straftatbestandes „Bildung terroristischer Vereinigungen“ (§ 129a StGB). Als Terrorismus werden schwerwiegende politisch motivierte Gewaltdelikte (so genannte Katalogtaten des § 129a StGB) angesehen, die im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes planmäßig begangen werden, in der Regel durch arbeitsteilig organisierte und verdeckt operierende Gruppen. Terroristische Straftaten durch ausländische Gruppierungen mit eigenständiger Teilorganisation in der Bundesrepublik Deutschland, z. B. islamische Extremisten (Islamisten), sind von der Definition umfasst. Nach der Vorschrift des § 129b StGB sind darüber hinaus entsprechende Aktivitäten in oder für terroristische Vereinigungen in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, sowie unter bestimmten Bedingungen auch im sonstigen Ausland, strafbar.

<sup>1</sup> Das SächsVSG ist abrufbar unter [www.sachsen.de/verfassungsschutz](http://www.sachsen.de/verfassungsschutz).

<sup>2</sup> Der Inhalt des Strafgesetzbuches kann im Internet abgerufen werden: [www.bundesrecht.juris.de/bundesrecht/stgb/index.html](http://www.bundesrecht.juris.de/bundesrecht/stgb/index.html).

## Themenfelder

Themenfelder der politisch motivierten Kriminalität wurden bundeseinheitlich vereinbart. Ausgehend von den Umständen der Tat werden nach dem vorgesehenen Definitionssystem die Taten zunächst einem Themenfeld zugeordnet. Eine phänomenologische Zuordnung erfolgt danach auf Grund ggf. weiterer Informationen zur Tat bzw. zum Täter.

## Phänomenbereiche

### Politisch motivierte Kriminalität rechts

Politisch motivierter Kriminalität -rechts- werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer „rechten“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elements der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss.

Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

### Politisch motivierte Kriminalität links

Politisch motivierter Kriminalität -links- werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung (z. B. nach Art der Themenfelder) einer „linken“ Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elements der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (Extremismus) zum Ziel haben muss.

Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu Autonomie, Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

### Politisch motivierte Ausländerkriminalität

Politisch motivierter Ausländerkriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat oder der Erkenntnisse über den Täter Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte Einstellung des Täters entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere wenn sie darauf gerichtet sind

- Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder
- aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland

zu beeinflussen.

Straftaten der politisch motivierten Ausländerkriminalität können auch durch deutsche Staatsangehörige begangen werden.

### Straftaten mit extremistischem Hintergrund/Extremistische Kriminalität

Extremistische Kriminalität ist eine Teilmenge der politisch motivierten Kriminalität. Der extremistischen Kriminalität werden Straftaten zugeordnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, d. h. darauf zielen, einen der folgenden Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen:

- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- der Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

## Verfassungsschutz auf einen Blick<sup>3</sup>

### Welche Aufgaben hat das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen?

Die Aufgaben des LfV Sachsen ergeben sich aus dem „Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen“ (SächsVSG)<sup>4</sup>. Dem LfV Sachsen obliegt demnach die Sammlung und Auswertung von Informationen zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder. Das LfV Sachsen beobachtet Bestrebungen aus den nachfolgend genannten Bereichen.

- Extremistische Bestrebungen

Eine Bestrebung ist extremistisch, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass durch politisch bestimmte Verhaltensweisen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beeinträchtigt oder beseitigt werden sollen.

Bestrebungen dieser Art gehen insbesondere von rechts-, links- oder ausländerextremistischen Gruppierungen aus. In § 3 Absatz 2 des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes sind die obersten Verfassungsgrundsätze benannt. Der Verfassungsschutz dient somit dem Schutz des Kernbestandes der verfassungsmäßigen Ordnung.

Zudem beobachtet das LfV Sachsen Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, sowie solche Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind.

- Spionageabwehr

Die Spionageabwehr hat die Aufgabe, sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten von Nachrichtendiensten fremder Staaten in der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen und aufzuklären.

Auch die Beobachtung fortwirkender Strukturen und

Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sowie die mögliche Reaktivierung nachrichtendienstlicher Verbindungen zu fremden Nachrichtendiensten durch deren ehemalige Mitarbeiter und Helfer ist Bestandteil der Spionageabwehr.

Zudem ist die Aufklärung von Proliferation<sup>5</sup> Teil der Spionageabwehr.

Neben diesen Aufgaben nimmt das LfV Sachsen so genannte Mitwirkungsaufgaben wahr. Es ist u. a. beteiligt an:

- Sicherheitsüberprüfungen von Personen, die mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden sollen,
- der Durchführung von technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen.

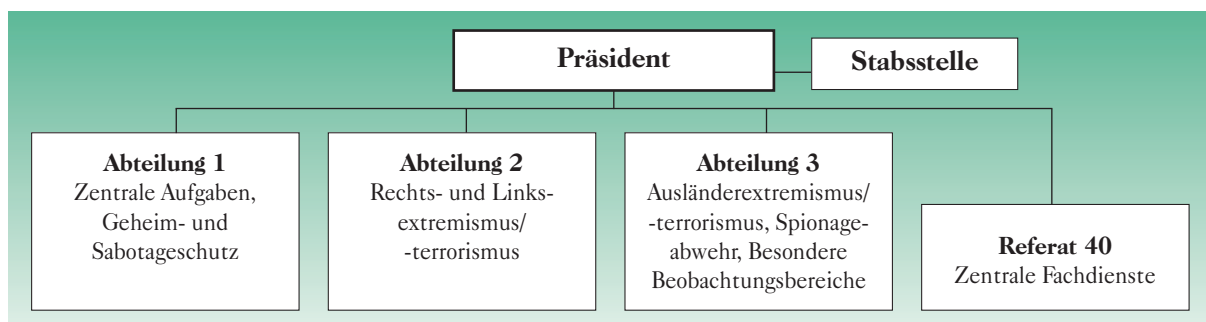
Ebenso wirkt das LfV Sachsen auf Ersuchen mit bei:

- der Überprüfung von Personen, die sich um die Einstellung im öffentlichen Dienst bewerben, sowie bei der Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wenn der Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
- der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern und
- Überprüfungen, soweit diese gesetzlich vorgesehen sind, z. B. nach dem Aufenthalts-, dem Atom-, dem Sprengstoff- und dem Luftsicherheitsgesetz.

### Wie ist das LfV Sachsen organisiert?

Das LfV Sachsen wurde am 3. November 1992 durch die Sächsische Staatsregierung im Geschäftsbereich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern errichtet.

Zum 31. Dezember 2006 hatte das Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 208 Stellen. Die Organisation stellt sich wie folgt dar:



<sup>3</sup> Einen umfassenden Überblick über Aufgaben und Befugnisse des LfV Sachsen gibt die Broschüre „Verfassungsschutz im Blickpunkt“. Diese ist kostenfrei beim LfV Sachsen erhältlich bzw. abrufbar unter [www.sachsen.de/verfassungsschutz](http://www.sachsen.de/verfassungsschutz).

<sup>4</sup> Das SächsVSG ist abrufbar unter [www.sachsen.de/verfassungsschutz](http://www.sachsen.de/verfassungsschutz).

<sup>5</sup> Als Proliferation wird die illegale Herstellung und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologie sowie Mitteln und Know-how zu deren Entwicklung und Herstellung bezeichnet.

## Wie sammelt der Verfassungsschutz seine Informationen?

Der Verfassungsschutz sammelt seine Informationen überwiegend aus für jedermann zugänglichen Quellen. Um verfassungswidrige Bestrebungen feststellen zu können, wertet der Verfassungsschutz u. a. Parteiprogramme, Publikationen, Flugblätter und Internetseiten, die Reden von Funktionären und anderes öffentliches Material aus. Außerdem bezieht er seine Informationen aus öffentlichen Veranstaltungen oder holt sie von anderen Behörden ein, soweit das SächsVSG dies zulässt.

Bei im Verborgenen stattfindenden Aktivitäten ist der Verfassungsschutz gesetzlich ermächtigt, so genannte nachrichtendienstliche Mittel bei der Informationsgewinnung einzusetzen. Dabei ist er insbesondere an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden. Zu den nachrichtendienstlichen Mitteln zählen:

- der Einsatz von Vertrauensleuten (V-Leuten), Informanten und Gewährspersonen, d. h. von Personen, die für den Verfassungsschutz Informationen aus verfassungsfeindlichen Organisationen beschaffen oder logistische bzw. sonstige Hilfe leisten, ohne ihre Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz zu erkennen zu geben,
- die Observation, d. h. das verdeckte Beobachten von Personen und Objekten,
- die Nutzung von Tarnmitteln, mit denen verborgen werden soll, dass der Verfassungsschutz beobachtet, wie z. B. Tarnkennzeichen,
- die Anwendung technischer Hilfsmittel wie Bild- und Tonaufzeichnungen,
- die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs sowie
- die Wohnraumüberwachung.

Die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs ist ein sehr bedeutender Eingriff in das Grundrecht auf Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Art. 10 Grundgesetz [GG] und Art. 27 Sächsische Verfassung [SächsVerf]). Diese Maßnahme ist deshalb in einem besonderen Gesetz geregelt, dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel-10-Gesetz – G 10)<sup>6</sup>. Demnach dürfen Telefongespräche nur mitgehört und aufgezeichnet, Briefe nur geöffnet und gelesen werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass bestimmte schwere Straftaten, wie z. B. Betätigung in einer terroristischen Vereinigung, Hoch-/Landesverrat oder geheimdienstliche Agententätigkeit, geplant oder begangen werden bzw. wurden.

Der Präsident des LfV Sachsen muss einen entsprechenden Antrag beim Sächsischen Staatsministerium

des Innern stellen. Nur der Staatsminister des Innern oder sein Stellvertreter können einen solchen Eingriff anordnen. Über die vorgesehenen Beschränkungsmaßnahmen wird die vom Sächsischen Landtag gewählte G 10-Kommission unterrichtet, die über Zulässigkeit und Notwendigkeit der Maßnahmen entscheidet.

Das SächsVSG lässt in besonderen Fällen ebenfalls einen Eingriff in das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG und Art. 30 SächsVerf) zu. Zum Schutz dieses Grundrechtes sind die Voraussetzungen für eine Wohnraumüberwachung in einem gesonderten Paragraphen (§ 5a) des SächsVSG geregelt worden. Danach dürfen technische Mittel zur Informationsgewinnung in Wohnräumen nur dann verdeckt eingesetzt werden, wenn die Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis nach dem G 10 vorliegen und darüber hinaus der verdeckte Einsatz zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für bedeutende fremde Sach- oder Vermögenswerte erforderlich ist und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

Zusätzlich wurden zur Gewährleistung der Grundrechte besondere Vorkehrungen zum Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung (Intimsphäre) und von Berufsgeheimnisträgern (z. B. Geistliche, Strafverteidiger) getroffen. Ebenso wurden zum Schutz der aus einer Wohnraumüberwachung gewonnenen Daten besonders restriktive Vorschriften zu deren Löschung und Übermittlung in das SächsVSG eingefügt.

Über die Anordnung einer Wohnraumüberwachung entscheidet auf Antrag des LfV eine besondere Kammer des Landgerichtes. Zusätzlich ist die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages (PKK) über angeordnete Wohnraumüberwachungen zu unterrichten.

## Was geschieht mit den Informationen, die das LfV Sachsen sammelt?

Die Informationen, die der Verfassungsschutz auf Grund seines gesetzlichen Auftrages sammelt, werden analysiert, d. h. sie werden gesichtet, geprüft und bewertet. Die gewonnenen Erkenntnisse sind Grundlage für die Berichterstattung des LfV Sachsen gegenüber:

- dem Sächsischen Staatsministerium des Innern,
- anderen Verfassungsschutzbehörden (Bund und Länder),

<sup>6</sup> Das Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses sowie das Gesetz zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz im Freistaat Sachsen sind unter [www.sachsen.de/verfassungsschutz](http://www.sachsen.de/verfassungsschutz) abrufbar.



- dem Militärischen Abschirmdienst (MAD), der die Aufgaben des Verfassungsschutzes auf dem Gebiet der Bundeswehr wahrnimmt, und dem Bundesnachrichtendienst (BND), der Auslandsaufklärung betreibt,
- Strafverfolgungsbehörden (Staatsanwaltschaften und Polizei),
- Behörden, die die Informationen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung benötigen (z. B. für Versammlungsverbote),
- der Öffentlichkeit.

Die Informationen des Verfassungsschutzes werden vor allem benötigt

- zur Einschätzung der Sicherheitslage,
- zur Verhinderung bzw. Verfolgung von durch Extremisten, Terroristen und Spione begangenen Straftaten,
- zur Vorbereitung von Vereins- oder Parteiverboten,
- zur Information der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Aktivitäten.

### Welche Maßnahmen führt das LfV Sachsen im Rahmen seiner öffentlichen Berichterstattung durch?

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen und Tätigkeiten gehört zu den gesetzlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes. Sie stellt einen wichtigen Präventionsbeitrag dar und soll die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Extremismus fördern. Denn nur informierte Bürgerinnen und Bürger können sich aktiv für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Die breite Öffentlichkeitsarbeit des LfV Sachsen umfasst deshalb vielfältige Maßnahmen, die für die Bedarfsträger kostenfrei sind. Dazu zählen:

- die Durchführung von Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

In Vorträgen und öffentlichen Diskussionsrunden informiert das LfV Sachsen – auch in Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen wie z. B. der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung – über politischen Extremismus allgemein und speziell über dessen Erscheinungsformen im Freistaat Sachsen sowie über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes.

Im Berichtsjahr wurden solche Veranstaltungen vor allem an Schulen, Einrichtungen der politischen Bildung, der Verwaltung, der Justiz und der Bundeswehr durchgeführt.

- die Information kommunaler Verantwortungsträger  
In Beratungsgesprächen informiert das LfV Sachsen kommunale Entscheidungsträger über regionale extremistische Bestrebungen und Aktivitäten, damit Gegenstrategien entwickelt werden können.

- die Präsentation der Wanderausstellung „Frei sein, frei bleiben! In guter Verfassung – Demokratie gegen Extremismus“

Die multimediale Ausstellung zum Rechts- und Linksextremismus richtet sich vor allem an Jugendliche. Aber auch Lehrer und Erzieher sowie alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind Zielgruppen.

Wie schon in den Vorjahren wurde die Ausstellung auch im Berichtsjahr an verschiedenen Stellen gezeigt.

- die Herausgabe von Broschüren

Die präventive Aufklärung der Öffentlichkeit über den Extremismus erfolgt auch durch die Herausgabe entsprechender Publikationen. Diese sind für Interessenten kostenlos. Sie können als Broschüre bestellt oder im Internet heruntergeladen werden.



- die Internetpräsentation  
Das Web-Angebot des LfV Sachsen unter der Adresse <http://www.sachsen.de/verfassungsschutz/> beinhaltet Informationen über die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sowie Mitteilungen zu aktuellen Sachverhalten aus den Beobachtungsfeldern. Querverweise ermöglichen die Verbindung zu Homepages anderer Verfassungsschutzbehörden. Außerdem können vom LfV Sachsen herausgegebene Broschüren heruntergeladen oder online bestellt werden. Zudem besteht die Möglichkeit, per E-Mail [verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de](mailto:verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de) Kontakt mit dem LfV Sachsen aufzunehmen. Im Berichtsjahr wurden etwa 13.000 Zugriffe auf die Homepage des LfV Sachsen registriert.
- die Pressearbeit  
Die Information der Öffentlichkeit über extremistische Bestrebungen erfolgt zudem über die Medien. Im Berichtsjahr wurden über 250 Presseanfragen beantwortet.

### Wer kontrolliert das LfV Sachsen und welche Rechte haben Betroffene?

Das Sächsische Staatsministerium des Innern (SMI) kontrolliert als Fachaufsichtsbehörde die Recht- und Zweckmäßigkeit der Aufgabenwahrnehmung durch das LfV Sachsen. Als Dienstaufsichtsbehörde wacht es zudem über den ordnungsgemäßen Dienstbetrieb.

Darüber hinaus finden Kontrollen statt durch:

- die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) des Sächsischen Landtages  
Sie kontrolliert die Sächsische Staatsregierung hinsichtlich der Aufsicht des SMI über das LfV Sachsen und hinsichtlich dessen Tätigkeit.
- die G-10-Kommission des Sächsischen Landtages  
Diese Kommission prüft die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Maßnahmen nach dem Artikel-10-Gesetz – G 10, d. h. Maßnahmen der Post- und Te-

lekommunikationsüberwachung. Sie ist auch zuständig für Beschwerden.

- den Sächsischen Datenschutzbeauftragten  
Er kontrolliert die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz. Er prüft, ob das LfV Sachsen personenbezogene Daten rechtmäßig erhebt, verarbeitet oder übermittelt.  
Jeder Bürger kann sich an den Datenschutzbeauftragten wenden, wenn er der Ansicht ist, das LfV Sachsen habe bei der Erhebung und Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten seine Rechte verletzt.
- den Sächsischen Rechnungshof  
Er kontrolliert die Verwendung der Haushaltsmittel des LfV Sachsen.
- die Gerichte  
Jeder Bürger hat das Recht, gegen Maßnahmen des LfV Sachsen bei Gericht zu klagen, wenn er geltend macht, in seinen Rechten verletzt zu sein. Außerdem prüft ein Gericht die Zulässigkeit von Wohnraumüberwachungsmaßnahmen.
- die Öffentlichkeit  
Durch die Medienberichterstattung wird die Tätigkeit des LfV Sachsen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und erfährt damit auch deren Kontrolle.

### Verfassungsschutz und Polizei

Verfassungsschutz und Polizei sind getrennt organisiert und mit unterschiedlichen Befugnissen ausgestattet (Trennungsgebot). Das Trennungsgebot ist in der Sächsischen Verfassung wie auch im Sächsischen Verfassungsschutzgesetz verankert. Es besagt insbesondere, dass der Verfassungsschutz keiner Polizeibehörde angegliedert werden darf. Auch stehen ihm Zwangsbefugnisse, wie sie der Polizei eingeräumt sind, nicht zu. Er darf also weder Personen festnehmen, durchsuchen, vorladen, vernehmen noch Wohnungen durchsuchen oder Gegenstände beschlagnehmen. Er darf auch keine Verbote oder Auflagen aussprechen. Es gibt zudem keinen unbeschränkten Informationsaustausch.

## Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der rechtsextremistischen Bestrebungen – Was ist Rechtsextremismus und woran erkennt man ihn?

Rechtsextremisten lehnen wesentliche Grundelemente unserer Verfassungsordnung ab – auch wenn sie in öffentlichen Äußerungen vorgeben, auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen. Sie streben eine politische Ordnung an, in der die ethnische oder rassische Zugehörigkeit eines Menschen die größte Bedeutung hat. Ihr werden alle anderen Interessen und Werte, auch Menschen- und Bürgerrechte, untergeordnet.

Verfassungsfeindliche Ziele erkennt man u. a.:

- am Willen, die Freiheitsrechte des Einzelnen abzuschaffen und eine völkische Gemeinschaft zu errichten

Für Rechtsextremisten ist die Nation eine Gemeinschaft unter völkischen Gesichtspunkten: „Nur wer deutsches Blut in seinen Adern fließen hat, kann für uns Deutscher sein“<sup>7</sup>.

Die eigene Nation wird dabei als absolutes Gut angesehen, dem sich sowohl andere Nationen und Völker als auch die – in der Verfassung garantierten – Rechte des Einzelnen unterzuordnen haben. In einer vom NPD-Bundesvorstand herausgegebenen Handreichung wird dazu ausgeführt: „Die NPD ist eine idealistische deutsche Erneuerungsbewegung, die der noch unter dem Schutt der Zeit liegenden Volksgemeinschaft den Weg ebnet wird.“<sup>8</sup> Eine weitere Passage zeigt, wie wenig die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte für die NPD Bedeutung haben, „(...) die Grundrechtsbestimmungen tiefen vor Menschenrechtstümelei und stellen Deutsche im eigenen Land de facto mit Ausländern gleich, und das Grundgesetz hat einem gemeinwohl-schädigenden Individualismus und Parteienregime den Weg geebnet.“<sup>9</sup>

- an aggressiver Fremdenfeindlichkeit, die sich auch in Rassismus und Antisemitismus ausdrückt

Rechtsextremisten bewerten die eigene „Rasse“ als ein so wichtiges Gut, dass sich die Interessen anderer Nationalitäten, aber auch die Rechte des Einzelnen dem unterzuordnen haben. Nach ihrer Vorstellung soll das deutsche Volk vor „rassisch minderwertigen Ausländern“ und vor einer „Völker-

vermischung“ bewahrt werden. In einem Schulungsheft der NPD wird diese Haltung begründet: Eines „der wichtigsten biologischen Grundprinzipien“ sei „das der Erhaltung der Art. Sämtliche Regelungen, die man für das menschliche Leben trifft, müssen das berücksichtigen.“<sup>10</sup>

Die fremdenfeindliche Haltung der NPD resultiert also aus der Überzeugung, dass eine Integration von Ausländern der „Art der Deutschen“ schaden würde und letztendlich die „Rasse“ des Deutschen Volkes infolge „Durchmischung“ mit „fremdem Blut“ untergehen würde.

In einem Staat nach Vorstellung von Rechtsextremisten würden jene Menschen ausgegrenzt, die nicht dem rassischen Ideal der Rechtsextremisten entsprechen. Dies widerspricht der in unserer Verfassung garantierten Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Zudem verkehrt diese Sichtweise das Menschenbild des Grundgesetzes ins Gegenteil: Die Würde des Menschen, die bedingungs- und voraussetzungslos jedem Menschen eigen ist, wäre von der biologisch-genetischen Teilhabe an der Volksgemeinschaft abhängig.

Rechtsextremismus ist auch geprägt von Antisemitismus. Häufig verbreiten Rechtsextremisten ein Geschichtsbild, dem obskure Verschwörungstheorien, wie die Behauptung einer „jüdischen Weltverschwörung“, zugrunde liegen. Oft verbinden sich auch antisemitische Positionen mit Antiamerikanismus. So äußerte beispielsweise der NPD-Funktionär und jetzige Landtagsabgeordnete Jürgen GANSEL: „In Washington und New York – ob hier etwa der Schwanz Israel mit dem Hund USA wedelt oder nicht, sei dahingestellt – sitzen daher die Todfeinde der Völker. Sein und Nichtsein der Deutschen, Europäer und aller anderen Völker hängt davon ab, ob sie den Willen und die Kraft haben, sich zu entamerikanisieren und zu renationalisieren.“<sup>11</sup>

- an der fehlenden Distanz zum Nationalsozialismus des Dritten Reiches

Sie reicht von Verharmlosung bis Verherrlichung des Nationalsozialismus. So glorifizieren Rechtsextremisten beispielsweise Nationalsozialisten aus dieser Zeit, z. B. den ehemaligen Stellvertreter Adolf Hitlers Rudolf Heß. Darüber hinaus lehnen sie sich zum Teil auch eng an die Sprache und Programmatik dieser Zeit an.

Der Bundesvorsitzende der NPD Udo VOIGT bezeichnete kurz nach der sächsischen Landtagswahl

<sup>7</sup> Aus einer Rede von Holger APFEL, stellvertretender Bundesvorsitzender der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) und seit Oktober 2004 sächsischer Landtagsabgeordneter, bei einer Demonstration der NPD am 1. Mai 2001 in Dresden.

<sup>8</sup> ARGUMENTE FÜR KANDIDATEN & FUNKTIONSTRÄGER, 2. Auflage, Juni 2006, S. 25.

<sup>9</sup> ARGUMENTE FÜR KANDIDATEN & FUNKTIONSTRÄGER, 2. Auflage, Juni 2006, S. 30.

<sup>10</sup> Schulungsheft WEG UND ZIEL, Januar-März 2000, S. 7.

<sup>11</sup> Internetseite NATIONALES FORUM vom Mai 2005.

2004 in einem Interview mit der „Jungen Freiheit“ Hitler als einen „großen deutschen Staatsmann“, dem er lediglich vorwerfe, für die Niederlage des Deutschen Reiches verantwortlich zu sein. Ein damaliger NPD-Landtagsabgeordneter hielt im Jahr 2005 „den Führer nach wie vor für einen großen Staatsmann“, er sei „vielleicht einer der größten, den wir je gehabt haben.“<sup>12</sup> Der gleiche Abgeordnete wiederholte in einem Interview während des NPD-Bundesparteitages im November 2006 diese Ansicht: „Zum Führer stehe ich nach wie vor. Da gibt es kein Vertun. Da hat sich nichts geändert. Wie sollte sich.“<sup>13</sup>

- am Verächtlichmachen von Verantwortungsträgern und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates

Rechtsextremisten bezeichnen den demokratischen Rechtsstaat häufig abwertend als „System“ oder „Judenrepublik“. Zudem werden demokratische Parteien häufig als „Parteienkartell“, „Systemparteien“ bzw. „Lizenzparteien“ diskriminiert. Demokratische Politiker werden in der NATIONALZEITUNG/DEUTSCHE WOCHENZEITUNG, dem Organ der DEUTSCHEN VOLKSUNION, regelmäßig als „Handlanger fremder Mächte“ verunglimpft, die eine „Entdeutschung Deutschlands“ betreiben würden. Holger APFEL äußerte in der DEUTSCHEN STIMME vom Dezember 2003, dass nur die Stimmabgabe für die Nationaldemokraten die „längst notwendige, schallende Ohrfeige für das von Korruption, Parteienwillkür, Dekadenz und Klüngelwirtschaft geprägte Altparteienkartell“ bedeute.

- an revisionistischen Ansichten

Sie sind ein wichtiges Bindeglied zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Strömungen. Revisionismus ist eine Form rechtsextremistischer Agitation mit dem Ziel, die Zeit des Nationalsozialismus zu beschönigen. So wird versucht, den Völkermord im Dritten Reich sowie Kriegsverbrechen und die Kriegsschuld Deutschlands zu leugnen bzw. zu relativieren und die Verbrechen der Nationalsozialisten zu verharmlosen. Revisionistische Ansichten werden u. a. in zahlreichen rechtsextremistischen Publikationen verbreitet.

So wird z. B. in der Parteizeitung der NPD DEUTSCHE STIMME die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gelegnet. Der An-

griff auf Polen habe „auf jeden Fall der Abwehr einer deutlich angezeigten militärischen Bedrohung gegen das Reich“<sup>14</sup> gedient. Der Zweite Weltkrieg sei den Deutschen von den Amerikanern aufgezungen worden.<sup>15</sup> Die Bemühungen Deutschlands um eine Versöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern werden als „Selbstbeziehungsrituale der BRD-Repräsentanten“ diskreditiert. In einem Aufruf zu einer Demonstration am 8. Mai 2005 in Berlin heißt es zum Beispiel: „Über eine Million deutsche Kriegsgefangenen wurden von den Westalliierten umgebracht. Die Rote Armee verübte furchtbare Greuel. (...) Die Besatzer (...) mutierten zu ‚Befreiern‘, ihre Verbrechen zu ‚Befreiungstaten‘. Diese Absurdität mußte hinter gigantisch aufgebauchten tatsächlichen oder angeblichen Greultaten der Nationalsozialisten versteckt werden. (...) Es wird uns eingeredet, daß wir am Krieg und der Bekämpfung des europäischen Judentums schuld seien (...).“<sup>16</sup> Den millionenfachen Massenmord an Juden relativiert die NPD, indem sie von „gewissen Fehlentwicklungen“ im „Dritten Reich“<sup>17</sup> spricht.

Im Einzelnen untergliedern sich rechtsextremistische Bestrebungen in:

- rechtsextremistische Parteien,
- rechtsextremistische Szenen, insbesondere rechtsextremistische Skinheads und Kameradschaften, sowie
- sonstige Gruppierungen.

Die rechtsextremistischen Parteien versuchen in ihrer politischen Agitation – trotz öffentlicher Bekenntnisse zum Grundgesetz – wesentliche Grundprinzipien des freiheitlichen demokratischen Staates zu beeinträchtigen oder zu beseitigen. Der demokratische Rechtsstaat sowie seine Repräsentanten und Einrichtungen werden diffamiert, um das Vertrauen in die demokratische Staatsform zu untergraben. In ihrer Propaganda sind übersteigerter, den Gedanken der Völkerverständigung missachtender Nationalismus und menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit enthalten. Ausländer werden als minderwertig, kriminell, faul, schmarotzend und betrügerisch dargestellt.

Rechtsextremistische Parteien greifen für die Verbreitung ihrer verfassungsfeindlichen Propaganda oft soziale und wirtschaftliche Themen auf. In der Kritik an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen werden dabei zum Teil sozialistische Thesen unter nationalistischem Vorzeichen übernommen.

<sup>12</sup> Aus: Sendung „Kontraste“ der ARD vom 22. September 2005, Wiedergabe im Internet, Auszug vom 6. Oktober 2005.

<sup>13</sup> Internetseite „RP-Online“ vom 13. November 2006.

<sup>14</sup> DEUTSCHE STIMME, Artikel „Imperialistischer Raubzug oder nationaler Notwehrakt?“, August 2003, S. 20.

<sup>15</sup> Internetseite der „Süddeutschen Zeitung“ vom 17. Februar 2005, Artikel „NPD-Abgeordneter leugnet deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg“.

<sup>16</sup> Aufruf der NPD zu einer Demonstration am 8. Mai 2006. Schreibweise wie im Original.

<sup>17</sup> DEUTSCHE STIMME, Artikel „Die BRD feiert die Niederlage Deutschlands“, Juli 2004, S. 4.

Die rechtsextremistischen Szenen sind kein homogenes Gebilde, sondern ein Sammelbecken unterschiedlicher Gruppierungen. Zu ihnen gehören rechtsextremistische Skinheads, Kameradschaften und rechtsextremistisch motivierte Gewalttäter.

Die rechtsextremistischen Skinheads grenzen sich durch ihre politische Einstellung von anderen Jugendlichen ab. Ihre Weltanschauung ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- extreme Fremdenfeindlichkeit,
- sehr stark ausgeprägter Rassismus und Antisemitismus sowie
- Verherrlichung von Elementen des Nationalsozialismus, insbesondere seiner Führungspersonen und Symbole. Verbreitet ist z. B. die „Schwarze Sonne“, ein altes heidnisches Symbol, das von den Nationalsozialisten als Fußbodenmosaik in der Wewelsburg, der Ordensburg der SS, verwendet wurde. Teilweise werden auch germanische Symbole verwendet – z. B. das Abzeichen mit dem Hammer des germanischen Gottes Thor – und Riten, wie z. B. Sonnenwendfeiern, aufgegriffen.

Eine Einordnung als Skinhead lediglich nach den früheren typischen Äußerlichkeiten – kurz geschorene Haare, Bomberjacke und Kampfstiefel mit weißen Schnürsenkeln – ist nicht möglich, da Elemente des skinheadtypischen Aussehens unter Jugendlichen teilweise zur Mode geworden sind. Gleichwohl ist zu beobachten, dass Angehörige dieser Szene auf eine unauffällige und sportliche Erscheinung umgestiegen sind.

Die Skinheadkameradschaften sind subkulturell ausgerichtet sowie von Spontaneität und Aktivismus geprägt. Sie besitzen kein gefestigtes neonationalsozialistisches Weltbild. Hauptsächlich rechtsextremistisch disponierte Jugendliche aus dem Skinhead-Milieu fühlen sich zu solchen oft lockeren Strukturen und Kleingruppen – in der Regel zwischen 10 und 20 Personen – hingezogen.

Ihre Aktivitäten konzentrieren sich hauptsächlich auf die Teilnahme an Skinheadkonzerten oder Demonstrationen. Obwohl die Gruppen zum Teil kurzlebig sind, gehen von rechtsextremistischen

Skinheads und durch diese Subkultur beeinflussten anderen Jugendlichen auf Grund ihrer Gewaltbereitschaft Gefahren aus, da sie häufig an Straftaten mit rechtsextremistischem, insbesondere fremdenfeindlichem Hintergrund, beteiligt sind.

Die neonationalsozialistische Kameradschaftsszene dominiert zunehmend rechtsextremistische Bestrebungen außerhalb des Parteienbereichs. Sie unterscheidet sich von den Skinheadkameradschaften insbesondere durch ihre Bereitschaft zur politischen Arbeit. Dabei orientieren sie sich an einem totalitären, nationalistischen und rassistischen Führerstaat mit einer Einheitspartei nach dem Vorbild des Dritten Reiches. So heißt es in einer für die politische Schulung herausgegebenen Broschüre: „Die von uns allen angestrebte Volksgemeinschaft muss schon heute von uns vorgelebt werden.“<sup>18</sup> Zudem werden häufig so genannte „Zeitzeugenvorträge“ organisiert oder „Bildungsfahrten“ zu ehemals nationalsozialistischen Stätten unternommen. Vordergründiges Ziel der neonationalsozialistischen Kameradschaften ist es, die Skinhead-Kameradschaftsszene weiter im Sinne einer nationalsozialistischen Ideologie zu politisieren. In einer Anzeige heißt es: „Im Einzelnen das Ganze stärken. Für selbstbestimmte und verantwortliche Handlungsweisen einer revolutionären, nationalistischen Politik!“<sup>19</sup>

Ihre Ideologie stimmt dabei in einer Reihe von Punkten mit dem Programm der NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (NSDAP) aus dem Jahr 1920 überein. Nationale Interessen werden zum Nachteil anderer Nationen und des Einzelnen überbewertet. Die „deutsche Rasse“ wird als Elite dargestellt, alles Andersartige als minderwertig eingestuft. Neben jenen neonationalsozialistischen Bestrebungen, die sich insbesondere Adolf Hitler zum Vorbild nehmen, gibt es auch solche Neonationalsozialisten, die sich an antikapitalistischen und sozialrevolutionären Strömungen im Nationalsozialismus orientieren. Sie streben eine Zusammenarbeit und Vernetzung der einzelnen Kameradschaften an. Demonstrationen spielen für die Vermittlung ihrer politischen Interessen eine zentrale Rolle.

<sup>18</sup> FREIER RUNDBRIEF CHEMNITZ Ausgabe 2/2006, S. 3.

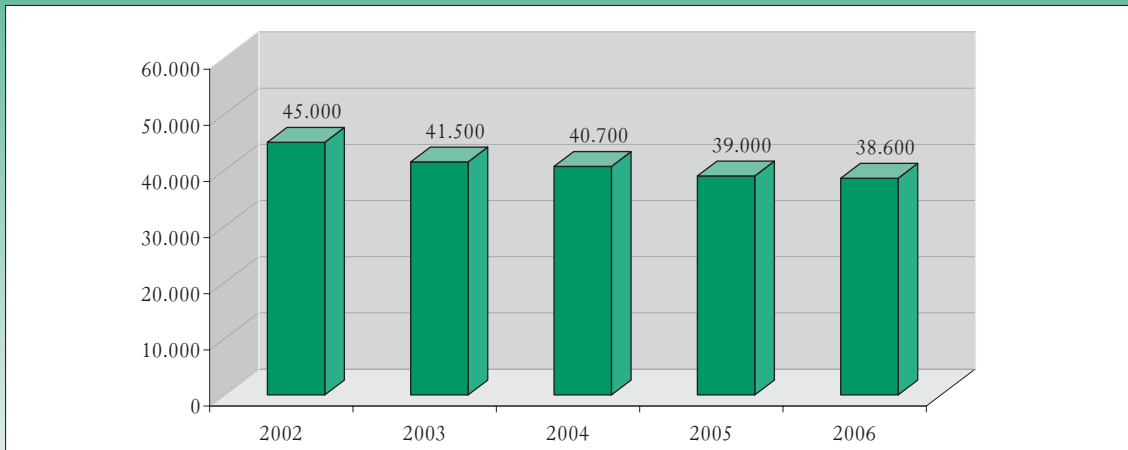
<sup>19</sup> FREIER RUNDBRIEF DRESDEN Ausgabe 4/2006, S. 12.

## Überblick in Zahlen<sup>20</sup>

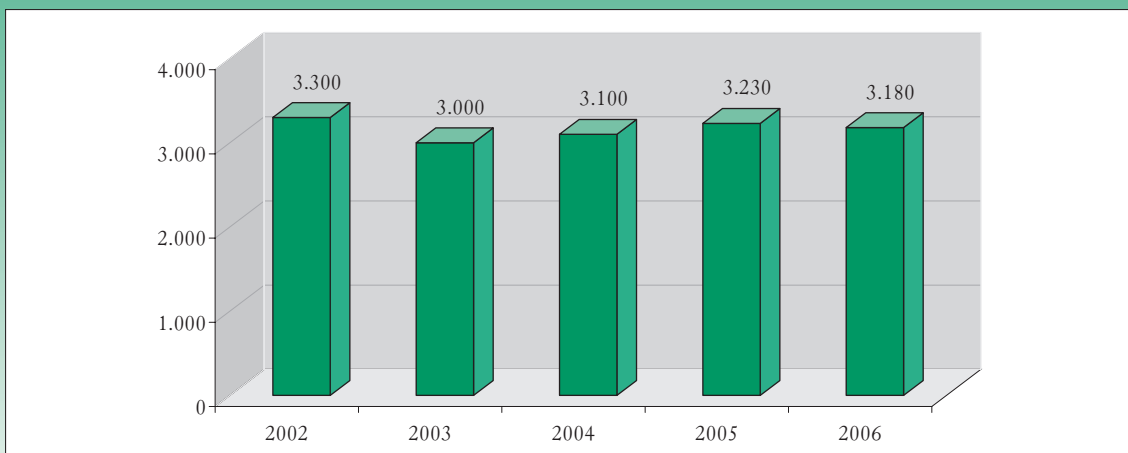
In der Bundesrepublik Deutschland gab es im Berichtsjahr ca. 38.600<sup>21</sup> Rechtsextremisten. Die Anzahl hat sich im Vergleich zum Vorjahr (2005: ca. 39.000) damit kaum verändert.

Auch die Anzahl der Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen blieb im Berichtsjahr mit ca. 3.180 Personen gegenüber dem Vorjahr (2005: ca. 3.230) weitgehend konstant.

### Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland



### Rechtsextremisten im Freistaat Sachsen



Ca. 1.180 Personen gehören rechtsextremistischen Parteien an. Der Mitgliederbestand in diesem Bereich ist damit leicht rückläufig (2005: ca. 1.230). Dies ist auf Mitgliederverluste bei der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) zurückzuführen. Demgegenüber weist die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) mit ca. 1.000 Mitgliedern keine Veränderung auf.

Bei den Kameradschaften ist die Anhängerschaft insgesamt gewachsen. Ursächlich hierfür ist insbesondere die zunehmende Politisierung der Skinheadszene, aus der sich neue Kameradschaften gebildet haben. Zudem entstanden aus ehemals subkulturell<sup>22</sup> geprägten Kameradschaften solche mit neonationalsozialistischer Ausrichtung. Darüber hinaus sind Kameradschaften nach wie vor für Jugendliche attraktiv.

<sup>20</sup> Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

<sup>21</sup> Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

<sup>22</sup> Als subkulturell werden Rechtsextremisten bezeichnet, bei denen nicht die durch eine geschlossene rechtsextremistische Ideologie beeinflusste politische Aktion im Vordergrund steht, sondern gemeinschaftliches Freizeitverhalten. Ohne dass hierbei rechtsextremistische Gesinnung in den Hintergrund tritt, reicht dieses Freizeitverhalten vom Aufbau von Drohkulissen im öffentlichen Raum, die Ausführung von Gewalttaten gegenüber missliebigen Personen bis zur unauffälligen Durchführung von – meist körperbetonten – Sportwettkämpfen. Typischerweise trifft dies für den Bereich der Skinheads und der gewaltbereiten Rechtsextremisten zu.

| <b>Anzahl der Rechtsextremisten</b><br>Freistaat Sachsen: ca. 3.180 <sup>23</sup> Personen (2005: ca. 3.230)<br>Bundesrepublik Deutschland: ca. 38.600 Personen (2005: ca. 39.000) |  |   |   |
|--|--|---|---|
| <b>Rechts-<br/>extremistische<br/>Parteien</b>   | <b>Neonational-<br/>sozialistische<br/>Bestrebungen</b>  | <b>Rechtsextremistische<br/>Skinheads, gewalt-<br/>bereite Rechts-<br/>extremisten und<br/>Kameradschafts-<br/>angehörige</b> | <b>Sonstige<br/>rechtsextremistische<br/>Organisationen</b>   |
| Freistaat Sachsen:<br>ca. 1.180<br>(2005: ca. 1.230)<br>bundesweit: ca. 21.500<br>(2005: ca. 21.500)   | Freistaat Sachsen:<br>ca. 550<br>(2005: ca. 270)<br>bundesweit: ca. 4.200<br>(2005: ca. 4.100) | Freistaat Sachsen:<br>ca. 1.500<br>(2005: ca. 1.660)<br>bundesweit: ca. 10.400<br>(2005: ca. 10.400)                          | Freistaat Sachsen:<br>ca. 45<br>(2005: ca. 70)<br>bundesweit: ca. 3.800<br>(2005: ca. 4.000)                      |
| davon:   |  |   |   |
| <b>NATIONALDEMOKRATISCHE<br/>PARTEI DEUTSCHLANDS<br/>(NPD)</b>   | <b>FREIE KRÄFTE<sup>24</sup><br/>außerhalb erkennbarer<br/>Organisationsstrukturen</b>         | <b>Rechtsextremistische<br/>Skinheads und sonstige<br/>gewaltbereite Rechts-<br/>extremisten<sup>25</sup></b>                 | <b>Angehörige sonstiger<br/>rechtsextremistischer<br/>Organisationen</b>  |
| Freistaat Sachsen: ca. 1.000<br>(2005: ca. 1.000)<br>bundesweit: ca. 7.000<br>(2005: ca. 6.000)  | Freistaat Sachsen: ca. 250<br>(2005: ca. 80)<br>bundesweit:<br>keine Angaben                   | Freistaat Sachsen: ca. 800 <sup>26</sup><br>(2005: ca. 960)<br>bundesweit:<br>keine Angaben                                   | Freistaat Sachsen: ca. 25<br>(2005: ca. 50)<br>bundesweit: ca. 3.800<br>(2005: ca. 4.000)                         |
| <b>DEUTSCHE VOLKSUNION<br/>(DVU)</b>   | <b>Neonationalsozialistische<br/>Kameradschafts-<br/>angehörige</b>                            | <b>Mitglieder anderer<br/>rechtsextremistischer<br/>Kameradschaften</b>   | <b>JUNGE LANDSMANNSCHAFT<br/>OSTPREUBEN<sup>29</sup> – Landes-<br/>verband Sachsen/<br/>Niederschlesien (JLO)</b> |
| Freistaat Sachsen: ca. 150<br>(2005: ca. 200)<br>bundesweit: ca. 8.500<br>(2005: ca. 9.000)  | Freistaat Sachsen: ca. 300 <sup>27</sup><br>(2005: ca. 190)<br>bundesweit:<br>keine Angaben    | Freistaat Sachsen: ca. 700 <sup>28</sup><br>(2005: ca. 700)<br>bundesweit:<br>keine Angaben                                   | Freistaat Sachsen: ca. 20<br>(2005: ca. 20)   |
| <b>DIE REPUBLIKANER (REP)<sup>30</sup></b>   |  |   |   |
| Freistaat Sachsen: ca. 30<br>(2005: ca. 30)<br>bundesweit: ca. 6.000<br>(2005: ca. 6.500)  |  |   |   |
| <b>NATIONALES BÜNDNIS<br/>DRESDEN e. V. (NB) einschl.<br/>NATIONALES JUGEND-<br/>BÜNDNIS DRESDEN (NJB)</b>   |  |   |   |
| Freistaat Sachsen:<br>über 120 <sup>31</sup><br>(2005: über 100)   |  |   |   |

<sup>23</sup> Von der rechnerischen Gesamtsumme wurden Doppelmitgliedschaften von knapp unter 100 Personen abgezogen.

<sup>24</sup> Es handelt sich um ehemalige Mitglieder aufgelöster Kameradschaften, um Mitglieder von (in-)aktiven oder verbotenen Strukturen und um unorganisierte gewaltbereite Rechtsextremisten, die als so genannte FREIE KRÄFTE im Raum Sächsische Schweiz auftreten.

<sup>25</sup> Die meisten subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten (hauptsächlich Skinheads) sind nicht in Gruppen organisiert. In die Statistik sind als gewaltbereit nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Rechtsextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind.

<sup>26</sup> Darunter befinden sich über 120 Personen, die anlassbezogen als so genannte FREIE KRÄFTE, FREIER WIDERSTAND oder FREIE NATIONALISTEN in verschiedenen Regionen Sachsens auftreten.

<sup>27</sup> Vgl. voranstehende Fußnote.

<sup>28</sup> Vgl. voranstehende Fußnote.

<sup>29</sup> Jetzt: JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e. V. Vgl. Beitrag zur JLO.

<sup>30</sup> Zu der Partei DIE REPUBLIKANER bestehen tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen.

<sup>31</sup> Die regionale Gruppierung enthält Mitglieder der NPD, REP, DVU und JLO sowie Angehörige der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene. Da hier Doppelmitgliedschaften vorliegen, bleibt die Mitgliederzahl des NB in der Gesamtsumme der Rechtsextremisten unberücksichtigt.

Die im parteiunabhängigen Bereich des Rechtsextremismus festzustellende Politisierung ließ die Anhängerschaft neonationalsozialistischer Bestrebungen auf ca. 550 Personen ansteigen (2005: ca. 270). Dieser Bereich setzt sich aus der neonationalsozialistischen Kameradschaftsszene und aus den so genannten FREIEN KRÄFTEN<sup>32</sup> zusammen.

Den FREIEN KRÄFTEN schließen sich anlassbezogen ca. 120 Mitglieder der rechtsextremistischen Skinheadszene, etwa ebenso viele jeweils aus subkulturell geprägten Kameradschaften sowie aus der kameradschaftlich organisierten neonationalsozialistischen Szene an.

Bis etwa 2004 bildete der Neonationalsozialismus in Sachsen im Vergleich zu den alten Bundesländern eine eher marginale Größe. Seitdem ist ein Angleichungsprozess zu beobachten, der sich auch im Berichtsjahr unvermindert fortsetzte.

Zu den rechtsextremistischen Skinheads, sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten und Kameradschaftsangehörigen<sup>33</sup> zählten im Berichtsjahr auf Grund dieser Entwicklung nur noch ca. 1.500 Personen (2005: ca. 1.660).

## Entwicklungstendenzen im Rechtsextremismus

### Rechtsextremistische Parteien

Trotz des Austritts von drei Abgeordneten aus der NPD und dem Ausschluss eines weiteren Abgeordneten aus der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und der damit einhergehenden Reduzierung ihrer Parlamentssitze von 12 auf 8 setzte die NPD ihren Konsolidierungsprozess im Hinblick auf die Parteiarbeit fort. Deutlicher Ausdruck dafür ist die im Berichtsjahr realisierte, sachsenweit flächendeckende Präsenz mit Kreisverbänden, die das Rückgrat des Landesverbandes darstellen.

Neben dem Ausbau ihrer Strukturen im Freistaat Sachsen stand für einen Teil der sächsischen NPD-Funktionäre der Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern im Vordergrund ihrer Aktivitäten.

In der inhaltlichen und programmatischen Positionierung ist deutlich die Tendenz erkennbar, sich vor dem Hintergrund einschneidender gesellschaftlicher und ökonomischer Herausforderungen noch stärker als in der Vergangenheit sozialen Themen zuzuwenden. Hierbei setzte die NPD vor allem im Wahlkampf den komplexen gesellschaftlichen Herausforderungen populistische Lösungsansätze entgegen.

Die NPD versteht sich weiter als Teil des „nationalen Widerstandes“. Am „Deutschland-Pakt“ mit der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU), der vor allem Wahlabsprachen umfasst, und dem Kooperationsangebot gegenüber der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene wird die NPD festhalten. Für Letzteres gibt es aus ihrer Sicht keine Alternative, da die Angehörigen der parteiunabhängigen rechtsextremistischen Kameradschaftsszene als Meinungsmultiplikatoren und Wahlkampf helfer von Nutzen sind.

Die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) verfügt im Freistaat Sachsen neben dem Landesverband über neun „Stützpunkte“, vier mehr als im Jahr 2005. Der weitere Ausbau der Strukturen ist zu erwarten, jedoch derzeit nicht in flächendeckendem Umfang.

Bei der DVU ist ein weiterer Rückgang der Mitgliederzahlen zu verzeichnen. Von einem organisierten und lebendigen Parteileben kann auch künftig nicht die Rede sein. Die Aktivitäten im Landesverband beschränken sich auf die Durchführung von regionalen „Gesprächskreisen“.

Der Landesverband der REPUBLIKANER (REP), bei dem tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen bestehen, spielt keine prägende Rolle mehr im Freistaat Sachsen. Durch den Austritt führender Funktionäre hat er weiter an Bedeutung verloren. Der Austritt war zum Teil mit Vorwürfen verbunden, dass im Landesverband rechtsextremistische Parolen dominierten.

### Rechtsextremistische Szenen und ihre Erscheinungsformen

In der Kameradschaftsszene setzte sich die bereits in den Vorjahren sichtbare Entwicklung fort, feste Strukturen aufzugeben und lose Organisationsformen zu wählen.

Zugleich verringerte sich das Potenzial der Angehörigen der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene zugunsten der neonationalsozialistischen Kameradschaften und der ebenfalls neonationalsozialistischen FREIEN KRÄFTE.

Die Kameradschaftsszene wird auch künftig – zum Teil öffentlichkeitswirksame – Freizeitaktivitäten durchführen, um darüber sowohl Nachwuchs zu rekrutieren als auch das Zusammengehörigkeitsgefühl zu festigen. Darüber hinaus zeichnet sich ein offensiveres Demonstrationsverhalten ab, bei dem unter Umgehung der versammlungsrechtlichen Vorgaben kurzfristig verein-

<sup>32</sup> Es handelt sich um ehemalige Mitglieder aufgelöster Kameradschaften, um Mitglieder von (in-)aktiven oder verbotenen Strukturen und um unorganisierte gewaltbereite Rechtsextremisten, die als so genannte FREIE KRÄFTE im Raum Sächsische Schweiz auftreten.

<sup>33</sup> Ohne neonationalsozialistische Kameradschaftsszene.



barte „spontane“ Versammlungen durchgeführt werden. Bei diesen Veranstaltungen werden regelmäßig Alltagsprobleme aufgegriffen und die typischen rechtsextremistischen „Lösungsansätze“ angeboten.

Zwischen politisch-aktionistischer Kameradschaftsszene und der JN existieren in regional unterschiedlicher Ausprägung deutliche weltanschauliche Schnittmengen. Deutlicher Ausdruck hierfür ist der Anschluss der FREIEN AKTIVISTEN HOYERSWERDA (FAH) an den lokalen JN-Stützpunkt sowie die Übernahme von herausgehobenen Funktionen im JN-Landesverband durch ehemals führende Mitglieder der verbotenen SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ.

Die sächsische rechtsextremistische Vertriebszene ist im Bundesvergleich am stärksten ausgeprägt.

Im Berichtsjahr war ein Rückgang der geplanten rechtsextremistischen Konzerte festzustellen. Eine dauerhaft rückläufige Tendenz lässt sich hieraus noch nicht ableiten.

## Rechtsextremistische Szenen

### Rechtsextremistische Skinheads

Ein großer Teil der heutigen Skinheads ist rechtsextremistisch eingestellt<sup>34</sup>. Rechtsextremistische Skinheads haben meist keine gefestigte rechtsextremistische Ideologie. Dennoch bildete sich eine diffuse rechtsextremistische Weltanschauung heraus, die sich in übersteigertem Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des Nationalsozialismus zeigt. Die rassistische Einstellung der Rechtsextremisten im Sinne einer angeblichen Überlegenheit der „Weißen Rasse“ wird auch durch die von ihnen verwendete Parole „White Power“<sup>35</sup> verdeutlicht.

### Rechtsextremistische Musik

„Die Szene definiert sich nur über Musik, nicht über politische Inhalte oder eine gefestigte Ideologie.

Nimm der Szene die Musik, und sie ist tot.“ Diese Aussage im einschlägigen HATECORE-FORUM im Internet anlässlich des Pressefestes der DEUTSCHEN STIMME zeigt, welchen Stellenwert die rechtsextremistische Szene ihrer Musik selbst zumisst.

Die Musik dient als zentrales Kommunikationsmittel und bildet die gemeinsame Basis der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene. Über den Besuch von Skinhead-Konzerten werden das Gemeinschaftsgefühl in der Szene gestärkt und Kontakte zwischen den verschiedenen regionalen Szenen geknüpft und aufrechterhalten.

Das Musikinteresse der Rechtsextremisten hat sich im Laufe der Jahre weiterentwickelt und ist breiter geworden. Neben der traditionell von rechtsextremistischen Skinheads bevorzugten „R.A.C.“-Musik<sup>36</sup> werden in der Szene seit einiger Zeit verstärkt „Hardcore“<sup>37</sup> (hier auch als „Hatecore“ bezeichnet) sowie verschiedene Arten der „Metal“-Musik (insbesondere „Black Metal“<sup>38</sup>), aber auch Balladen gehört. Durch die unterschiedlichen Musikstilrichtungen und die musikalische Qualität einiger Szenebands wird die rechtsextremistische Musik auch für bisher unpolitische Jugendliche und Anhänger anderer Sub- und Jugendkulturen interessant.

Die Besucher der rechtsextremistischen Konzerte sind daher nicht mehr ausschließlich der Skinhead-Szene zuzuordnen. Unter ihnen befinden sich zunehmend auch Rechtsextremisten mit Bezügen zu Subkulturen (z. B. der „Hooligan“- , „Hardcore“- , „Metal“- und „Rocker“-Szene), sowie Jugendliche, die sich generell als Rechtsextremisten (z. B. als „NS“ oder „WP“<sup>39</sup>) bezeichnen.

Viele Aktivisten sehen die Öffnung der Szene positiv. Der Sänger der rechtsextremistischen Band KRAFTSCHLAG äußerte in einem Interview im HATECORE-FORUM auf die Frage nach seinen Musikvorlieben: „Ich höre so ziemlich alles. (...) Ich denke mal es ist ein großer Schritt vorwärts, die Allianz der Rechten Szene mit dem politischen BM-Untergrund<sup>40</sup> und der Heidnischen Gothic Szene. Auch wenn viele mit dem Aussehen der Leute Probleme haben, überwiegen doch

<sup>34</sup> Den kleineren Teil der Szene bilden die „traditionellen“ Skinheads, die sich auf den so genannten „Spirit of 69“ – den Anfang der Skinhead-Bewegung – berufen sowie die unpolitischen „Oil“-Skins. Der Begriff „Oil“ ist keine Abkürzung und nicht übersetzbar. Es handelt sich um eine Wortschöpfung, die für Freude und Aktion steht. Außerdem gibt es auch teilweise linksextremistische RED- sowie die so genannten S.H.A.R.P.-Skins (Skinheads Against Racial Prejudice; deutsche Übersetzung: Skinheads gegen rassistische Vorurteile).

<sup>35</sup> Deutsch: „Weiße Kraft“.

<sup>36</sup> R.A.C.: „Rock against Communism“ (deutsche Übersetzung: Rock gegen Kommunismus). Hierunter wird Rockmusik mit rechtsextremistischen Texten verstanden.

<sup>37</sup> „Hardcore“: US-amerikanische Weiterentwicklung der „Punk“-Musik. Härter, schneller und variantenreicher als der klassische Drei Akkorde Punk“. In der rechtsextremistischen Musikszene wird wegen der hier verwendeten Texte mitunter auch vom „Hatecore“ (Hate = Hass) gesprochen.

<sup>38</sup> „Black Metal“: Die Musik setzt sich inhaltlich mit okkulten Themen wie z. B. der Satansverehrung auseinander. Interessant für Rechtsextremisten sind die zum Teil heidnische Ausrichtung des „Black Metal“ und die positive Haltung zur Gewalt.

<sup>39</sup> Nationalsozialisten bzw. Anhänger der rassistischen „White Power“ Bewegung.

<sup>40</sup> BM ist die Abkürzung für „Black Metal“.

meistens die gleichen Ansichten. (...) reine Skinbands gibt es nicht mehr viele (...) eine reine Glatzenszene auch nicht. Dafür hat sich das ganze zu sehr politisiert. Und das ist auch gut so.“<sup>41</sup>

### Skinhead-Musikgruppen/ rechtsextremistische Bands

Im Berichtsjahr waren 20 (2005: 20) namentlich bekannte und als rechtsextremistisch eingestufte sächsische Musikgruppen aktiv. Diese Bands traten bei rechtsextremistischen Konzerten auf oder veröffentlichten Tonträger.

Die Mehrzahl dieser Bands gehört der Skinhead-Subkultur an, einige können auf Grund ihres Musikstils und ihres Auftretens der „Hardcore“-Szene zugerechnet werden. Unter den sächsischen Musikformationen befinden sich auch so genannte „Wiking“<sup>42</sup>- bzw. „Black-Metal“- sowie „Grindcore“<sup>43</sup>-Bands, welche aber bisher eher Ausnahmefälle darstellen.

- ASATRU (Bautzen)
- BLITZKRIEG (Chemnitz)
- BOLLWERK (Hoyerswerda)
- DÖBELNER JUNGS (Döbeln)
- EISENHERZ (Pirna)
- EYE OF ODIN (Borna)
- GUILTYLY THE PAIN (Löbau)
- KONFRONTATION (Mittleres Erzgebirge)
- MACHTKAMPF (Muldentalkreis)
- MOSHPIIT (Sachsen/Thüringen)
- ODESSA (Leipzig)
- PROJEKT X (Ehrenfriedersdorf)
- RACIAL PURITY (Dresden)
- SACHSONIA (Dresden)
- SELBSTSTELLER (Riesa)
- T.H.O.R. (Schneeberg)
- WEIBE HORDE (Muldentalkreis)
- WHITE DESTINY (Wurzen)
- WHITE RESISTANCE (Erzgebirge)
- W.O.T.A.N. (Ostsachsen)

In den Liedtexten der rechtsextremistischen Bands werden häufig Rassismus, Antisemitismus und Gewalt propagiert, die Wehrmacht, das nationalsozialistische Regime und seine führenden Vertreter verherrlicht und der Kampf der Nationalisten gegen das ihnen verhasste demokratische System beschrieben. Darüber hinaus wird das alltägliche Leben der Skinheads thematisiert. Aber auch Germanen- und Wikingerkult sowie die nordische Mythologie sind Inhalt der Texte.

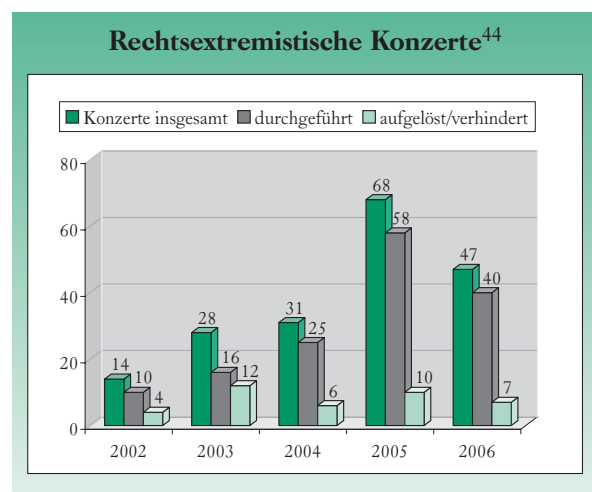


Nicht immer wird der Rechtsextremismus für Außenstehende auf den ersten Blick deutlich. Neben zum Teil schwieriger akustischer Verständlichkeit variieren die Aussagen in den Liedern von allgemeiner Kritik (z. B. an der politischen oder sozialen Situation in Deutschland) über versteckte Andeutungen und Wortspiele bis hin zu unverhohlenen geäußertem Hass und Gewaltaufrufen.

### Rechtsextremistische Konzerte

Nach dem deutlichen Anstieg im Jahr 2005 bewegte sich die Anzahl der geplanten rechtsextremistischen Konzerte in Sachsen auch im Berichtsjahr auf einem hohen Niveau, wenngleich gegenüber 2005 ein Rückgang zu verzeichnen war.

Im Berichtsjahr wurden 47 geplante rechtsextremistische Konzerte bekannt. Davon wurden 40 durchge-



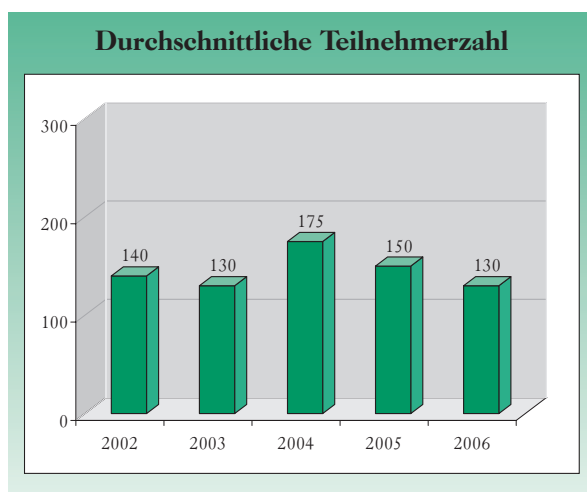
<sup>41</sup> Schreibweise wie im Original.

<sup>42</sup> Auch Viking-Metal, Mischung von Black-Metal mit nordischer Folklore, in den Texten werden Leben und Mythen der Wikinger behandelt.

<sup>43</sup> Extreme Art der Metal-Musik mit Wurzeln im Hardcore, stakkatoartige Rhythmik und ungewöhnliche Liedstrukturen.

<sup>44</sup> Im Sächsischen Verfassungsschutzbericht 2005 wurde die Anzahl der im Jahr 2005 geplanten Konzerte mit 66 und die Anzahl der durchgeführten mit 56 angegeben. Auf Grund nachträglich beim LfV eingegangener Informationen musste die Anzahl auf 68 bzw. 58 geändert werden.

führt, sechs nach Beginn von der Polizei aufgelöst und ein Konzert im Vorfeld verhindert. Es ist davon auszugehen, dass der Rückgang der Konzertzahlen vor allem auf ein „Einpendeln“ des Marktes zurückzuführen ist.



Insgesamt kamen im Berichtsjahr zu rechtsextremistischen Konzerten im Freistaat Sachsen ca. 6.200 Besucher. Die durchschnittliche Anzahl der Teilnehmer pro Konzert lag bei etwa 130 Personen. Sie ist im Vergleich zu den Vorjahren leicht gesunken. Allerdings fanden 2006 im Gegensatz zu 2004 und 2005 keine offiziellen Konzertveranstaltungen der NPD und ihrer Jugendorganisation JN statt. Derartige Konzerte waren in der Vergangenheit auch wegen ihres offiziellen Charakters meist überdurchschnittlich besucht.

Bei den meisten Veranstaltungen handelte es sich um kleinere Konzerte mit 50 bis 200 Besuchern. Bis auf wenige Ausnahmen wurden die Konzerte konspirativ vorbereitet und durchgeführt und hatten daher kaum Außenwirkung.

Der Trend zur Nutzung so genannter Szene-Objekte<sup>45</sup> hat sich im Berichtsjahr weiter verstärkt. Beispielhaft können hier Objekte in Dohna/OT Borthen (Landkreis Sächsische Schweiz), Delitzsch sowie in Mylau (Vogtlandkreis) genannt werden. Dort fanden regelmäßig Konzertveranstaltungen statt. Wurden in derartigen Räumlichkeiten im Jahr 2005 bereits 65 % aller rechtsextremistischen Konzerte veranstaltet, so waren es im Berichtsjahr über 80 %. Neben den logistischen Vorzügen – technische Ausrüstung und einfache Versorgungsmöglichkeiten sind zumeist vorhanden – spielen vor allem die Besitzverhältnisse eine entscheidende Rolle. Da es sich in der Regel um Privatgelände handelt, sind dem Handeln der Behörden besondere rechtliche Grenzen gesetzt; Auflösungen der Veranstaltungen sind kaum möglich. Die durchgeführten Konzerte wertet die rechtsextremistische Szene als anspornenden Erfolg.

## Rechtsextremistische Vertriebe und Fanzines

### Vertriebe

Rechtsextremistische Vertriebe offerieren ein umfassendes Angebot an Szenemusik, aber auch an Textilien, Schmuck und Alltagsgegenständen.

Der Freistaat Sachsen ist das Bundesland mit den am stärksten ausgeprägten rechtsextremistischen Vertriebsstrukturen. Diese konzentrieren sich auf die Regionen Chemnitz und die Sächsische Schweiz. Neben Kleinvertrieben sind auch Unternehmen von überregionaler Bedeutung im Freistaat ansässig. Diese verfügen über mehrere tausend Kunden im In- und Ausland, ihr Jahresumsatz liegt deutlich über 100.000,- €. Insbesondere bei den Betreibern der größeren Vertriebe dürften neben der rechtsextremistischen Motivation auch die Gewinnabsichten im Vordergrund stehen.



In den letzten Jahren ist eine Dezentralisierung der Vertriebsstrukturen zu beobachten: große, etablierte Vertriebsunternehmen verlieren zu Gunsten kleinerer, regional gebundener Strukturen sowie reinen Internetanbietern an Bedeutung. Die Dezentralisierung der Vertriebsszene hat sich auch im Berichtsjahr fortgesetzt.

Neben den gewerblich angemeldeten Szeneläden, Versandunternehmen und Labels existieren häufig weitere, konspirativ agierende Kleinststrukturen. Diese handeln überwiegend mit Tonträgern in kleinerer Stückzahl und sind meist bei Szeneveranstaltungen wie Skinheadkonzerten präsent. Sie bieten nicht selten auch strafrechtlich relevante Ware an.

Es konnte aber auch festgestellt werden, dass einzelne Unternehmen ihre Angebotspalette so veränderten, dass sie für Rechtsextremisten nicht mehr interessant sind.

Mehrere sächsische Vertriebe bringen unter eigenem Label Tonträger heraus. Außerdem bieten einige Vertriebe inzwischen sogar Waren – vorwiegend Textilien und Schuhe – für Kleinkinder an.

Einige Besitzer von Vertrieben haben sich inzwischen zusätzlich ein unpolitisches zweites Standbein geschaffen. Es wird davon ausgegangen, dass dies der wirtschaftlichen Absicherung des Szenevertriebes dient.

Rechtsextremisten aus Sachsen nutzen auch ausländische Vertriebe sowie die Grenznähe zur Tschechischen

<sup>45</sup> Unter diesem Begriff werden Objekte zusammengefasst, die dauerhaft oder regelmäßig von Rechtsextremisten genutzt werden. Es kann sich dabei um gemietete Objekte oder um Privateigentum von Rechtsextremisten handeln.

Republik und nach Polen, um dort – nicht selten strafrechtlich relevante – Tonträger und Gegenstände mit rechtsextremistischem Bezug zu erwerben.

## Fanzines

Fanzines sind die traditionellen Publikationen der Skinheadszene. Sie stellen trotz wachsender Konkurrenz durch das Internet noch immer ein wichtiges Kommunikationsmittel dar, jedoch mit abnehmender Tendenz.

Die Fanzines haben sich seit Anfang der 1990er Jahre von amateurhaften Schreibmaschinenausgaben und selbst gezeichneten Karikaturen hin zu computergestalteten Magazinen mit professionellem Layout entwickelt. Sie erscheinen meist unregelmäßig. Ihre Herausgeber sind überwiegend Personen mit jahrelanger Szenerfahrung.

Die Publikationen werden bei Szeneveranstaltungen sowie über Versandunternehmen und in Szeneläden angeboten. Häufig können sie auch direkt beim Herausgeber bestellt werden.

Die Artikel bzw. Karikaturen in Fanzines haben häufig rechtsextremistischen, nicht selten rassistischen und antisemitischen Charakter. Häufig wird über Veranstaltungen der Skinheadszene sowie der NPD berichtet, es werden neue Publikationen und Tonträger vorgestellt; Szenevertriebe werben für ihre Angebote. Regelmäßig finden sich auch Beiträge über deutsche und ausländische Skinheadbands. Mitunter werden auch Artikel aus anderen rechtsextremistischen Publikationen übernommen.

Der Freistaat Sachsen galt in den vergangenen Jahren bundesweit stets als ein Schwerpunkt bei der Herausgabe von Fanzines. Hier erschienen langjährig etablierte Publikationen wie FOIER FREI! und DER PANZERBÄR. Inzwischen befindet sich das sächsische Fanzine-Spektrum im Umbruch. Neuere Fanzines erscheinen nur über einen begrenzten Zeitraum mit wenigen Ausgaben, etwa die zwischenzeitlich wieder eingestellten Publikationen WHITE VICTORY und RUFÉ INS REICH. Alle Fanzines, die in den 1990er Jahren verbreitet wurden, werden nicht weitergeführt. Auch Publikationen der Kameradschaftsszene mit fanzinetypischem Aufbau wie das RIESAER ZÜNDBLÄDD´L erscheinen nicht mehr.

Gründe für den Niedergang der traditionellen Publikationen nennen die Herausgeber der Fanzines häufig selbst in ihren Ausgaben. Sie bemängeln die stark zurückgegangene Bereitschaft von Szeneangehörigen, bei der Erstellung der Publikationen mitzuarbeiten. Außerdem würden Interview-Partner die übermittelten Fragen nicht beantworten. Den wahrscheinlichen

Hauptgrund äußert jedoch der Herausgeber des FOIER FREI! in der letzten Ausgabe: „Vielleicht stimmt es ja (...), daß in Zukunft ohnehin viele Zines durch Weltnetzseiten ersetzt werden. Zwar schade, doch der Trend scheint genau dahin zu gehen.“<sup>46</sup>



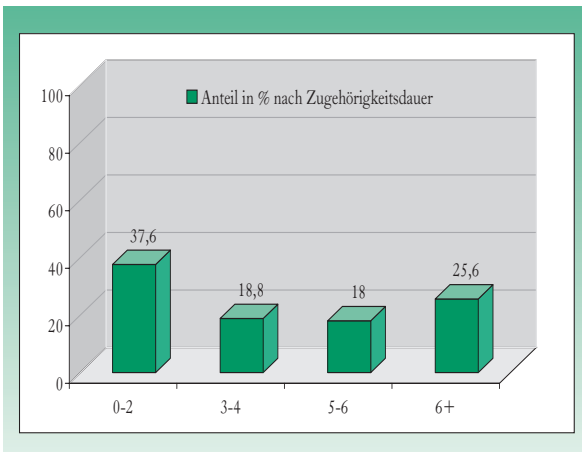
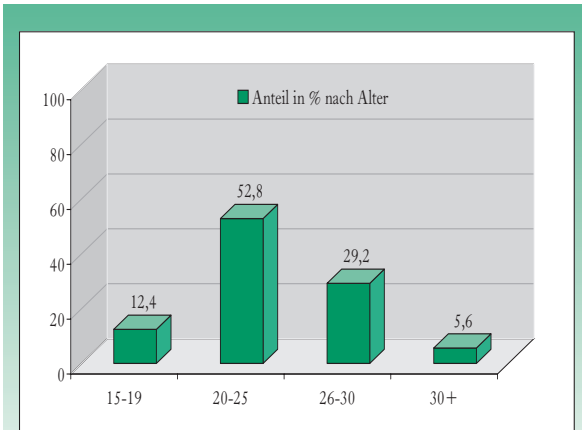
Im Berichtsjahr kamen zwei neue Ausgaben des STAHLHELM heraus. Diese Publikation verlagerte ihren Inhaltsschwerpunkt im Verlauf ihres Erscheinens von einer politisch-ideologischen Prägung zu einem Heft mit fanzineähnlichem Charakter. Zudem erschien im Berichtsjahr erstmals das Fanzine DER ERZGEBIRGLER.

## Kameradschaften

Anders als Parteien, deren Arbeit ausschließlich auf die Umsetzung gemeinsamer politischer Vorstellungen ausgerichtet ist, prägen Kameradschaften primär das gesamte Freizeitverhalten der Mitglieder. Die rechtsextremistische Weltanschauung steht jedoch nicht bei allen Aktionen im Vordergrund, sie bildet eher das Bindeglied zwischen den Anhängern. Die Kameradschaften bieten den Jugendlichen einen Zusammenhalt als Clique und stehen für viele junge Menschen oft auch als Familienersatz. Hier haben sie einen Ansprechpartner, der ihnen gerade in schwierigen Situationen hilft

und ihnen das Gefühl vermittelt, ernst genommen zu werden. Daher gelingt es den Kameradschaften viel eher als den Parteien, Jugendliche und Jungerwachsene anzuziehen und auch an sich zu binden.

Am Beispiel der Kameradschaften in der Sächsischen Schweiz zeigt sich allerdings, dass diese Szene nicht ausschließlich als ein Jugendphänomen angesehen werden kann. In dieser Region dominiert deutlich die Altersklasse der Jungerwachsenen im Alter von 20 bis 30 Jahren. Außerdem umfasst sie auch Erwachsene über 30 Jahre. Das Durchschnittsalter der hiesigen rechtsextremistischen Kameradschaftsszene lag im Berichtsjahr bei 24 Jahren. Dies signalisiert, dass sich in der Sächsischen Schweiz offenbar über Jahre hinweg ein konstantes Potenzial, ein harter Kern herausgebildet hat. Dies wird insbesondere bei der Zugehörigkeitsdauer deutlich: über 43 % gehören der Szene bereits länger als 5 Jahre an.



In der Kameradschaftsszene ließen sich im Berichtszeitraum folgende grundlegende strategische Entwicklungen ausmachen:

- Fortsetzung der „Politisierung“ bestehender Kameradschaften hin zu einer neonationalsozialistischen Prägung,

- regional begrenzte fortschreitende Desorganisation von Kameradschaften hin zu strukturlosen Bündnissen,
- Verstärkung der Jugendarbeit der Kameradschaftsszene und ihre Präsentation in der Öffentlichkeit sowie
- Durchführung von kleinen, zuvor verabredeten „spontanen“ Demonstrationen in mehreren kleineren Orten und Städten in direkter Folge.

### Fortsetzung der „Politisierung“

Die sich bereits in den Vorjahren abzeichnende Politisierung der Szene hat sich im Berichtsjahr deutlich verstärkt. Dies führte im Freistaat Sachsen zu einer weiteren Festigung neonationalsozialistischer Bestrebungen. In den Jahren 2001 und 2002 existierte mit dem NATIONALEN JUGENDBLOCK ZITTAU (NJB) nur eine nennenswerte neonationalsozialistische Kameradschaft (mit ca. 25 bzw. 40 Mitgliedern). 2003 waren bereits ca. 110 Personen, 2004 170 und im Jahr 2005 etwa 190 Personen neonationalsozialistischen Kameradschaften zuzurechnen. Im Jahr 2006 wuchs dieses Potenzial um weitere Kameradschaften mit insgesamt etwa 100 Personen an, die im Jahr 2005 noch den Skinheadkameradschaften zugerechnet wurden. U. a. durch die Teilnahmen an Schulungsveranstaltungen und neonationalsozialistisch ausgerichteten Aktivitäten entstanden daraus Kameradschaften mit neonationalsozialistischer Prägung.

Die fortgeschrittene Politisierung der Szene zeigte sich besonders deutlich am Personenpotenzial der Skinheadszene und der sonstigen gewaltbereiten (unorganisierten) Rechtsextremisten. Dieses nahm im Berichtsjahr um etwa 150 Personen auf 1.500 (2005: 1.660) ab. Aus den vormals unorganisierten Rechtsextremisten bildeten sich subkulturell geprägte Kameradschaften. Mehrere Kameradschaften, die im Jahr 2005 noch nicht als neonationalsozialistisch eingestuft werden konnten, vollzogen eine Entwicklung durch spezifische Aktivitäten und werden nunmehr dem neonationalsozialistischen Lager zugerechnet. In einer darüber hinausgehenden Entwicklung lösten sich ehemals neonationalsozialistische Kameradschaften auf und organisierten sich im so genannten FREIEN WIDERSTAND.

### Fortschreitende „Desorganisation“

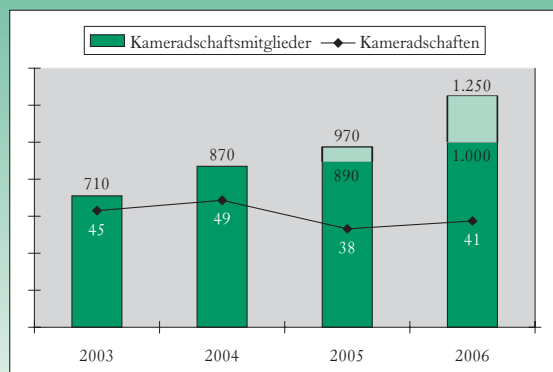
Wie im Jahr 2005 gingen auch im Berichtsjahr die Erhöhung des Aktionsniveaus der sächsischen Kameradschaftsszene nicht mit einem Ausbau der Strukturen einher. Teile der Szene waren vielmehr bemüht, die

Organisationsstrukturen weiter zu lockern, und agierten zunehmend konspirativ. Deutlich war hier die Absicht erkennbar, die Zuordnung zu festen Kameradschaften zu erschweren bzw. unmöglich zu machen. Stattdessen entwickelten sich die FREIEN KRÄFTE fort, die regional unter Bezeichnungen wie FREIER WIDERSTAND (Leipzig), FREIE KRÄFTE (Chemnitz, Dresden) oder FREIE NATIONALISTEN (Chemnitz), aber auch unter landesweiter Bezugnahme als FREIE KRÄFTE SACHSEN in Erscheinung traten.

Dieses Gesamtpotenzial umfasste im Berichtsjahr etwa 600 Personen und setzte sich aus Mitgliedern aktiver, inaktiver oder aufgelöster Kameradschaften, sowie aus Mitgliedern rechtsextremistischer Parteien, aus Angehörigen verbotener Strukturen und aus dem Potenzial rechtsextremistischer Skinheads zusammen. Darin enthalten ist ein Potenzial von ca. 250 Personen aus dem Landkreis Sächsische Schweiz, die aufgelösten subkulturell geprägten oder neonationalsozialistischen Kameradschaften angehörten oder die früher den verbotenen SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ angehörten. Die Begriffe „Nationaler“ oder „Freier Widerstand“ sind eine Kampagnebezeichnung der rechtsextremistischen Szene, unter der sich alle rechtsextremistischen Kräfte – Einzelpersonen, Kameradschaften, Parteien oder andere Organisationen – gemeinsam formieren und in öffentlichkeitswirksamen Aktionen als eine politische Kraft auftreten sollen. Von diesem Selbstverständnis ausgehend strebt der „Freie Widerstand“ u. a. die Überwindung politischer Differenzen innerhalb der rechtsextremistischen Szene sowie die Zusammenarbeit in zeitweiligen, meist anlass- und themenbezogenen Aktionsbündnissen an. Zudem werden lockere Strukturen favorisiert.

Kennzeichnend für die Bestrebungen, ehemals gefestigte Kameradschaftsverbände aufzulösen und deren Personenpotenzial in den „Freien Widerstand“ einzubringen, sind die im Freistaat erscheinenden Publikationen FREIER RUNDBRIEF für die Regionen Dresden und Chemnitz. In der ersten Chemnitzer Ausgabe wird deutlich, dass innerhalb der FREIEN KRÄFTE eine Zusammenarbeit besteht: „Heil Deutschland, werte Volksgenossinnen und Volksgenossen. Ja ihr schaut richtig. Chemnitz hat jetzt seinen eigenen Rundbrief! Da könnte ja jetzt jemand auf die Idee kommen, moment den kenne ich doch aus einer anderen Stadt, die machen das ja nur nach. Das ist erstens richtig und zweitens mit freundlicher Unterstützung der Redaktion des anderen Rundbriefes erwünscht.“<sup>47</sup> Beiden Publikationen gemeinsam ist der in allen Ausgaben wiederkehrende Aufruf, freie Strukturen zu bilden und sich aktiv an der Jugendarbeit zu beteiligen.

### Personenpotenzial der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene und Anzahl der Kameradschaften



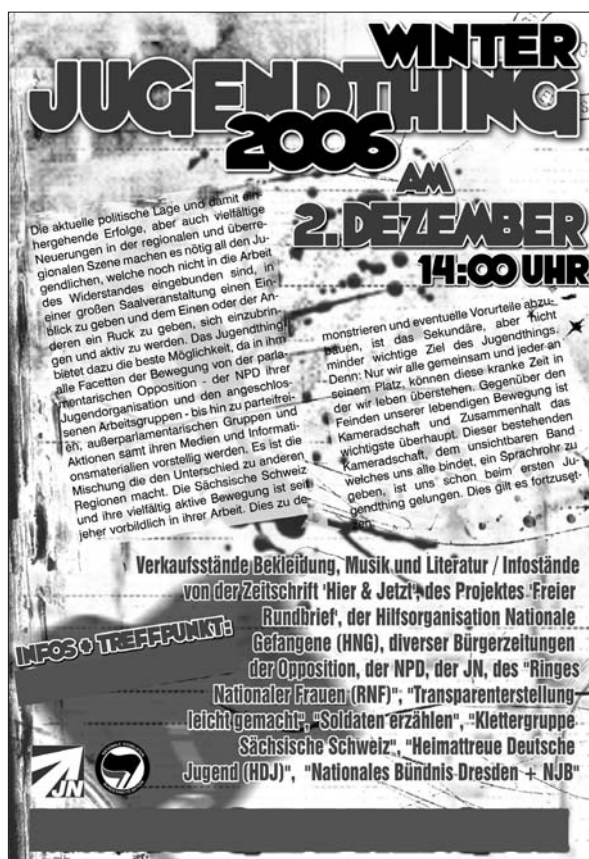
### Verstärkung der Jugendarbeit

Unter dem Motto: „Jugend führt Jugend“ scheinen die bereits Ende des Jahres 2005 in Ansätzen erkennbaren Überlegungen zur Jugendpolitik fortgesetzt zu werden. Das Interesse Jugendlicher soll kanalisiert und Interessenten sollen in eine politische Richtung gelenkt werden. Deutlich zeigt sich das Bemühen, die Jugendarbeit zu strukturieren. So bildeten Aktivisten der FREIEN KRÄFTE Anfang 2006 einen „Arbeitskreis Jugend“, der als Ansprechpartner dienen und Veranstaltungen organisieren soll.<sup>48</sup> Neben vordergründig unpolitischen Freizeitaktivitäten sollen durch Veranstaltungen mit Schulungscharakter die FREIEN KRÄFTE ideologisch im Sinne des Neonationalsozialismus ausgerichtet werden. In regelmäßigen Abständen werden „Nationale Jugendstammtische“ organisiert und so genannte „Zeitzeugenvorträge“ gehalten. Auch zur Teilnahme an öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten wird aufgerufen.

Die Jugendarbeit wurde auch im Berichtsjahr einerseits in Personalunion mit der Jugendorganisation der NPD, der JN, andererseits aber auch selbstständig durchgeführt. Die Symbiose zwischen parteigebundenen Organisationen und den FREIEN KRÄFTEN tritt besonders deutlich im Landkreis Sächsische Schweiz hervor. So veranstalteten am 6. Mai 2006 die FREIEN KRÄFTE gemeinsam mit der JN das „1. Jugendthing Sächsische Schweiz“. Es gab Verkaufsstände für Bekleidung, Musik und Kultur, verschiedene Informationsstände wurden präsentiert und verschiedene Arbeitsgruppen, z. B. für Brauchtum, Mittelalter oder Familie, angeboten. In einer Ankündigung des im Dezember 2006 durchgeführten „2. Jugendthing Sächsische Schweiz – Winterthing“ wurde geäußert: „Die aktuelle politische Lage und damit einhergehende Erfolge, aber auch vielfältige

<sup>47</sup> FREIER RUNDBRIEF CHEMNITZ, 1/2006, S. 1; Schreibweise wie im Original.

<sup>48</sup> FREIER RUNDBRIEF DRESDEN, 1/2006, S. 6.



Neuerungen in der regionalen und überregionalen Szene machen es nötig, all den Jugendlichen, welche noch nicht in die Arbeit des Widerstandes eingebunden sind, (...) einen Ruck zu geben, sich einzubringen und aktiv zu werden. Das Jugendthing bietet dazu die beste Möglichkeit, da in ihm alle Facetten der Bewegung von der parlamentarischen Opposition – der NPD ihrer Jugendorganisation und den angeschlossenen Arbeitsgruppen – bis hin zu parteifreien, außerparlamentarischen Gruppen (...) vorstellig werden. Es ist die Mischung die den Unterschied zu anderen Regionen macht. Die Sächsische Schweiz ist seit und ihre vielfältig aktive Bewegung ist seit jeher vorbildlich in ihrer Arbeit. Dies zu de-

monstrieren und eventuelle Vorurteile abzubauen, ist das Sekundäre, aber nicht minder wichtige Ziel des Jugendthings. Denn: Nur wir alle gemeinsam und jeder an seinem Platz, können diese kranke Zeit in der wir leben überstehen. Gegenüber den Feinden unserer lebendigen Bewegung ist Kameradschaft und Zusammenhalt das wichtigste überhaupt. Dieser bestehende Kameradschaft, dem unsichtbaren Band welches uns alle bindet, ein Sprachrohr zu geben, ist uns schon beim ersten Jugendthing gelungen. Dies gilt es fortzusetzen.

Verkaufsstände Bekleidung, Musik und Literatur / Infostände von der Zeitschrift 'Hier & Jetzt' des Projektes 'Freier Rundbrief, der Hilfsorganisation Nationale Gefangene (HNG), diverser Bürgerzeitungen der Opposition, der NPD, der JN, des 'Ringes Nationaler Frauen (RNF)', 'Transparenterstellung leicht gemacht', 'Soldaten erzählen', 'Klettergruppe Sächsische Schweiz', 'Heilmattreue Deutsche Jugend (HDJ)', 'Nationales Bündnis Dresden + NJB'

### Durchführung „spontaner“ Demonstrationen

Im Berichtsjahr setzte ein Teil der sächsischen Kameradschaftsszene neue strategische Überlegungen zum Demonstrationsgeschehen um. Es zeigte sich ein

grundsätzlicher Trend zur Durchführung kleinerer regionaler Demonstrationen. So wurden am 1. Mai 2006 Demonstrationen in Bautzen, Niesky und Hoyerswerda durchgeführt. Die Szene erhofft sich auf diesem Wege Kontakte mit der Bevölkerung und durch das Aufgreifen sozialer Themen mehr Akzeptanz.

Bei den Demonstrationen versammelten sich etwa 120 bis 150 Rechtsextremisten. Sie zeigten ein Transparent und verteilten Flugblätter an Passanten. Die Veranstaltungen stellten sich nach außen hin als „Spontandemonstrationen“ dar und dauerten jeweils nur ca. 30 Minuten. Von den Szeneangehörigen wurden ohne großen Mobilisierungsvorlauf und ohne vorangehende intensive inhaltliche Debatte in dichter Folge kurzzeitige Demonstrationen durchgeführt. Dies dokumentiert die Fähigkeit der Szene, sich mobil, flexibel und konspirativ zu verhalten, um Versammlungs- und Polizeibehörden die Möglichkeit zu nehmen, angemessen zu reagieren. Darüber hinaus demonstrierte die rechtsextremistische Kameradschaftsszene in Ostsachsen mit der Durchführung der Veranstaltungen ihre Organisationsfähigkeit. Hierbei wurde auch die hohe Akzeptanz der Organisatoren innerhalb der sächsischen Szene deutlich.

### Beispiele für Kameradschaften: KAMERADSCHAFT OBERLAUSITZ

An der KAMERADSCHAFT OBERLAUSITZ lässt sich beispielhaft eine Organisation beschreiben, die über alle typischen Wesensmerkmale einer subkulturell geprägten Kameradschaft mit neonationalsozialistischen Zügen verfügt und in Aktivitäten des FREIEN WIDERSTANDS eingebunden ist.

Gegen 23 Mitglieder der ca. 40 Personen umfassenden Kameradschaft leitete die Staatsanwaltschaft Görlitz Verfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ein. Im Rahmen polizeilicher Durchsuchungsmaßnahmen am 12. September 2006 wurden Propagandamaterial, Hakenkreuzfahnen, Sturmhauben, diverse Tonträger, Schreckschusspistolen sowie T-Shirts und Jacken mit Runenzeichen sichergestellt.

Die Kameradschaft, die im Berichtsjahr als e. V. im Vereinsregister eingetragen war, ist innerhalb eines Geflechts der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene in Ostsachsen eine überdurchschnittlich aktionswillige und in der Öffentlichkeit wahrnehmbare Organisation.

Die Wesensverwandtschaft der Kameradschaft mit dem Nationalsozialismus kommt mit der Verwendung von Begriffen und Symbolen deutlich zum Ausdruck. So benutzt die Kameradschaft als Vereinssymbol das-

<sup>49</sup> Internetseite der NPD Sächsische Schweiz vom 28. November 2006. Orthografie wie im Original.

selbe Zeichen wie die zweite SS-Panzerdivision „Das Reich“. Öffentlich tragen Mitglieder der Kameradschaft eigene T-Shirts mit dem Logo der Organisation.

Die Kameradschaft führte in den vergangenen Jahren szenetypische Veranstaltungen, u. a. Sonnenwendfeiern und Sportwettkämpfe (Germanischer Zehnkampf) durch. Weiterhin nahmen Mitglieder der Kameradschaft an verschiedenen Fußballturnieren teil, die von der rechtsextremistischen Szene organisiert wurden. Mitglieder des Vereins sind als Teilnehmer an einschlägigen Veranstaltungen, wie z. B. rechtsextremistischen Skinhead-Konzerten/-Partys und von Rechtsextremisten durchgeführten Demonstrationen bekannt. Einige der Kameradschaftsmitglieder wurden als Tatverdächtige rechtsextremistisch motivierter Straftaten ermittelt.

Am 8. Mai 2006 führten Mitglieder der Kameradschaft eine unangemeldete Kundgebung durch. Der Trauermarsch von 25 bis 30 schwarz gekleideten Personen führte mehrere schwarze Fahnen und ein Banner mit sich. Am Kriegerdenkmal und dem Denkmal am Rathaus in Seiffhennersdorf (Landkreis Löbau-Zittau) wurden Kränze mit der Aufschrift KAMERADSCHAFT OBERLAUSITZ sowie „Ehre wem Ehre gebührt“ und „Ewig lebt der Toten Tatenruhm“ niedergelegt und Kerzen entzündet.

An Veranstaltungen der Kameradschaft beteiligen sich verschiedene andere rechtsextremistische Kameradschaften aus Weißwasser, Bautzen, Löbau, Oderwitz, Görlitz und Zittau. Verbindungen bestehen zum NATIONALEN JUGENDBLOCK ZITTAU (NJB).

## **Beispiele für Kameradschaften: STURM 34**

---

Die Gründung der rechtsextremistischen Kameradschaft STURM 34<sup>50</sup> erfolgte etwa Anfang März 2006 aus der rechtsextremistischen Szene Mittweida heraus. Politisches Ziel der Kameradschaft war die Schaffung einer so genannten „National befreiten Zone“ in Mittweida und der umliegenden Region. Die Umsetzung sollte durch eine „Säuberung“ des Gebiets von „Linken“/„Zecken“, „Hip Hoppern“, Ausländern und sonstigen Gegnern auch unter Einsatz von Gewalt erfolgen.

STURM 34 verfügte zum Jahresende über mindestens 20 bis 30 Mitglieder, innerhalb derer sich wiederum eine Führungsgruppe herauskristallisierte. Das Rekrutierungspotenzial wird als sehr groß eingeschätzt. Im Jahr 2006 prägten die Kameradschaft und ihre Mitglieder maßgeblich die rechtsextremistische Szene im Raum Mittweida.


Die rassistische und ausländerfeindliche Grundhaltung der Mitglieder des STURM 34 kommt u. a. darin zum Ausdruck, dass jeder, der anders denkt, „Schläge“ bekommen soll. Personen mit dunkler Hautfarbe werden als „fremd“ eingestuft und abgelehnt.

Die Kameradschaft begann im Berichtsjahr mit der Umsetzung der o. g. politischen Zielsetzung mit Gewalt. Vor diesem Hintergrund wurden in erheblichem Umfang Straftaten begangen, oft gefährliche Körperverletzungen. Dabei wurden neben dem gezielten Vorgehen gegen mutmaßliche Gegner gleichermaßen spontane Gewalttätigkeiten registriert.



## Rechtsextremistische Parteien

### NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)

|   |  |
|---|--|
| <b>Gründung:</b>                          | 1964   |
| <b>Gründung in Sachsen:</b>               | September 1990   |
| <b>Sitz:</b>                              | Berlin   |
| <b>Teil-/Nebenorganisationen:</b>         | JUNGE NATIONAL-DEMOKRATEN (JN), NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND (NHB), KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG e. V. (KPV), RING NATIONALER FRAUEN (RNF) |
| <b>Organisation im Freistaat Sachsen:</b> | Landesverband Sachsen (Sitz: Dresden), 27 Kreisverbände, einzelne Ortsverbände   |
| <b>Mitglieder 2005</b>                    |  |
| bundesweit:                               | ca. 6.000  |
| Freistaat Sachsen:                        | ca. 1.000  |
| <b>Mitglieder 2006</b>                    |  |
| bundesweit:                               | ca. 7.000  |
| Freistaat Sachsen:                        | ca. 1.000  |
| <b>Publikation:</b>                       | DEUTSCHE STIMME  |
| <b>Wirtschaftsorganisation:</b>           | DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH, Riesa   |
| <b>Präsenz im Internet:</b>               | mit mehreren Homepages vertreten   |
| <b>Kennzeichen:</b>                       |   |

Die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) ist nach wie vor die dominierende politische Kraft im rechtsextremistischen Parteienspektrum. Mit ca. 1.000 Mitgliedern und nunmehr 27 Kreisverbänden ist die Partei flächendeckend vertreten. Der politische

und organisatorische Schwerpunkt der Partei liegt im Regierungsbezirk Dresden. Hier sind mit der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, dem Sitz der Landesgeschäftsstelle in Dresden sowie dem DEUTSCHE STIMME-VERLAG in Riesa drei wichtige Institutionen der NPD verankert. Nach der Landtagswahl 2004 entwickelte sich in Dresden ein politischer Schwerpunkt der NPD. Im Umfeld der NPD-Landtagsfraktion konzentrierten sich führende Funktionäre der Bundespartei, die das Erscheinungsbild maßgeblich prägen.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der NPD standen im Berichtsjahr zwei Schwerpunkte:

- Stabilisierung und Ausbau des sächsischen Landesverbandes sowie
- Teilnahme an den Wahlen zu den Landesparlamenten in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Der Ende 2005 aus politischen und persönlichen Gründen erfolgte Austritt von drei Mitgliedern der NPD-Landtagsfraktion aus Partei und Fraktion löste eine Krise innerhalb des Landesverbandes aus, die sich jedoch nicht dauerhaft auswirkte. Auf dem Landesparteitag am 4. Februar 2006 wählten die Delegierten Funktionäre in den Landesvorstand nach. Die Mitglieder folgten dabei den Vorschlägen des Landesvorstandes. Mit dem Ergebnis dieses Landesparteitages konsolidierte sich die NPD in Sachsen wieder.

Im Berichtsjahr wurde ein Fraktionsmitglied aus der NPD-Fraktion ausgeschlossen. Die Fraktion verfügt damit nur noch über acht Mitglieder. Der im August 2006 bei einem Verkehrsunfall verstorbene stellvertretende Fraktionsvorsitzende Uwe LEICHSENRING sowie ein weiteres Fraktionsmitglied, das sein Mandat niederlegte, wurden durch Nachrücker aus der Landtagswahlliste ersetzt. Mit dem Tod von Uwe LEICHSENRING verlor die NPD einen der wenigen sächsischen Führungskräfte, die maßgeblich am Aufbau der NPD im Freistaat Sachsen beteiligt waren. In der Sächsischen Schweiz prägte er wesentlich die Entwicklung der NPD.

Bei der Landtagswahl am 17. September 2006 zog die NPD mit einem Ergebnis von 7,3 % mit sechs Mandaten in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ein (2002: 0,8%).

Am gleichen Tag fanden in Berlin die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen statt. Mit einem Ergebnis von 2,6 % verpasste die NPD zwar den Einzug in das Landesparlament, zog jedoch in vier Bezirksparlamente ein. In Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf erreichte die NPD mit je drei Abgeordneten Fraktionsstärke. In Neukölln erzielte die Partei zwei Mandate.

Die NPD feierte das Wahlergebnis als „strategischen Erfolg“, der den Druck von der bislang einzigen NPD-Fraktion in einem Landtag nehme. Die Zusammenarbeit mit der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) und freien Kameradschaften habe sich erneut bewährt und sei der Schlüssel für weitere Erfolge.<sup>51</sup> Man sah eine „nationale Achse Dresden - Berlin - Schwerin“ entstehen, mit der „von Mitteldeutschland aus eine nationale Welle über das Land schwappen“ werde.<sup>52</sup> Ziel der NPD ist der Einzug in den Deutschen Bundestag im Jahr 2009.

## Historie und Strukturen

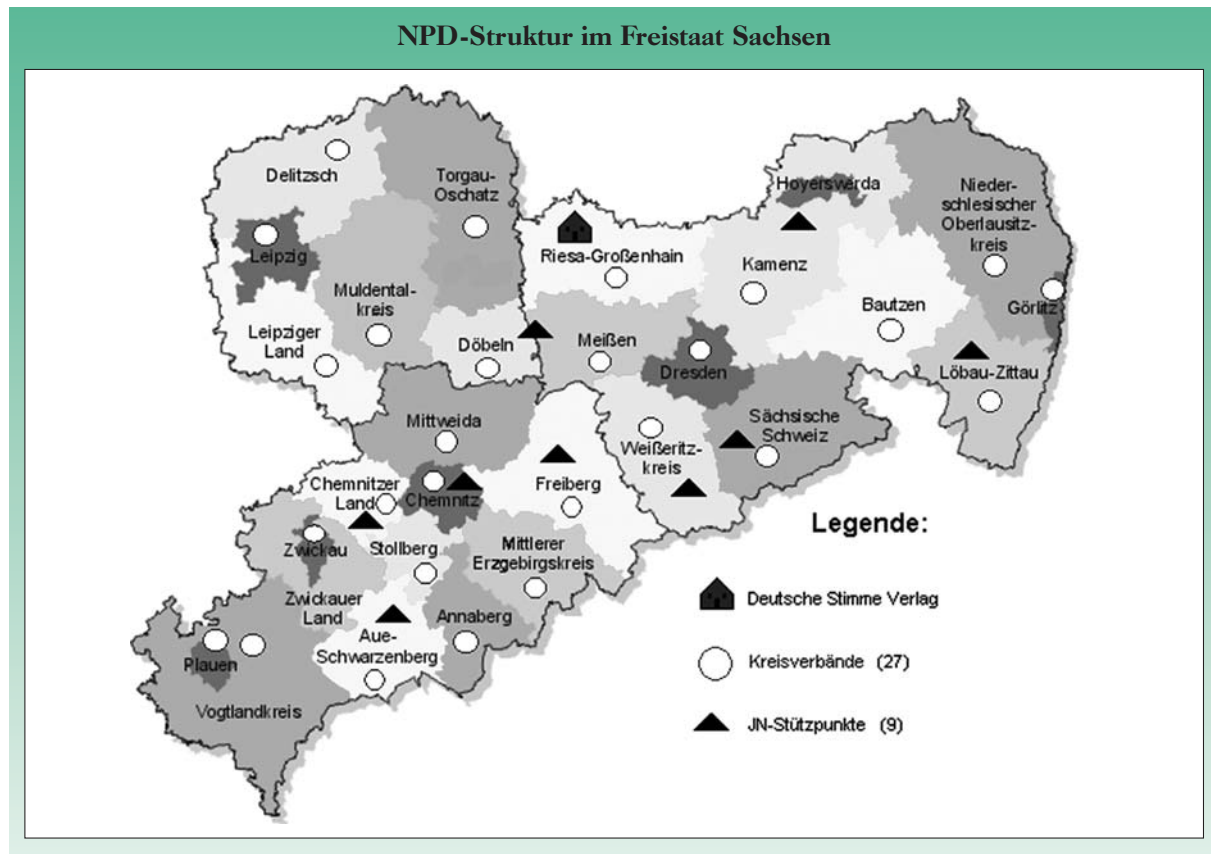
Die 1964 gegründete NPD ist aus der ehemaligen DEUTSCHEN REICHSPARTEI hervorgegangen. Die NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)<sup>53</sup> wurde 1969 gegründet.

Nachdem Mitglieder der NPD aus den alten Bundesländern 1989 erste Kontakte in die ehemalige DDR geknüpft hatten, gründeten Aktivisten am 24. März 1990 in Leipzig die erste Struktur der sächsischen NPD unter der Bezeichnung MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN (MND). Am 2. September 1990 gründe-

ten die Mitglieder der MND den sächsischen Landesverband der NPD und wählten den ehemaligen Funktionär Jürgen SCHÖN aus Leipzig zum ersten Landesvorsitzenden. In Erfurt (Thüringen) fand am 7. Oktober 1990 ein Vereinigungsparteitag statt, auf dem sich die auf dem Gebiet der ehemaligen DDR neu gegründeten NPD-Strukturen mit den Landesverbänden der alten Bundesländer zu einer Gesamtpartei zusammenschlossen.

Mit der Gründung des Kreisverbandes Delitzsch Anfang November 2006 ist die NPD flächendeckend im Freistaat Sachsen mit 27 Kreisverbänden vertreten.

Der auf ca. 1.000 Mitglieder geschätzte Landesverband wird von Dresden aus geführt. Neben der Landesgeschäftsstelle ist die acht Mitglieder umfassende Fraktion der NPD im Sächsischen Landtag der wichtigste Einflussfaktor der NPD im Freistaat Sachsen. Die DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH – eines der größten rechtsextremistischen Versandunternehmen bundesweit – hat ihren Sitz in Riesa. Sie wird von Funktionären der NPD geführt. Seit dem Umzug des Verlages von Sinning (Bayern) nach Riesa im Jahr 2000 hat sich eine für die Partei bedeutende logistische und propagandistisch wirkende Einrichtung in Sachsen etabliert. Mit dem Verlag übersiedelten auch führende



<sup>51</sup> Internetseite des NPD-Bundesvorstandes vom 21. September 2006.

<sup>52</sup> Internetseite des NPD-Bundesvorstandes vom 21. September 2006.

<sup>53</sup> Nähere Angaben siehe Abschnitt zur JN.

Funktionäre der Bundespartei nach Sachsen, die die Politik des sächsischen Landesverbandes mittlerweile maßgeblich prägen. Neben dem Parteiorgan DEUTSCHE STIMME werden über den Verlag und mittlerweile auch über das Internet Tonträger, Videos, Publikationen und Skinheadartikel vertrieben.

### Politische Zielsetzung

Wie bereits im Jahr 2005 verstärkte die sächsische NPD ihre Aktivitäten im vorpolitischen Raum und griff – vordergründig unter Verzicht auf extremistische Positionen – Alltagsprobleme gezielt auf. Dabei thematisierte die Partei zielgerichtet politische und wirtschaftliche Probleme und bot vermeintlich einfache Lösungen an, die die deutlich akzentuierte Ausländerfeindlichkeit der Partei erkennen lassen. Mit Parolen wie „Arbeit zuerst für Deutsche“ zielte die Partei auf sozial benachteiligte Menschen und stellte sich als „Systemalternative“ dar. Die Partei verschleierte bewusst ihren rechtsextremistischen Hintergrund und versuchte durch Basisarbeit, „Volkstümlichkeit“ und schnelles Aufgreifen allgemeiner Nöte und Sorgen an Sympathie in der Bevölkerung zu gewinnen.

Eine Argumentationshilfe des Bundesvorstandes für Funktionäre sowie politische Aussagen von Funktionären zeigen jedoch deutlich, was sich hinter dieser „sozialen“ Maske verbirgt: Eine Organisation, die bestrebt ist, eine menschenverachtende Gesellschaftsordnung zu errichten, die erkennbar auf Politik- und Gesellschaftsvorstellungen aus der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zurückgreift. In enger Kooperation mit der DVU und der neonationalsozialistischen Kameradschafts- bzw. Skinheadszenen zielen aggressive Agitationen auf die Beseitigung des demokratischen Rechtsstaates. Die NPD ist eine Partei, die immer stärker die Wesenszüge einer neonationalsozialistischen Organisation annimmt. Dafür spricht auch die Tatsache, dass bedenkenlos Neonationalsozialisten in die Partei aufgenommen und sogar in den Bundesvorstand gewählt werden.

Das politische Selbstverständnis der NPD drückt sich in der positiven Bezugnahme auf die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zwischen 1933 und 1945 aus. Dies zeigt sich nicht nur deutlich in der Bewertung führender Repräsentanten des NS-Systems, sondern auch in der engen Anlehnung an deren Sprache und Ideologie.

Nach dem Vorbild des Dritten Reiches strebt die NPD die Wiederherstellung des Deutschen Reiches als „Schutz- und Trutzbündnis des Deutschen Volkes“<sup>54</sup>

an. Anstelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung will die NPD eine nach „immerwirkenden Naturgesetzen“ bestimmte „neue Ordnung“ in Form einer „Volksgemeinschaft“ errichten. Grundlage des Weltbildes der NPD ist die Überzeugung, dass ein Kollektiv – die so genannte „Volksgemeinschaft“ – primär Vorrang gegenüber dem Individuum hat. Den Interessen der Volksgemeinschaft hat sich alles unterzuordnen, auch die persönliche Freiheit des Einzelnen.

Bestandteil dieses Kollektives kann nur derjenige sein, in dessen Adern „deutsches Blut“ fließt. Der übersteigerte Nationalismus der NPD erklärt sich aus der Vorstellung, dass „artfremde“ Menschen in Deutschland eine „Bedrohung“ für die „Volkssubstanz“ seien bzw. die „Erhaltung der Art“ gefährden würden. Daraus entspringen die zutiefst ausländerfeindlichen Positionen der NPD. Die staatliche Ordnung greift die NPD im Zusammenhang mit ihrer fremdenfeindlichen Haltung in diffamierender und herabsetzender Art und Weise an. Die Partei konstruiert ein für Rechtsextremisten typisches Bedrohungs- und Verschwörungsszenario, nachdem die Ausländerpolitik der Bundesregierung ein Vernichtungsfeldzug „interessierter Kreise“ sei und den Untergang des deutschen Volkes zum Ziel habe.

### Abschaffung des demokratischen Rechtsstaates – die Verfassung sei nicht legitim

In provozierender Art äußern sich Funktionäre der NPD und der JN über die Beseitigung des demokratischen Rechtsstaates.

Die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN verkünden in einem Beschluss des Bundesvorstandes offen, dass sie auf eine „Umwälzung“ hinarbeiten: „Wenn uns bürgerliche und reaktionäre Kreise vorwerfen, daß wir auf eine ‚Umwälzung‘ hinarbeiten, dann sagen wir diesen Leuten: ‚Jawohl, wir versuchen nachzuholen, was Ihr in Eurer verbrecherischen Dummheit versäumt habt!‘“<sup>55</sup>.

Der Vorsitzende des sächsischen NPD-Landesverbandes verkündete in seiner Neujahrsansprache als Ziel der NPD die „Wiedergeburt“ eines neuen Reiches: „WENN ALLE UNTREU WERDEN, SO BLEIBEN WIR DOCH TREU! Dieses Treuebekenntnis zu Volk, Reich und Partei möge sich in die Herzen und Hirne aller Kameraden einhämmern. (...) Standhaft ertragen wir alle gemeinsam den Aufstand des Abschaums in dieser Zeit. (...) Erst die rücksichtslose und restlose Beseitigung des korrupten, liberal-kapitalistischen Systems kann den Weg freimachen für einen nationa-

<sup>54</sup> Meldung über den „Präsidiumsbeschuß zur V-Mann-Hysterie - Jetzt erst recht!“ auf der Homepage der NPD vom 17. Juli 2002.

<sup>55</sup> Beschluss des Bundesvorstandes der JN vom 25.-26. Juni 2005, Internetauszug vom 25. Juli 2005.

len und sozialen Neuanfang in Frieden und Freiheit für unser Volk. (...) Streiten wir weiter für die Wiedergeburt des Reiches als Friedensgarant in Europa.“<sup>56</sup>

Die NPD hält den demokratischen Rechtsstaat und die Verfassung für nicht legitim. Sie leitet diese Auffassung aus dem „Vorläufigkeitscharakter des Grundgesetzes“, resultierend aus dessen Artikel 146, ab. Der NPD-Bundesvorsitzende äußerte dazu: „Präambel und Artikel 146 des Grundgesetzes formulierten über fünfzig Jahre den Verfassungsauftrag, die Einheit Deutschlands herzustellen und damit gleichzeitig das Provisorium des Grundgesetzes zu beenden und dem deutschen Volk eine Verfassung zu geben, die es in freier Selbstbestimmung beschließt. Entgegen diesem Verfassungsauftrag besteht die Gültigkeit des provisorischen Grundgesetzes auch fast 15 Jahre nach dem Tag der Vereinigung von BRD und DDR fort. Insofern existiert mittlerweile gar keine legitime Verfassung mehr.“<sup>57</sup>

Die Partei behauptet darüber hinaus, das Handeln der deutschen Regierung würde im Interesse fremder Mächte erfolgen. Auch nach der Wiedervereinigung sei Deutschland nicht frei, sondern mehr denn je abhängig von der Supermacht USA. Der NPD-Bundesvorsitzende führte dazu aus: „Die realpolitische Form des politischen Systems der BRD ist zudem von einer kaum zu übertreffenden Vasallenmentalität geprägt, vor allem gegenüber der EU und den USA und auch wiederholt gegenüber bestimmten jüdischen Interessenvertretern.“<sup>58</sup>

Die Argumentation, die Bundesrepublik Deutschland sei kein souveräner Staat, ist typisch für Rechtsextremisten: Die Geschichte lehre ihrer Ansicht nach, dass fremde Mächte ständig bestrebt seien, Deutschland wirtschaftlich und politisch schwach zu halten. Deutsche Politiker werden dabei als „Erfüllungsgehilfen“ dieser Mächte diffamiert. Verschwörungstheoretische „Erklärungsansätze“, z. B. der Hinweis auf das Wirken dunkler Mächte und die Thematisierung Deutschlands als Spielball ausländischer Interessen, sind immer wiederkehrende Konstanten im Weltbild von Rechtsextremisten. Dabei verwenden Rechtsextremisten oft den Begriff „Ostküste“ als Synonym für die unterstellte Macht amerikanischer jüdischer Bankiers.

Der Antiamerikanismus der NPD geht nicht selten eine Symbiose mit ausgeprägten antisemitischen und

geschichtsrevisionsistischen Thesen ein: „Selbstverständlich nehmen wir uns das Recht heraus, die Großmäuligkeit und ewigen Finanzforderungen des Zentralrats der Juden in Deutschland zu kritisieren. (...) Wir lassen uns von der Holocaust-Industrie, ein Wort des Juden Norman Finkelstein, 60 Jahre nach Kriegsende moralisch nicht erpressen, politisch nicht bevormunden und finanziell nicht auspressen (...) Der von jüdischer Seite seit 60 Jahren betriebene Schuldult und die ewige jüdische Opfertümelei muß sich kein Deutscher gefallen lassen. Es muß endlich Schluß sein mit der psychologischen Kriegsführung jüdischer Machtgruppen gegen unser Volk.“<sup>59</sup>

## **Wiederherstellung des Deutschen Reiches**

---

Im Europawahlprogramm 2004 beschreibt die Partei es als ihre Hauptaufgabe, die „volle Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“ wieder herzustellen. Die NPD hält die Bundesrepublik Deutschland nicht für einen souveränen Staat, sie sei militärisch besetzt. Völkerrechtlich bestehe das Deutsche Reich auch nach der Verhaftung der Regierung Dönitz am 23. Mai 1945 weiter<sup>60</sup>, es sei jedoch nicht mehr handlungsfähig.<sup>61</sup>

In einem Thesenpapier der JN wird dieses neue Reich als ein Staat mit einer „unbedingten und starken Zentralgewalt“ beschrieben, dessen Verwaltungsgrenzen der „Reichsgaue“ oder Länder mit den „Stammesgrenzen“ deckungsgleich sein müssen. „Alles was jedoch den Bestand des Reiches und der deutschen Volksgemeinschaft betrifft, bleibt in den festen Händen der Zentralgewalt.“<sup>62</sup> Das Vorbild dieser „Reichsidee“ ist im „Dritten Reich“ zu finden: Im Parteiprogramm der NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (NSDAP) von 1920 wurde die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches sowie die unbedingte „Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen“<sup>63</sup> gefordert.

## **Errichtung einer neuen Ordnung, der „Volksgemeinschaft“ in Anlehnung an die Nationalsozialisten**

---

Die freiheitliche demokratische Grundordnung will die Partei in diesem neuen Reich abschaffen. An deren Stelle soll eine „neue Ordnung“ errichtet werden, deren Kern die Volksgemeinschaft ist. „Die NPD ist

<sup>56</sup> Auszug aus der Homepage des NPD-Landesverbandes Sachsen vom 26. Januar 2006.

<sup>57</sup> Interview mit dem NPD-Bundesvorsitzenden, in: „Junge Freiheit“, Nr. 40/04, 24. September 2004, S. 3.

<sup>58</sup> DEUTSCHE STIMME, März 2005, S. 9.

<sup>59</sup> ARGUMENTE FÜR KANDIDATEN & FUNKTIONSTRÄGER, 2. Auflage Juni 2006, Seite 10. Schreibweise wie im Original.

<sup>60</sup> Dönitz war bis zu seiner Festnahme durch alliierte Streitkräfte der von Hitler eingesetzte Nachfolger als formelles Staatsoberhaupt.

<sup>61</sup> Europawahlprogramm der NPD von 2004, Seite 9.

<sup>62</sup> Thesenpapiere der JN, Juli 1998, S. 10.

<sup>63</sup> Artikel 25 im Programm der NSDAP vom 13. April 1920.

eine idealistische deutsche Erneuerungsbewegung, die der noch unter dem Schutt der Zeit liegenden Volksgemeinschaft den Weg ebnet wird.“<sup>64</sup>

Mit dem Begriff „Volksgemeinschaft“ knüpft die NPD eng an einen wesentlichen Bestandteil der Ideologie der Nationalsozialisten an. Darunter wird ein streng hierarchisch gegliedertes Gemeinwesen verstanden, in dem Staat und ein ethnisch homogenes Volk zu einer Einheit verschmelzen sollen. In der Volksgemeinschaft seien alle Klassen- und Standesschranken aufgehoben. Der Einzelne ordne seine Interessen dem Wohl der Volksgemeinschaft unter.

Der Begriff der Volksgemeinschaft wurde bereits Ende des 19. Jahrhunderts als gesellschaftliches Ideal den damaligen sozialen Gegensätzen entgegengestellt. Die Nationalsozialisten nutzten den Begriff zur Legitimation eines rassistischen Regimes, in dem Menschen, die nicht „arischer Rasse“ waren sowie politisch anders Denkende, Behinderte, „Asoziale“ oder Homosexuelle verfolgt und getötet wurden. Mit propagandistischen Massenveranstaltungen wurde eine scheinbar klassenlose Volksgemeinschaft inszeniert. Parolen wie „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ sollten die Menschen zusammenschweißen.

Diese Volksgemeinschaft der Nationalsozialisten will die NPD wieder auferstehen lassen: „Wir sind keine Partei, die etwas nur deshalb ablehnt, weil es dieses auch schon von 1933 bis 1945 gegeben hat. Ein Beispiel: Die Forderung ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ ist doch nicht falsch (...)“<sup>65</sup>. Die NPD bezieht sich damit auf eine Forderung, die im Parteiprogramm der NSDAP zu finden war.

Die NPD beschreibt die Volksgemeinschaft als eine annähernd „ethnisch homogene“ Gruppe von Menschen, die auf Grund „gemeinsamer Sprache, Geschichte, Kultur, Schicksal, etc.“<sup>66</sup> entsteht. Teil dieser Volksgemeinschaft kann nur derjenige sein, in dessen Adern „deutsches Blut“ fließt: „Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers (des BRD-Passes) ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. Längst ist es erwiesen, daß das Erbliche bei Einzelnen wie bei Völkern und Rassen (...) gleichermaßen für die Ausbildung körperlicher wie

nicht-körperlicher Merkmale verantwortlich ist. Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich, wie lange sie in Deutschland leben, und mutieren durch die Verleihung bedruckten Papiers nicht zu germanischstämmigen Deutschen.“<sup>67</sup>

Diese Äußerung zeigt deutlich, dass die „Volksgemeinschaft“ der NPD in der Tradition der Nationalsozialisten steht. Diese verstanden darunter eine „Blut- und Schicksalsgemeinschaft, in der die Interessen des Einzelnen bedingungslos der Gemeinschaft der Volksgenossen untergeordnet wurden. Dazu die NPD: „Jeder Volksangehörige hat das Recht und die Pflicht an der Gestaltung und dem Leben dieser Gemeinschaft mitzuwirken.“<sup>68</sup> „An allen Stellen, an denen Einzelinteressen mit Gemeinschaftsinteressen kollidieren, haben diese zu Gunsten des Erhaltes der Gemeinschaft zurückzutreten.“<sup>69</sup> „Der anarchistischen Utopie der absoluten Freiheit des Individuums setzen wir die bewusste, an die Gemeinschaft des Volkes gebundene Freiheit gegenüber.“<sup>70</sup>

Der Mensch darf also nur soweit seine Freiheit beanspruchen, wie er damit der Volksgemeinschaft nützt. Auch hier wieder eine Parallele zum Programm der NSDAP: „Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten zum Nutzen aller erfolgen.“<sup>71</sup>

### **Menschenrechte im Grundgesetz haben für die NPD wenig Bedeutung**

Entgegen der Werteorientierung des Grundgesetzes, in dem der einzelne Mensch mit seiner voraussetzungslosen, unantastbaren Menschenwürde im Mittelpunkt steht und alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, sieht die NPD im Kollektiv die „Grundlage für die Würde des Menschen“. Sie schränkt damit die Freiheitsrechte des Individuums zugunsten einer Gemeinschaft ein und zweifelt am Gleichheitsgrundsatz. Wie wenig die im Grundgesetz verankerten Menschenrechte für die NPD Bedeutung haben, verdeutlicht folgende Aussage: „die Grundrechtsbestimmungen tiefen vor Menschenrechtstümelei und stellen Deutsche im eigenen Land de facto mit Ausländern gleich, und das Grundgesetz hat einem gemeinwohl-schädigenden Individualismus und Parteienregime den Weg geebnet.“<sup>72</sup>

<sup>64</sup> ARGUMENTE FÜR KANDIDATEN & FUNKTIONSTRÄGER, 2. Auflage Juni 2006, S. 25.

<sup>65</sup> ARGUMENTE FÜR KANDIDATEN & FUNKTIONSTRÄGER, 2. Auflage Juni 2006, S. 32.

<sup>66</sup> Beitrag „National-revolutionären Gesundheitspolitik“ auf der Homepage der NPD vom 8. August 2003.

<sup>67</sup> ARGUMENTE FÜR KANDIDATEN & FUNKTIONSTRÄGER, 2. Auflage Juni 2006, 2005, S. 12. Schreibweise wie im Original.

<sup>68</sup> Schulungsheft WEG UND ZIEL, Januar - März 2000, S. 12. Schreibweise wie im Original.

<sup>69</sup> Wahlprogramm der NPD zur Bundestagswahl 2002, S. 77.

<sup>70</sup> Schulungsheft WEG UND ZIEL, Januar - März 2000, S. 12. Schreibweise wie im Original.

<sup>71</sup> Programm der NSDAP vom 13. April 1920, Schreibweise wie im Original.

<sup>72</sup> ARGUMENTE FÜR KANDIDATEN & FUNKTIONSTRÄGER, 2. Auflage Juni 2006, S. 30. Schreibweise wie im Original.

## **Ausländer raus, um die „Art“ zu erhalten – Haltung zu Behinderten**

---

In der Erklärung zu Wesen und Wollen der „Dresdner Schule“ heißt es: „Die Ideologen des Multikulturalismus fördern mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die massive Landnahme durch kultur- und rassefremde Menschen (...) Politik, die zu multiethnischen Zuständen führt, ist verbrecherisch, weil sie den Weg in den Ethnosuizid ebnet und den Deutschen ihr Heimatrecht im angestammten Lebensraum abspricht.“<sup>73</sup> Bei einem Blick in das Schulungsheft der NPD wird deutlich, womit diese Haltung begründet wird: Eines „der wichtigsten biologischen Grundprinzipien“ sei „das der Erhaltung der Art. Sämtliche Regelungen, die man für das menschliche Leben trifft, müssen das berücksichtigen.“<sup>74</sup>

Die fremdenfeindliche Haltung der NPD resultiert also aus der Überzeugung, dass eine Integration von Ausländern der „Art der Deutschen“ schaden würde und letztendlich die „Rasse“ des Deutschen Volkes durch „Durchmischung“ mit „fremden Blut“ untergehen würde. Die aus diesem Denken resultierende tiefe Menschenverachtung – die bis zur Verunglimpfung einer ganzen Nation reicht – offenbart sich in Ausführungen der NPD zum Schicksal von „Mischlingen, die deutsch-nichteuropäischen Beziehungen“ entstammen: „Sie werden sich ‚Heimatländer‘ suchen, in denen es keine einheitliche Volkssubstanz gibt, in denen die Durchrassung unumkehrbar ist (Anm.: in der ersten Auflage sprach die NPD noch von Ländern, „in denen Bastarde zum Alltag gehören“) und die damit verbundene ethno-kulturelle Entwurzelung und Bindungslosigkeit allgegenwärtig ist. Zielland solcher Mischlinge werden naheliegenderweise die USA sein, wo es nie eine Volksgemeinschaft und Kulturnation, sondern nur eine durchrassete Staats- und Einzelwillennation von haltlosen Sozialatomen gab, wo der ethno-kulturell kastrierte Einheitsmensch ohne Identität und Heimat wie Unkraut gedeiht.“<sup>75</sup>

Die Parallelen zwischen dem menschenverachtenden Gedankengut der Nationalsozialisten und dem der NPD bzw. JN machte ein Referent während eines Pfingsttagers der JN im Jahr 2005 deutlich: „Wir, Kameraden, wollen an einem neuen Menschentyp arbeiten. Und aus diesem Menschentyp soll Kraft und Schönheit strömen – ein neues Lebensgefühl, eine neue Lebensfreude. Missgestaltete Krüppel und Menschen, die nur Abscheu

erregend wirken und die Tieren ähneln, entsprechen nicht dieser neuen Lebensfreude.“<sup>76</sup>

Im gleichen Atemzug hob er die angeblichen Vorzüge des damaligen Terrorregimes hervor: „Nie war Deutschland produktiver und schöpferischer als in den Jahren des Dritten Reiches. Eine der wichtigsten Errungenschaften der nationalsozialistischen Kulturpolitik war also die Beziehung zwischen Volk und Kunst.“<sup>77</sup>

## **Heroisierung führender Repräsentanten des NS-Regimes**

---

Die Wesensverwandtschaft der NPD mit den Nationalsozialisten zeigt sich darüber hinaus in der Heroisierung führender Repräsentanten dieses Systems und in einer wohlwollenden Betrachtung dieser Zeit.

Der Bundesvorsitzende der NPD Udo VOIGT bezeichnete kurz nach der sächsischen Landtagswahl 2004 in einem Interview mit der „Jungen Freiheit“ Hitler als einen „großen deutschen Staatsmann“, dem er lediglich vorwerfe, für die Niederlage des Deutschen Reiches verantwortlich zu sein. Die Nationalsozialisten, die in Nürnberg vor dem Kriegsverbrechertribunal standen, bezeichnete VOIGT als „nationale Kräfte“<sup>78</sup>. Ein zwischenzeitlich verstorbene ehemaliges Mitglied der NPD-Landtagsfraktion bezeichnete das Dritte Reich als „Wohlfühl-diktatur mit 95 Prozent Zustimmung“ und äußerte zur systematischen Vernichtung der Juden im Zweiten Weltkrieg, dies sei ein „Totschlaginstrument gegen alles, was rechts ist“.<sup>79</sup>

Ein anderer zum damaligen Zeitpunkt noch der NPD-Fraktion angehörender Landtagsabgeordneter hielt im Jahr 2005 „den Führer nach wie vor für einen großen Staatsmann“. Er sei „vielleicht einer der größten, den wir je gehabt haben.“<sup>80</sup> Anlässlich eines Interviews während des NPD-Bundesparteitages im November 2006 wiederholte er diese Ansicht: „Zum Führer stehe ich nach wie vor. Da gibt es kein Vertun. Da hat sich nichts geändert. Wie sollte sich.“<sup>81</sup> Die NPD distanzierte sich auch nach seinem Ausschluss aus der NPD-Fraktion nicht von dieser Äußerung.

## **Die NPD lehnt grundlegende Prinzipien der parlamentarischen Demokratie ab**

---

Ziel der NPD ist die Abschaffung des liberalen Mehrparteiensystems und der parlamentarischen Demokratie. Die freiheitliche demokratische Grundordnung soll

<sup>73</sup> Artikel „Zu Wesen und Wollen der ‚Dresdner Schule‘“, Auszug von der Internetseite des Landesverbandes der NPD vom 4. Mai 2005.

<sup>74</sup> Schulungsheft WEG UND ZIEL, Januar-März 2000, S. 7.

<sup>75</sup> ARGUMENTE FÜR KANDIDATEN & FUNKTIONSTRÄGER, 2. Auflage Juni 2006, S. 9.

<sup>76</sup> Niederschrift aus der TV-Dokumentation „Wölfe im Schafspelz Rechtsextremismus heute – Zwischen Agitation und Gewalt“.

<sup>77</sup> Niederschrift aus der TV-Dokumentation „Wölfe im Schafspelz Rechtsextremismus heute – Zwischen Agitation und Gewalt“.

<sup>78</sup> Interview mit dem NPD-Bundesvorsitzenden, in: „Junge Freiheit“, Nr. 40/04, 24. September 2004, S. 3.

<sup>79</sup> Artikel im „Vogtlandanzeiger“ vom 17. Mai 2006.

<sup>80</sup> Aus: Sendung „Kontraste“ der ARD vom 22. September 2005. Wiedergabe im Internet, Auszug vom 6. Oktober 2005.

<sup>81</sup> Auszug aus der Homepage von RP-Online vom 13. November 2006.

ersetzt werden durch ein System, in dem eine angebliche „Einheit von Regierten und Regierenden“ keine Sonderinteressen und damit Sondergruppen zulässt. Parteien und Verbände werden als Träger von „eigen-süchtigen“ Sonderinteressen abgelehnt. „Wir wollen das liberale Parteienregime – ganz demokratisch! – durch ein neues Gemeinwesen mit einem volksgewählten Präsidenten und Volksabstimmungen in allen Lebensfragen der Nation ablösen. (...) Es entstünde eine wirkliche Volksherrschaft mit einer ‚Identität von Regierten und Regierenden‘.“<sup>82</sup>

Wahlen als wesentliches Element einer freiheitlichen Demokratie werden für verzichtbar gehalten. Das Wahlrecht biete im Rahmen einer Gesamtgesellschaft „keine wirkliche Entscheidungsmöglichkeit“ und habe „lediglich bestätigenden Inhalt“.<sup>83</sup> Auch eine Opposition gegenüber der Regierung soll nicht zugelassen werden. Es dürfe nicht sein, „daß die mit der Führungsverantwortung beauftragte Elite, von den nicht mit der Führung beauftragten, ausgesprochenen Gegnern in ihrer Arbeit, systembedingt behindert wird“. An Stelle einer Opposition soll ein „berufsständisches Kammersystem“ eingeführt werden, welches allerdings nur „beratende Funktion (Antragsrecht)“ besitzen soll<sup>84</sup>. Im Ergebnis bedeutet das: Effizienz des Regierungshandelns und Durchsetzung des angeblichen Volkswillens vor demokratischer, freiheitssichernder Kontrolle und Gewaltenteilung.

Diese Überlegungen dokumentieren, dass die NPD/JN ein totalitäres Staatsmodell befürwortet, das von wesentlichen Elementen nationalsozialistischer Ideologie beeinflusst ist. So führte Hitler in seinem Buch „Mein Kampf“ u. a. aus, dass die beste Staatsverfassung und Staatsform diejenige sei, die „mit natürlichster Sicherheit die besten Köpfe der Volksgemeinschaft zu führender Bedeutung und zu leitendem Einfluß“ bringe. Der völkische Staat gliedere seine Vertretungskörper in „politische und berufliche ständische Kammern“, deren einzelne Mitglieder beratende, aber niemals beschließende Stimmen hätten.

## Aktivitäten

### „Volksfrontpolitik“ und Schulterschluss mit Neonationalsozialisten

Im Berichtsjahr hat die NPD ihre herausgehobene Position in der rechtsextremistischen Szene der Bundesrepublik Deutschland weiter gefestigt. Dabei stand weiterhin das strategische Ziel der NPD einer so ge-

nannten „Volksfront von rechts“ im Vordergrund. So traten erneut Exponenten der neonationalsozialistischen Szene wie der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen RIEGER in die NPD ein. Dieser wurde sogar in den Bundesvorstand der Partei gewählt. Frühere Spannungen zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Gruppierungen und Strömungen scheinen in den Hintergrund zu rücken. Mit den Wahlergebnissen der NPD steigt ihre Akzeptanz innerhalb der rechtsextremistischen Szene.

Bereits vor der sächsischen Landtagswahl im September 2004 hatten führende Neonationalsozialisten zur Unterstützung der NPD aufgerufen und waren später in die NPD eingetreten. Im Berichtsjahr wurde deutlich, dass es Neonationalsozialisten und Vertretern der so genannten FREIEN NATIONALISTEN gelingt, ihren Einfluss innerhalb der Partei auszudehnen. Während gerade die FREIEN NATIONALISTEN in der Vergangenheit die NPD wegen ihrer Beteiligung an Wahlen ablehnten und der Partei deswegen „Systemnähe“ unterstellten, werden nunmehr zunehmend gemeinsam Vorteile daraus gezogen. Nach Auffassung des im Bundesvorstand der Partei vertretenen Neonationalsozialisten Thomas WULFF habe die NPD als Gegenleistung für die Unterstützung durch die FREIEN NATIONALISTEN sogar den „Anspruch der Meinungsführerschaft“ aufgegeben und sei „eben nur noch der ‚parlamentarische Arm‘ der Bewegung“.<sup>85</sup>

Auch in Sachsen sind bereits regional – zum Teil gefestigte – Verbindungen zwischen FREIEN NATIONALISTEN und der NPD bzw. JN festzustellen. Insbesondere die Jugendorganisation der NPD weckt das Interesse vormals parteiunabhängiger Rechtsextremisten, da sie sich besonders akzentuiert „national-revolutionär“ äußert. Angehörige der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene schlossen sich deshalb bereits der JN an.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der NPD stand im Berichtsjahr die Teilnahme an der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und der Wahl des Abgeordnetenhauses und der Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin. Auch hierbei spielte der Schulterschluss mit FREIEN NATIONALISTEN eine entscheidende Rolle. Zumindest acht der 15 Kandidaten der NPD-Landesliste zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern waren dem Lager der Neonationalsozialisten zuzurechnen. Gemeinsam wurde ein aufwändiger Wahlkampf durchgeführt, bei dem die NPD auf ihre Erfahrungen aus dem Landtagswahlkampf 2004 in Sachsen zurückgriff und vor allem soziale Themen in den Mittelpunkt stellte. Eigenen Angaben zufolge wurden u. a.

<sup>82</sup> ARGUMENTE FÜR KANDIDATEN & FUNKTIONSTRÄGER, 2. Auflage Juni 2006, S. 32.

<sup>83</sup> Grundlagenprogramm der JN – Thesen zur Volksherrschaft, Herausgabe 2006, S. 23.

<sup>84</sup> Grundlagenprogramm der JN – Thesen zur Volksherrschaft, Herausgabe 2006, S. 22, Schreibweise wie im Original.

<sup>85</sup> Internetmeldung der Süddeutschen Zeitung vom 14. September 2006.

über 70.000 Plakate, 25.000 „Schulhof-CDs“<sup>86</sup> und 1,4 Millionen Wahlkampfpublikationen verteilt sowie mehrere hundert Informationsstände durchgeführt. Wahlkampfleiter war der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Holger APFEL aus Sachsen. Mit 7,3 % der Zweitstimmen erhielt die NPD insgesamt sechs Landtagsmandate. NPD und DVU sind damit am Ende des Berichtszeitraumes in vier Landesparlamenten vertreten.<sup>87</sup>

Durch den Schulterschluss mit Neonationalsozialisten begibt sich die NPD zunehmend in einen Spagat. Während der Bündnispartner DVU eine Kooperation mit dieser Szene offiziell ablehnt, hat gerade die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern die gegenseitigen Abhängigkeiten verdeutlicht.

### **Sonderparteitag des sächsischen Landesverbandes und die Veranstaltung der JLO zum 13. Februar**

Am 8. Januar 2006 fand in Niederau (Landkreis Meißen) die Jahresauftaktveranstaltung der sächsischen NPD statt. An der Veranstaltung nahmen ca. 200 Personen teil. Anwesend waren neben den Mitgliedern der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag der Parteivorsitzende Udo VOIGT und ein Mitglied der DVU-Fraktion im Landtag von Brandenburg.

In seiner Neujahrsansprache erklärte der sächsische NPD-Landesvorsitzende Winfried PETZOLD, dass sich der vor einem Jahr geschlossene „Deutschland-Pakt“ zwischen DVU und NPD bewährt habe. Den Austritt von drei Abgeordneten aus der NPD-Fraktion und der Partei bezeichnete er als „Verrat“ und „Angriff des Staates“. Er rief die Anwesenden zur Geschlossenheit und zum Treuebekenntnis zu „Volk, Reich und Partei“ auf.<sup>88</sup>

Am 4. Februar 2006 fand der Sonderparteitag des sächsischen NPD-Landesverbandes statt. Dieser war notwendig geworden, nachdem im Dezember 2005 drei Landtagsabgeordnete der NPD-Fraktion sowie der Partei den Rücken gekehrt und schwere Vorwürfe gegen die NPD erhoben hatten. Diese Austritte lösten eine Krise in der NPD aus. Über einige Kreisverbände, die durch weitere Austritte von Funktionären personell und organisatorisch geschwächt waren, verhängte die Parteiführung den organisatorischen Notstand. Öffentlich versuchte die NPD-Führung, von den Vorwürfen der Ausgetretenen, insbesondere hinsichtlich ihrer Personal- und Finanzpolitik, abzulenken. Das Verhal-

ten der Ausgetretenen wurde in der für Rechtsextremisten typischen Weise verschwörungstheoretisch interpretiert. Die NPD-Funktionäre setzten in der Zeit bis zum Sonderparteitag alles daran, die betroffenen Kreisverbände wieder zu stabilisieren. Der Bundesvorsitzende Udo VOIGT hielt sich selbst in Sachsen auf und besuchte die NPD-Kreisverbände.

Der Parteitag, an dem ca. 100 Personen teilnahmen, fand in Bergen (Vogtlandkreis) statt. Neben den Delegierten der sächsischen Kreisverbände waren Funktionäre des Landesverbandes sowie der Bundesvorsitzende Udo VOIGT anwesend.

Bei der Nachwahl zur Besetzung vakant gewordener Ämter im Landesvorstand wurde den Vorschlägen der Parteiführung entsprochen. Die Aufstellung der Kandidaten zeigte deutlich, dass die Parteiführung bemüht war, den „Ost-West-Konflikt“ zu entschärfen. Ausschließlich ostdeutsche NPD-Mitglieder wurden in den Landesvorstand nachgewählt.

Die Partei wurde zur Geschlossenheit aufgerufen. Nach eigenen Angaben wollte der NPD-Landesvorstand im Rahmen einer Imagekampagne: „Mitglied werden – hinein in die NPD“ bis zum Ende des Jahres 2006 in Sachsen über 300 neue Parteimitglieder gewinnen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht<sup>89</sup>. Unabhängig davon ist man bestrebt, mit kommunalpolitischer Schulungsarbeit die Voraussetzungen für einen flächendeckenden Antritt bei den Kommunalwahlen 2009 zu schaffen.



Demonstration am 11. Februar 2006 in Dresden

Anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens im Jahr 1945, beteiligten sich zahlreiche NPD-Mitglieder und Funktionäre an der Demonstration der JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OSTPREUBENS (JLO) am 11. Februar 2006 in Dresden. Am Rande der Demonstration sprachen u. a. der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT und der stellvertretende NPD-Vorsitzende Holger APFEL.

<sup>86</sup> Dabei handelt es sich nicht um die mit einem Beschlagnahmebeschluss belegte „Schulhof-CD“ aus dem Bereich der rechtsextremistischen Skinheadszenen.

<sup>87</sup> NPD: Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern; DVU: Bremen und Brandenburg.

<sup>88</sup> Meldung auf der Internetseite des NPD-Landesverbandes Sachsen vom 1. Februar 2006.

<sup>89</sup> Vgl. Angabe der Mitgliederzahl am Anfang des Beitrages zur NPD.



## Pressefest der NPD und des Verlages der Deutschen Stimme

Nachdem im Vorjahr wegen der vorgezogenen Bundestagswahl und des Fehlens eines geeigneten Veranstaltungsortes das Pressefest ausgefallen war, organisierte die NPD zusammen mit dem Verlag der DEUTSCHEN STIMME am 5. August 2006 in Dresden das fünfte Pressefest. Die Veranstaltung wurde von mehr als 7.000 Rechtsextremisten besucht, die überwiegend der rechtsextremistischen Skinheadszene zuzurechnen waren. Wie bereits in den Vorjahren schwankte – bedingt durch die Programmgestaltung – die Teilnehmerzahl im Verlauf der Veranstaltung stark. Zum Skinhead-Konzert am Abend wurden ca. 5.000 Personen festgestellt.

Als Redner traten u. a. der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT, der sächsische NPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag Holger APFEL und der stellvertretende Bundesvorsitzende der DVU auf. Der Neonationalsozialist Jürgen RIEGER „warnte“ laut einem Pressebericht vor einer „rassischen Durchmischung“ des deutschen Volkes. Als Vertreter ausländischer rechtsex-

tremistischer Organisationen sprachen der Vorsitzende der „La Falange“ aus Spanien, der Generalsekretär der neonationalsozialistischen „Patriotischen Allianz“ aus Griechenland sowie ein Publizist aus Frankreich.

An Verkaufsständen wurden in großem Umfang Szeneartikel verkauft. So konnten z. B. T-Shirts mit Aufdrucken wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ sowie CDs z. B. mit Reden von Hitler und Goebbels erworben werden.

Für musikalische Umrahmung sorgten mehrere Liedermacher wie Jörg HÄHNEL und Frank RENNICKE sowie die rechtsextremistischen Skinhead-Bands AGITATOR, CARPE DIEM sowie GIGI & DIE STADTMUSIKANTEN. Aus England reiste das Duo STIGGER & SISCO an. Teilnehmerberichten zufolge gelang es dem Veranstalter insbesondere während der Bandauftritte am Abend nicht, das Publikum zu disziplinieren. So hätten während des „Gigi-Konzertes (...) ganz schön viele ihre Ärmchen gehoben“<sup>90</sup>, was als skandieren des Hitlergrußes verstanden werden muss. Ein anderer Teilnehmer schrieb von „Sieg Heil“-Parolen und Sprüchen wie „Eine U-Bahn bis nach Auschwitz“. Er schätzte ein, dass es der Lautstärke nach einige Hundert gewesen sein müssten.<sup>91</sup>

Der Ablauf der Veranstaltung sorgte für ein negatives Echo innerhalb der rechtsextremistischen Szene. Die Organisation sowie die Preise standen im Mittelpunkt der Kritik. Es entstand der Eindruck, dass kommerzielle Interessen bei dem Veranstalter vorrangig gewesen seien. In einem Internetforum wurde angemerkt, dass FRONT-RECORDS<sup>92</sup> „den Umsatz ihres Lebens gemacht“<sup>93</sup> habe. Ein anderer schrieb von einer „ganz unverschämt ausgenutzte(n) Kommerzveranstaltung“.<sup>94</sup>

Die szeninterne Kritik, die in verschiedenen Diskussionsforen geäußert wurde, bereitete der NPD erkennbar Schwierigkeiten, die Veranstaltung als Erfolg darzustellen. Dennoch betonte die NPD in einem Veranstaltungsbericht, im „geistigen Zentrum der Veranstaltung“ habe „auch diesmal der sichtbare Wille, über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg in deutschen Landen eine starke Opposition zu schaffen“, gestanden. Sie gibt eine Teilnehmerzahl von rund „8.000 volkstreu(n) Deutsche(n)“ an.<sup>95</sup>

Wie bei den vergangenen Pressefesten bemühte sich die NPD durch die Ausgestaltung des Programms, ein breites Spektrum der rechtsextremistischen Szene anzusprechen. Der Auftritt der Skinheadmusikgruppen dürfte der Grund sein, dass trotz der schlechten Witte-



Plakat zum „Pressefest“ am 5. August 2006

<sup>90</sup> Auszug aus dem von Rechtsextremisten genutzten WIKINGERVERSAND-FORUM im Internet vom 7. August 2006.

<sup>91</sup> Auszug aus dem von Rechtsextremisten genutzten SKADI-FORUM im Internet vom 7. August 2006.

<sup>92</sup> Rechtsextremistischer Vertrieb aus Wurzen (Muldentalkreis), der auf dem Pressefest einen großen Stand hatte.

<sup>93</sup> Auszug aus dem von Rechtsextremisten genutzten SKADI-FORUM im Internet vom 7. August 2006.

<sup>94</sup> Auszug aus dem von Rechtsextremisten genutzten HATECORE-FORUM im Internet vom 7. August 2006.

<sup>95</sup> Meldung auf der Internetseite der NPD vom 6. August 2006.

rungsbedingungen wieder eine beachtliche Teilnehmerzahl erreicht wurde. Dafür spricht auch der unter den Anwesenden sehr hohe Anteil an rechtsextremistischen Skinheads.

### **Gründung eines RINGS NATIONALER FRAUEN (RNF) in der NPD**

Am 16. September 2006 erfolgte in Sotterhausen (Sachsen-Anhalt) die Gründung der bundesweiten Frauen-Organisation der NPD. An der Veranstaltung sollen neben NPD-Mitgliedern auch „parteilose Nationalistinnen“ teilgenommen haben.

Im Vorstand der RNF ist u. a. das Mitglied der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag Gitta SCHÜSSLER aus Niederfrohna (Landkreis Chemnitzer Land) als Bundessprecherin vertreten.

Ziel des RNF sei es, „vorrangig in der Öffentlichkeit auf die Anliegen weiblicher Nationalistinnen aufmerksam zu machen“. Man verstehe sich als „Sprachrohr der nationalen Frauen“. Der RNF sei ein Dachverband, „der gerne sämtliche nationalen Frauen zusammenbringen möchte“. Nach außen hin wolle man Ansprechpartner für politisch interessierte Frauen sein und „die möglicherweise existierende Hemmschwelle, in die Partei einzutreten, abbauen.“<sup>96</sup> SCHÜSSLER äußerte gegenüber Medien, man wolle keine Mutter-Kind-Gruppe sein, sondern mehr NPD-Frauen in kommunale Parlamente bringen.

### **Bundesparteitag**

Am 11. und 12. November 2006 wählten die Delegierten auf dem Bundesparteitag in Berlin einen neuen Bundesvorstand. Der Bundesvorsitzende Udo VOIGT, der in seiner Begrüßungsrede von der „Reichshauptstadt“ sprach, wurde mit 95,2 % der Stimmen wiedergewählt. Auch seine Stellvertreter Holger APFEL und Peter MARX wurden im Amt bestätigt. Während der neu in die Partei eingetretene Hamburger Neonationalsozialist Jürgen RIEGER für diese Funktion erfolglos kandidierte und erst später als Beisitzer in den Bundesvorstand nominiert wurde, konnte sich als dritter Stellvertreter der bayerische NPD Landesvorsitzende Sascha ROßMÜLLER durchsetzen.

Drei Mitglieder des sächsischen Landesverbandes wurden in den Bundesvorstand gewählt. Bei ihnen handelt es sich ausschließlich um Funktionäre aus den alten Bundesländern, die im Zusammenhang mit dem Umzug des Verlages der DEUTSCHEN STIMME nach Sachsen gekommen waren. Ein weiterer sächsischer Funktionär kandidierte erfolglos. Er wurde dennoch als Mitglied in den Bundesvorstand berufen.



NPD-Bundesparteitag am 11./12. November 2006

Die Delegierten beschlossen zudem, dass zusätzlich zu den gewählten 19 Bundesvorstandsmitgliedern alle 16 Landesvorsitzende dem Bundesvorstand mit beratender Stimme angehören.

Die NPD hält den Parteitag für ein Signal. Als Ziel wurde der Einzug in den „Reichstag“ zur Bundestagswahl 2009 verkündet. Darüber hinaus will sich die NPD verstärkt auf die Kommunalwahlen in den Kreisen konzentrieren, in denen geeignete Kandidaten und aktive Kreisverbände existieren.

Der Bundesvorsitzende der NPD bekannte sich in seinem Rechenschaftsbericht zum „Deutschland-Pakt“ mit der DVU sowie zur Zusammenarbeit mit den FREIEN KRÄFTEN in der „deutschen Volksfront“. Das Bündnis zwischen NPD und DVU, so der DVU-Bundesvorsitzende Dr. FREY, sei „zwingende Voraussetzung“ dafür, dass in Berlin bald wieder „deutsche Politik“ gemacht werden könne.

Überschattet wurde der Bundesparteitag der NPD von Rückzahlungsforderungen der Bundestagsverwaltung in Höhe von ca. 870.000,- €. Hintergrund hierfür sollen Fehler in den Rechenschaftsberichten der Partei von 1997 und 1998 sein.

Pressemeldungen zufolge räumte Udo VOIGT auf dem Bundesparteitag ein, dass die Lage ernst sei. „Die Partei befindet sich in erheblicher finanzieller Not“, heißt es in einem Sonderrundschreiben vom November 2006. Der Parteivorsitzende bittet deshalb „die gesamte Mitgliedschaft um ein Notopfer für die Aufrechterhaltung unseres politischen Kampfes zur Erneuerung Deutschlands.“

### **Medien**

Wichtigstes Organ der NPD ist die monatlich erscheinende Parteizeitung DEUTSCHE STIMME. Die Verantwortlichen werten ihr Blatt als ein „führendes Organ der nationalen Publizistik in Deutschland“<sup>97</sup>.

<sup>96</sup> Meldung auf der Internetseite der NPD vom 19. September 2006.

<sup>97</sup> Vgl. Internetseite der DEUTSCHEN STIMME-VERLAGSGESELLSCHAFT.



Die Zeitung ist ein klar positioniertes extremistisches Meinungsblatt. Publizistisch-politisches Ziel ist offenkundig die argumentative Stärkung der eigenen Anhängerschaft und die Bereitstellung von „Argumenten“ für die Auseinandersetzung mit dem demokratischen Rechtsstaat. Dominierend sind hierbei die NPD-typischen Ideologiefragmente „völkischer Nationalismus und Volksgemeinschaft“, „Antipluralismus“ und „Antiindividualismus“, ein begrifflich aggressiver Antiamerikanismus, die Gegnerschaft zur Europäischen Union und die für Rechtsextremisten typische pauschale Schuldzuweisung an demokratische Politiker.

Die Enthüllung, dass die Zeitung im Ausland (in Polen und Litauen) gedruckt wird, führte nicht nur innerhalb der rechtsextremistischen Szene zu erheblichen Diskussionen, da die NPD u. a. in populistischer Weise die „Verlagerung von deutschen Arbeitsplätzen in das Ausland“ massiv als Auswuchs des „kapitalistischen Systems“ anprangert.

Als Publikation des sächsischen NPD-Landesverbandes erschien im Berichtsjahr in unregelmäßigen Abständen die SACHSEN STIMME.

In der erstmals im Dezember 2005 erschienenen Publikation des JN-Landesverbandes Sachsen HIER & JETZT werden vordergründig rechtsextremistische Theorien transportiert. Außerdem werden alternative Modelle der gesellschaftlichen Organisation sowie – aus



rechtsextremistischer Sicht – politische Hintergründe und kulturelle Aspekte thematisiert. Zu den bisherigen Autoren in HIER & JETZT gehören mehrere bekannte Rechtsextremisten.

Eine weitere Publikation mit dem Namen KOMPASS wird vom NPD-Kreisverband Löbau-Zittau herausgegeben. Sie erscheint seit Februar 2006 alle zwei Monate.

Auf der Homepage des NPD-Landesverbandes Sachsen wird auf Internetseiten sächsischer NPD-Kreisverbände verwiesen. Sofern diese Internetseiten mit Inhalten gefüllt sind, werden überwiegend politische Themen aufgegriffen oder Termine einschlägiger Veranstaltungen angekündigt.

## JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN)



Die Jugendorganisation der NPD JN versteht sich als „nationalrevolutionärer Jugendverband“ und „als eine weltanschaulich geschlossene Jugendbewegung neuen Typs mit revolutionärer Ausrichtung“. Genau wie die NPD

lehnt die JN die freiheitliche demokratische Grundordnung ab. So heißt es in einem Beschluss des JN-Bundesvorstandes vom 28. Januar 2006: „Voraussetzung für das Beschreiten des revolutionären Weges ist ein geschärftes politisches Bewußtsein unserer Mitstreiter. Das bedeutet die Erkenntnis, daß das System, bei einigen Annehmlichkeiten, prinzipiell schlecht ist. Die Konsequenz daraus heißt nun logischerweise, daß man dieses System nicht reformieren kann, sondern beseitigt und durch etwas Neues ersetzt werden muß. Eine solche Vorgehensweise nennt man üblicherweise Revolution.“<sup>98</sup> Nach Auffassung der JN könne „nur ein Nationaler Sozialismus die Probleme Deutschlands bewältigen.“<sup>99</sup>

Bereits seit 2005 zeichnet sich eine Profilschärfung der JN ab. Mit Thesen wie „Vorwärts zur Deutschen Revolution!“ oder „Revolution statt Reform“<sup>100</sup> präsentiert sich die JN zunehmend aggressiver. Sie will nicht nur als sprachloses Anhängsel der NPD wahrgenommen werden. Vielmehr bemüht sie sich, Eigenständigkeit gegenüber der Mutterpartei zu dokumentieren. Im Gegensatz zur NPD gehe es der JN „nicht um Parlamentsitze und das Mitwühlen in den Futtertrögen dieser Politbonzen, sondern um das Aufwerfen der Systemfrage“. Weiter heißt es: „Wir wollen dieses System der Fremdherrschaft, der Gewinnmaximierung und Ausbeutung überwinden und nicht aus ihm Vorteil schlagen. Auch wenn das Wahljahr 2006 für unsere

<sup>98</sup> Meldung auf der Internetseite der JN vom 28. Januar 2006. Schreibweise wie im Original.

<sup>99</sup> Meldung auf der Internetseite der JN Sachsen vom 25. September 2006.

<sup>100</sup> Meldung auf der Internetseite der JN vom 28. Januar 2006 zum Beschluss des Bundesvorstandes.

Mutterpartei NPD ein Schicksalswahljahr sein wird, dürfen wir diese Grundposition nationalrevolutionären Wollens nicht verleumden. Es geht um mehr als das parlamentarische Abstimmungsrecht in einem Besatzungsstaat“.<sup>101</sup>

Gerade in der Ablehnung des Parlamentarismus und in antikapitalistischen Positionen zeigen sich zunehmend ideologische Gemeinsamkeiten zwischen JN und der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene. Auch im Hinblick darauf schlossen sich Angehörige der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene der JN an. Ein ehemaliger Aktivist der FREIEN AKTIVISTEN HOYERSWERDA (FAH), heute Stützpunktleiter der JN in Hoyerswerda, begründete den Beitritt damit, dass sich die JN gewandelt habe. „Jetzt sagen sie (Anm.: die JN), dass etwas mit der parlamentarischen Demokratie nicht stimmt. Sie sind gegen die Finanzoligarchie, gegen das Kapital, haben sich sozialistisch aufgestellt. Mit dieser Distanzierung zum liberal-kapitalistischen System ist sie für uns, die revolutionären Nationalisten, attraktiv geworden: Sie fordern genau wie wir einen Volksstaat, der national und sozialistisch ist. Die JN ist vom Habitus revolutionärer als die NPD.“<sup>102</sup>

## Entwicklung und Aktivitäten

Die JN verfügte im Berichtsjahr im Freistaat Sachsen über etwa 90 Mitglieder, die in neun Stützpunkten organisiert waren. Neben den Stützpunkten Sächsische Schweiz und Freiberg existieren seit 2005 die Stützpunkte Chemnitzer Land, Döbeln-Meißen und Oberlausitz. Im Berichtsjahr kamen neue Stützpunkte im Weißeritzkreis, in Hoyerswerda, im Landkreis Aue-Schwarzenberg sowie in Chemnitz dazu.

Der Ausbau der Strukturen geht einher mit einem auch öffentlich wahrnehmbaren Aktionismus. Vor allem in Sachsen tritt die JN wieder zunehmend als Schnittstelle zwischen der NPD und der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene in Erscheinung. So ist in einigen Regionen im Freistaat Sachsen eine deutliche stärkere Zusammenarbeit – bis hin zur Verschmelzung – zwischen JN und der rechtsextremistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene festzustellen. Bei der Neuwahl des Landesvorstandes der JN im Rahmen eines Landeskongresses im September 2006 wurden zwei ehemalige Führungsmitglieder der verbotenen SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) in

den sächsischen Landesvorstand gewählt. Außerdem gehört ein führender Aktivist der ehemaligen Kameradschaft FREIE AKTIVISTEN HOYERSWERDA (FAH) dem neuen Landesvorstand der sächsischen JN an. Die FAH hatten sich eigenen Angaben zufolge bereits im März 2006 dem neu gegründeten JN-Stützpunkt in Hoyerswerda angeschlossen.

Mit einem breit gefächerten Angebot an Aktivitäten – „Wanderungen, Kletternachmittage, Museumsbesuche, gemeinsame Ausfahrten aber auch ‚Partys‘“<sup>103</sup> – versucht die JN, interessierte Jugendliche zu ködern. Im Raum Sächsische Schweiz will die JN beispielsweise mit der Kampagne „Heimat erleben!“ Jugendlichen die Geschichte und Kultur ihrer Heimat näher bringen. Im Rahmen dieser Kampagne werden regelmäßig Veranstaltungen, wie z. B. Vorträge, Höhenklettern mit einem Bergsteiger und Wanderungen angeboten.

Am 6. Mai 2006 veranstaltete die JN das so genannte „1. Jugendthing Sächsische Schweiz“<sup>104</sup>. Verkaufsstände für Bekleidung, Musik und Kultur waren ebenso vorhanden wie verschiedene Informationsstände. Neben einem Liedermacher traten der JN-Bundesvorsitzende sowie ein Funktionär der JN Sächsische Schweiz als Redner auf. Nach Eigenangaben sollen an der Veranstaltung über 100 Personen teilgenommen haben. Eine zweite Veranstaltung dieser Art organisierte die JN am 2. Dezember 2006.

In der Öffentlichkeit will die JN insbesondere mit Demonstrationen, Mahnwachen und Flugblattverteilungen Aufmerksamkeit erzielen. Daneben finden Schulungsveranstaltungen für Anhänger statt, denn nach Auffassung der JN sind „neben dem Kampf auch das Lernen die elementarsten Waffen im Widerstand gegen dieses System.“<sup>105</sup>

Im Berichtsjahr organisierte die JN vier Demonstrationen in Sachsen, an denen sich jeweils bis zu 250 Personen beteiligten. Hierbei zeigte sich sehr deutlich, wie FREIE KRÄFTE (Angehörige der Skinhead- und Kameradschaftsszene) ihre Aktivitäten unter dem Dach der JN weiterführen.

15 Jahre nach den ausländerfeindlichen Pogromen in Hoyerswerda organisierte die JN und eine so genannte Aktionsgruppe „Schöner wohnen in Hoyerswerda“ einen Aufmarsch. Im Internet rief die JN mit dem Slogan: „Glaubt den Lügner und Heuchlern nicht!“ zur Teilnahme an der Veranstaltung auf. Eine angebliche Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Lebensumständen habe seinerzeit zu Unruhe und einem Volksaufstand ge-

<sup>101</sup> Mitgliederrundschreiben der JN vom 30. Januar 2006.

<sup>102</sup> Sächsische Zeitung, Ausgabe Hoyerswerda, vom 17. November 2006.

<sup>103</sup> Meldung auf der Internetseite der JN Sächsische Schweiz vom 20. Januar 2006.


<sup>104</sup> Der Begriff leitet sich vom altgermanischen Wort „Thing“ ab. In seiner Ursprungsbedeutung handelt es sich dabei um Veranstaltungen, die der politischen Beratung ebenso wie Gerichtsverhandlungen und kultischen Zwecken dienen. Die Aussprache lehnt sich nicht an das Englische an.

<sup>105</sup> Mitgliederrundschreiben der JN vom 30. Januar 2006.

führt. Gezielt diffamierte die JN im Aufruf Angehörige der Volksgruppe der Sinti und Roma, Vietnamesen und Menschen dunkler Hautfarbe, indem sie diese verantwortlich für die damaligen Verhältnisse machte. So hieß es zum Beispiel: „Frauen und Mädchen ist es unmöglich geworden am öffentlichen Leben teilzunehmen, ohne von Schwarzen bedrängt zu werden.“<sup>106</sup>

An dem Aufmarsch am 30. September 2006 nahmen schließlich ca. 210 Rechtsextremisten aus Sachsen, Berlin und Brandenburg teil. Sie marschierten unter dem Motto: „Stoppt die selbsternannten Demokraten! Für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes“, zeigten Transparente mit Aufschriften wie „Nationaler Sozialismus oder Untergang“ und führten schwarze Fahnen mit.

### DEUTSCHE VOLKSUNION (DVU)

|   |  |
|---|--|
| <b>Gründung:</b>  | 1987 als Partei DVU-LISTE D<br>1991 Umbenennung in DVU   |
| <b>Sitz:</b>  | München  |
| <b>Teil-/Nebenorganisationen (Aktionsgemeinschaften):</b> | DEUTSCHE VOLKSUNION e. V. (DVU e. V.),<br>INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG (I.f.A.),<br>EHRENBUND RUDEL,<br>AKTION ODER-NEIBE (AKON) |
| <b>Organisation im Freistaat Sachsen:</b>                 | Landesverband Sachsen, Kreisverbände   |
| <b>Mitglieder 2005</b>                                    |  |
| bundesweit:   | ca. 9.000  |
| Sachsen:  | ca. 200  |
| <b>Mitglieder 2006</b>                                    |  |
| bundesweit:   | ca. 8.500  |
| Sachsen:  | ca. 150  |
| <b>Publikationen:</b>                                     | NATIONALZEITUNG /<br>DEUTSCHE WOCHENZEITUNG (NZ)   |
| <b>Präsenz im Internet:</b>                               | mit einer eigenen Homepage vertreten   |
| <b>Kennzeichen:</b>                                       |   |

Der sächsische Landesverband der DVU ist schwach organisiert. Die Partei ist hier regional kaum verankert. Die Anzahl der Mitglieder ging weiter zurück. Das Parteileben beschränkt sich weitgehend auf die Durchführung „Politischer Stammtische“, zu denen über die NATIONALZEITUNG (NZ) eingeladen

<sup>106</sup> Internetseite des JN-Landesverbandes Sachsen vom 4. Oktober 2006.

wird. Öffentlichkeitswirksame Aktionen der sächsischen DVU konnten im Berichtszeitraum nicht festgestellt werden.

## Politische Zielsetzung

Die ideologischen und politischen Grundpositionen der DVU werden weniger in ihrem Parteiprogramm, sondern vielmehr in ihrer Zeitung NZ deutlich. Im Parteiprogramm bekennt sich die DVU zwar formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Im Gegensatz hierzu verbreitet sie jedoch in der NZ rechtsextremistisches Gedankengut. Kennzeichnend dafür sind u. a.:

- eine rassistisch geprägte Agitation, die sich insbesondere gegen Ausländer und Asylbewerber richtet,
- die Verunglimpfung demokratischer Institutionen der Bundesrepublik Deutschland und
- die Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen – verbunden mit antisemitischen Äußerungen.

Die NZ greift regelmäßig Tagesthemen auf und kommentiert diese auf der Grundlage langjährig entwickelter Feindbilder wie dem vom „kriminellen Asylbewerber“ oder vom „die Deutschen erpressenden Juden“. Ausländer werden pauschal als Bedrohung für den Bestand unserer Gesellschaft und für den sozialen Frieden in Deutschland dargestellt. Dem Leser wird so eine existenzielle Bedrohung Deutschlands durch eine angeblich mit der Zuwanderung einhergehenden „Überfremdung“ suggeriert.

Wiederholt nimmt die DVU die Osterweiterung der Europäischen Union und Flüchtlingsströme aus Afrika zum Anlass, um charakteristische rechtsextremistische Argumentationsmuster zu verbreiten. So titelt die NZ immer wieder mit Schlagzeilen wie: „Bettelbanden überschwemmen Deutschland“<sup>107</sup>, „Europa vor neuem Türkensturm?“<sup>108</sup> oder „Invasion aus Afrika“<sup>109</sup>. Dabei wird versucht, Zuwanderer als Gefahr für die innere Sicherheit darzustellen und pauschal zu kriminalisieren. Im Hinblick auf den EU-Beitritt von Rumänien und Bulgarien stellte die NZ fest, „Was haben Rumänien und Bulgarien in der EU verloren? Sind diese Länder

Mitglieder der EU, droht der Export von Korruption und Kriminalität im grenzenlosen Europa.“<sup>110</sup>

Kennzeichnend für rechtsextremistische Sichtweisen sind zudem die behauptete Einseitigkeit westlicher Medienberichterstattung im Hinblick auf internationale Konfliktherde und die Unterstellung, von Deutschland werde blinder Gehorsam gegenüber Israel gefordert.<sup>111</sup>

In der NZ werden fortwährend demokratische Institutionen verunglimpft sowie Politiker und Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland als korrupt und unfähig dargestellt. Dabei wird den politischen Entscheidungsträgern vorgeworfen, mit ihrer Politik gegen die Interessen des deutschen Volkes zu verstoßen, seine Existenz zu bedrohen und die Deutschen im eigenen Land zur Minderheit machen zu wollen. So heißt es in der NZ: „Merkels Todsünden gegen Deutschland. So wird unser Volk ruiniert“<sup>112</sup> oder „Verarmen die Deutschen? Wie uns Merkel in den Ruin führt.“<sup>113</sup>

Aber auch die Verbrechen des Nationalsozialismus werden in der NZ immer wieder relativiert und verharmlost. So nehmen in der NZ Berichte einen breiten Raum ein, in denen die Höhe der Opfer-Zahlen des nationalsozialistischen Regimes angezweifelt oder versucht wird, Verbrechen dieses Regimes Untaten Anderer gegenüberzustellen.

## Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Der Landesparteiabend der sächsischen DVU fand im Januar in Sachsen-Anhalt statt. Dort wurde der Landesvorstand neu gewählt.

Anlässlich des Neujahrsempfangs der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag am 7. Januar 2006 riefen der Parteivorsitzende der NPD VOIGT und die DVU-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Brandenburg HESSELBARTH erneut zur Geschlossenheit der nationalen Opposition auf. Der so genannte „Deutschland-Pakt“ beider Parteien aus dem Jahr 2004 werde weiter fortgesetzt.<sup>114</sup>

<sup>107</sup> NZ Nr. 43 vom 20. Oktober 2006, S. 7.

<sup>108</sup> NZ Nr. 43 vom 20. Oktober 2006, S. 13.

<sup>109</sup> NZ Nr. 39 vom 22. September 2006, S. 2

<sup>110</sup> NZ Nr. 23 vom 2. Juni 2006, S. 5.

<sup>111</sup> NZ Nr. 16 vom 14. April 2006, S. 3.

<sup>112</sup> NZ Nr. 14 vom 31. März 2006, S. 3.

<sup>113</sup> NZ Nr. 32 vom 4. August 2006, S. 1.

<sup>114</sup> In dieser Vereinbarung zwischen DVU und NPD, die zunächst bis Ende 2009 gelten soll, wurde eine Zusammenarbeit festgeschrieben. So heißt es in der Präambel: „Der Bruderkampf ist eingestellt; es wird nun ausschließlich gegen die wirklichen Gegner gefochten.“ Die DVU ist somit Teil der von der NPD initiierten „Volksfront von Rechts“.

Schon zuvor waren zwischen beiden Parteien konkrete Wahlabsprachen getroffen worden. Diese sehen vor, dass die NPD zur nächsten Bundestagswahl und die DVU zur nächsten Europawahl antreten, jeweils unter Beteiligung von Kandidaten der anderen Partei.

Der Schulterchluss zwischen DVU und NPD wurde wie im Vorjahr öffentlich am 11. Februar 2006 in Dresden beim jährlichen Trauermarsch anlässlich des 61. Jahrestages der Bombardierung der Stadt demonstriert. Unter den Rednern befanden sich Repräsentanten beider Parteien.

Gedämpft wurde die Erwartungshaltung an die „Volksfront“ durch das Landtagswahlergebnis der DVU im März 2006 in Sachsen-Anhalt. Sie erhielt 3,0 % der Stimmen und konnte damit nicht in den dortigen Landtag einziehen. Nach dem Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern im September 2006 sah die DVU das „Volksfront-Bündnis“ mit der NPD jedoch wieder im Aufwind. Die Zusammenarbeit auf der Grundlage des Deutschlandpaktes werde fortgesetzt.

Die Zusammenarbeit zwischen DVU und NPD blieb auch weiterhin ohne nennenswerte Auswirkungen auf den sächsischen DVU-Landesverband.

## Sonstige rechtsextremistische Bestrebungen

### JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN e.V. (JLO)

#### Landesverband Sachsen/Niederschlesien

|                             |                                      |
|-----------------------------|--------------------------------------|
| <b>Mitglieder 2005</b>      | Sachsen: ca. 20                      |
| <b>Mitglieder 2006</b>      | Sachsen: ca. 20                      |
| <b>Präsenz im Internet:</b> | mit einer eigenen Homepage vertreten |

Die JLO ist eine Länder übergreifende Organisation mit weniger als 1.000 Mitgliedern. Der eingetragene Verein wurde 1991 als Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen<sup>115</sup> gegründet. Sein Sitz befindet sich in Berlin-Charlottenburg.

Es bestehen Anhaltspunkte dafür, dass es innerhalb der JLO rechtsextremistische Strömungen gibt. Die bundesweiten Mitgliederzahlen lassen jedoch keine Rückschlüsse auf die Anzahl der Rechtsextremisten in der Organisation zu.

Im Landesverband Sachsen/Niederschlesien wurden erstmalig im Jahr 1999 Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen deutlich. Diese resultieren unter anderem aus der engen und mit deutlichen Sympathiebekundungen verbundenen Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen Parteien und Organisationen. Im Gegensatz zu anderen Landesverbänden wird die Arbeit im hiesigen Landesverband von Rechtsextremisten bestimmt. Eine aktive Gruppe des Landesverbandes existiert in Dresden.

Diese unkritische Kooperation mit Rechtsextremisten veranlasste die Landsmannschaft Ostpreußen im Jahr 2000, sich von ihrer Jugendorganisation zu trennen. Im Berichtsjahr wurde bekannt, dass die nicht extremistische Landsmannschaft Ostpreußen eine Klage gegen die JLO wegen der Verwendung ihrer Namensbestandteile Landsmannschaft Ostpreußen eingereicht hat. Mit Urteil vom 20. Juli 2006 entschied das Landgericht Berlin, dass die JLO unbefugt die Namensbestandteile des Klägers gebraucht und dadurch dessen Interessen verletzt. Gegen das Urteil legte die JLO Berufung ein. Die JLO ist seit Mitte 2006 als JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e. V. (JLO) im Vereinsregister eingetragen. In einigen Veröffentlichungen hat die JLO eine entsprechende Namensänderung vorgenom-

<sup>115</sup> Die Landsmannschaft Ostpreußen ist kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen.

men. Sie trat zumindest bis zum Ende des Berichtsjahres auch noch unter ihrem alten Namen in Erscheinung.

## Politische Zielsetzung

Die Vereinssatzung der JLO lässt für sich gesehen keine rechtsextremistische Ausrichtung der Organisation erkennen. Nach den dort genannten Zielen und Aufgaben gilt das Hauptaugenmerk einer friedlichen Wiedervereinigung mit Ostpreußen auf der Grundlage der KSZE-Schlussakte von Helsinki.

Im tatsächlichen politischen Verhalten des JLO-Landesverbandes Sachsen/Niederschlesien ist jedoch der Schulterchluss mit rechtsextremistischen Organisationen und Parteien erkennbar.

So beteiligen sich seit mehreren Jahren Rechtsextremisten unterschiedlichster Couleur an der wichtigsten Veranstaltung des JLO-Landesverbandes, dem jährlichen Trauermarsch anlässlich der Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945. Der Trauermarsch vereint damit alle maßgeblichen rechtsextremistischen Organisationen in Sachsen zu einer Kundgebung. Seit 2005 nehmen auch Rechtsextremisten aus dem europäischen Ausland daran teil.

Einige Mitglieder des JLO-Landesverbandes gehören dem im Jahr 2003 gegründeten rechtsextremistischen NATIONALEN BÜNDNIS DRESDEN e. V. (NB) an. Zur Stadtratswahl in Dresden im Jahr 2004 trat die JLO nach Eigenangaben des NB mit drei Kandidaten für das Bündnis an. Unter den drei gewählten NB-Stadträten befindet sich jedoch kein JLO-Mitglied.

Auch im Berichtsjahr war bei Mitgliedern des JLO-Landesverbandes eine enge Zusammenarbeit mit rechtsextremistischen Organisationen erkennbar. Nach Angaben in einer rechtsextremistischen Publikation fanden in Dresden gemeinsame Jugendstammtische mit Angehörigen der NATIONALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD), des NATIONALEN BÜNDNISSES DRESDEN e. V. (NB) und des NATIONALEN JUGENDBÜNDNISSES DRESDEN (NJB) statt<sup>116</sup>.

## Aktuelle Entwicklung und Aktivitäten

Die JLO hat mit der Organisation des jährlichen Trauermarsches anlässlich des 13. Februar seit 1999 ein für Rechtsextremisten wichtiges Thema besetzt. Sie wird hierbei durch die NPD unterstützt. Der Trauermarsch

zählt nach wie vor zu den zentralen Veranstaltungen in der rechtsextremistischen Szene mit bundesweiter Bedeutung. Allerdings ist es nicht die JLO als Organisation, welche Integrationskraft besitzt. Vielmehr löst das Thema der Veranstaltung die hohe Mobilisierung innerhalb der rechtsextremistischen Szene aus.

Ansonsten hat der JLO-Landesverband Sachsen/Niederschlesien innerhalb der rechtsextremistischen Szene in Sachsen nur eine geringe Bedeutung. Schon auf Grund seiner geringen Mitgliederzahl übt er keinen wesentlichen Einfluss aus.

Auch im Berichtsjahr war die wichtigste Veranstaltung des JLO-Landesverbandes die Demonstration am 11. Februar 2006 in Dresden. Es beteiligten sich mit ca. 4.200 Teilnehmern weniger Rechtsextremisten als im Vorjahr (rund 5.000).



Demonstration am 11. Februar 2006 in Dresden

Die weitgehend friedlich verlaufende Veranstaltung begann mit einer Auftaktkundgebung in unmittelbarer Nähe des Sächsischen Landtages. Dort sprachen neben einem JLO-Aktivisten der NPD-Bundesvorsitzende Udo VOIGT und der DVU-Landtagskandidat Ingmar KNOP aus Sachsen-Anhalt. Außerdem richteten Rechtsextremisten aus Portugal, der Schweiz sowie Österreich Grußworte an die Teilnehmer.

Unter den Demonstrationsteilnehmern waren weitere bekannte Rechtsextremisten. Im Demonstrationzug wurden zudem zahlreiche Transparente rechtsextremistischer Gruppierungen aus dem gesamten Bundesgebiet sowie aus dem Ausland mitgeführt.

Bei der Abschlusskundgebung am Sächsischen Landtag sprach u. a. der stellvertretende NPD-Vorsitzende Holger APFEL.

Auf der Homepage des JLO-Landesverbandes wird auf regelmäßige Stammtischveranstaltungen für die Regionen Dresden, Meißen/Freiberg und die Sächsische Schweiz sowie vereinzelt Vortragsveranstaltungen hingewiesen.



## Verlage und Vertriebsdienste im Rechtsextremismus (Auswahl<sup>117</sup>)

Verlage und Vertriebsdienste in Sachsen sind **fett** gedruckt.

| Verlag / Vertriebsdienst                                | Sitz                                | abrufbar im Internet |
|---|-------------------------------------|----------------------|
| ARNDT-VERLAG  | Martensrade<br>(Schleswig-Holstein) | ja                   |
| <b>DEUTSCHE STIMME - VERLAGSGESELLSCHAFT mbH</b>        | <b>Riesa</b>                        | <b>ja</b>            |
| DRUCKSCHRIFTEN- UND ZEITUNGSVERLAG GmbH<br>(DSZ-VERLAG) | München                             | ja                   |
| GRABERT-VERLAG  | Tübingen<br>(Baden-Württemberg)     | ja                   |
| NATION EUROPA-VERLAG GmbH                               | Coburg (Bayern)                     | ja                   |

## Rechtsextremistische Publikationen und solche, in denen Rechtsextremisten publizieren (Auswahl<sup>118</sup>)

Im Freistaat Sachsen herausgegebene Publikationen sind **fett** gedruckt

| Publikation                                | Herausgeber / Verantwortlicher                               | erscheint                          | Auflage                     | abrufbar im Internet |
|--|--|------------------------------------|-----------------------------|----------------------|
| <b>BLICKPUNKT LAUSITZ</b>                  | <b>Rechtsextremisten</b>                                     | <b>unregelmäßig</b>                | <b>unbekannt</b>            | <b>ja</b>            |
| DAS FREIE FORUM                            | GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V. (GFP)               | vierteljährlich                    | 1.500                       | nein                 |
| <b>DER ERZGEBIRGLER</b>                    | <b>Skinheads</b>   | <b>unregelmäßig</b>                | <b>unbekannt</b>            | <b>nein</b>          |
| DEUTSCHE STIMME                            | NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD)              | monatlich                          | ca. 21.000<br>(Eigenangabe) | ja                   |
| <b>FREIER RUNDBRIEF - DRESDEN -</b>        | <b>Rechtsextremisten</b>                                     | <b>monatlich</b>                   | <b>unbekannt</b>            | <b>nein</b>          |
| <b>FREIER RUNDBRIEF - LAUSITZER LAND -</b> | <b>Rechtsextremisten</b>                                     | <b>unbekannt</b>                   | <b>unbekannt</b>            | <b>nein</b>          |
| <b>FREIER RUNDBRIEF - OSTERZGEBIRGE -</b>  | <b>Rechtsextremisten</b>                                     | <b>dreimonatlich (Eigenangabe)</b> | <b>unbekannt</b>            | <b>nein</b>          |
| <b>HIER &amp; JETZT</b>                    | <b>JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) – Landesverband Sachsen</b> | <b>vierteljährlich</b>             | <b>unbekannt</b>            | <b>ja</b>            |

<sup>117</sup> Die Auswahl enthält Verlage und Vertriebsdienste, die aus Sicht des LfV Sachsen überregional oder für Sachsen von Bedeutung sind.

<sup>118</sup> Die Auswahl enthält die aus Sicht des LfV Sachsen für die bundesweite und sächsische Szene bedeutendsten Publikationen.

| Publikation  | Herausgeber / Verantwortlicher  | erscheint                                    | Auflage                         | abrufbar im Internet                         |
|--|---|--|---------------------------------|--|
| MITTELDEUTSCHE JUGENDZEITUNG (MJZ)                     | AG NATIONALER MEDIEN-<br>VERBUND im NATIONALEN<br>UND SOZIALEN AKTIONSBÜNDNIS MITTEL-<br>DEUTSCHLAND (NSAM) | unregelmäßig                                 | ca. 1.000<br>(Eigen-<br>angabe) | nein   |
| NACHRICHTEN DER HNG                                    | HILFSORGANISATION FÜR<br>NATIONALE UND POLITISCHE<br>GEFANGENE UND DEREN<br>ANGEHÖRIGE e. V.                | monatlich                                    | 600                             | nein   |
| NATION & EUROPA –<br>DEUTSCHE<br>MONATSHEFTE           | NATION EUROPA VERLAG<br>GMBH  | monatlich<br>(gelegentlich<br>zweimonatlich) | 18.000                          | ja   |
| <b>NATIONALER BEOBACHTER FÜR CHEMNITZ UND UMGEBUNG</b> | <b>Rechtsextremisten</b>  | <b>unregelmäßig</b>                          | <b>unbekannt</b>                | <b>nein</b>                                  |
| <b>NATIONALER BEOBACHTER DELITZSCH</b>                 | <b>Rechtsextremisten</b>  | <b>nicht in<br/>Papierform</b>               | <b>unbekannt</b>                | <b>ja</b>                                    |
| <b>NATIONALER BEOBACHTER LEIPZIG</b>                   | <b>Rechtsextremisten</b>  | <b>nicht in<br/>Papierform</b>               | <b>unbekannt</b>                | <b>ja</b>                                    |
| NATIONAL-ZEITUNG/<br>DEUTSCHE WOCHENZEITUNG (NZ)       | DEUTSCHE VOLKSUNION<br>(DVU)  | wöchentlich                                  | 40.000                          | ja   |
| <b>SACHSEN STIMME<sup>119</sup></b>                    | <b>NPD-Landesverband<br/>Sachsen</b>  | <b>unregelmäßig</b>                          | <b>unbekannt</b>                | <b>einzelne<br/>Ausgaben</b>                 |
| <b>STAHLHELM</b>                                       | <b>Neonationalsozialisten,<br/>Skinheads</b>  | <b>unregelmäßig</b>                          | <b>unbekannt</b>                | <b>nein, aber<br/>Homepage<br/>vorhanden</b> |
| UNABHÄNGIGE<br>NACHRICHTEN                             | FREUNDESKREIS UNAB-<br>HÄNGIGE NACHRICHTEN  | monatlich                                    | 10.000                          | ja   |
| ZEIT FÜR PROTEST!                                      | DIE REPUBLIKANER (REP)  | monatlich                                    | ca. 10.000                      | ja   |

## Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der linksextremistischen Bestrebungen

### Autonome

Autonome stellen den bei Weitem größten Anteil des gesamten gewaltbereiten linksextremistischen Potentials. Sie sind verantwortlich für die Mehrzahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten. Die zeitweilig vorgenommene Differenzierung zwischen „Gewalt gegen Personen“ und „Gewalt gegen Sachen“ wird zunehmend aufgegeben.

Autonome verfolgen weder ein einheitliches ideologisches noch ein strategisches Konzept. Einig sind sich Autonome jedoch in der Ablehnung des demokratischen Staates und seiner Gesellschaft. Den Bezugspunkt ihrer oftmals spontanen Aktivitäten bilden diffuse anarchistische und kommunistische Ideologiefragmente. Die Anwendung von Gewalt wird als notwendiges Element zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele und als erforderliches Mittel gegen die „strukturelle Gewalt“ eines „Systems von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“ angesehen und gerechtfertigt.

Ihre Aktionsformen und Angriffsziele orientieren sich an den jeweiligen Konfliktfeldern, die von „Antifaschismus“ über „Antimilitarismus“, „Antiimperialismus“, „Antirassismus“, „Neoliberalismus“ und „Globalisierung“ bis hin zu „Antikapitalismus“ reichen. Dabei nutzen sie aktuelle politische Themen für ihre Zwecke.

Ihre Aktivitäten richten sich dabei nicht nur gegen den unmittelbaren politischen Gegner, sondern auch gegen staatliche Einrichtungen und deren Vertreter sowie gegen Symbole der Wirtschaftsordnung. Mit unterschiedlicher Intensität versuchen sie, demokratische Protestbewegungen für ihren Kampf gegen den Staat zu mobilisieren. Rechtsextremistischen Versammlungen begegnen sie mit einer hohen Aggressivität und Gewaltbereitschaft.

Autonome verzichten zumeist auf feste Strukturen und Hierarchien. Dies wird nicht nur als Ausdruck des politischen Verständnisses von einem „herrschaftsfreien Leben“ angesehen. Vielmehr dient dies auch dem Schutz vor staatlichen Maßnahmen, da so Konspiration und Anonymität weitgehend aufrechterhalten werden können. Daher agieren meist kleine, lokal begrenzte Personenzusammenschlüsse.

### Orthodox-kommunistische Bestrebungen

Zum ideologischen Konzept orthodox-kommunistischer Bestrebungen gehören vor allem Denkansätze marxistisch-leninistischer Prägung wie die Thesen vom Klassenkampf und der Diktatur des Proletariats. Ziel dieser Zusammenschlüsse ist eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung. Die freiheitliche demokratische Grundordnung soll auf revolutionärem Wege gewaltsam „überwunden“ werden.

Orthodoxe Kommunisten beanspruchen für sich, die einzig wahre und wissenschaftliche Weltanschauung zu besitzen. Aus diesem Grund sind vom Marxismus-Leninismus abweichende politische Vorstellungen nach ihrem ideologischen Ansatz erwiesenermaßen falsch.

In der gemeinsamen Vision, eine angeblich bestehende „konservative Hegemonie“ zu brechen, sind orthodox-kommunistische Parteien und Vereinigungen bemüht, bestehende soziale Konflikte thematisch aufzugreifen, ideologisch umzudeuten und im Sinne ihrer revolutionären Strategie zu instrumentalisieren.

Außerdem versuchen sie, durch grundsätzliche Kritik an den „herrschenden Verhältnissen“ und Forderungen nach einer „Fundamentalopposition“ ihren sozialistischen und kommunistischen Zielen näher zu kommen und die Richtigkeit ihrer „wissenschaftlichen“ Analyse zu belegen.

Die parlamentarische Demokratie wird von orthodox-kommunistischen Bestrebungen abgelehnt. Eine Beteiligung an parlamentarischen Wahlen kommt nur unter strategischen Gesichtspunkten in Betracht.

### Überblick in Zahlen<sup>120</sup>

Bundesweit gehörten im Berichtsjahr ca. 30.700 Personen<sup>121</sup> linksextremistischen Bestrebungen an. Damit hat sich das Potenzial gegenüber dem Vorjahr (2005: ca. 30.600) kaum verändert.

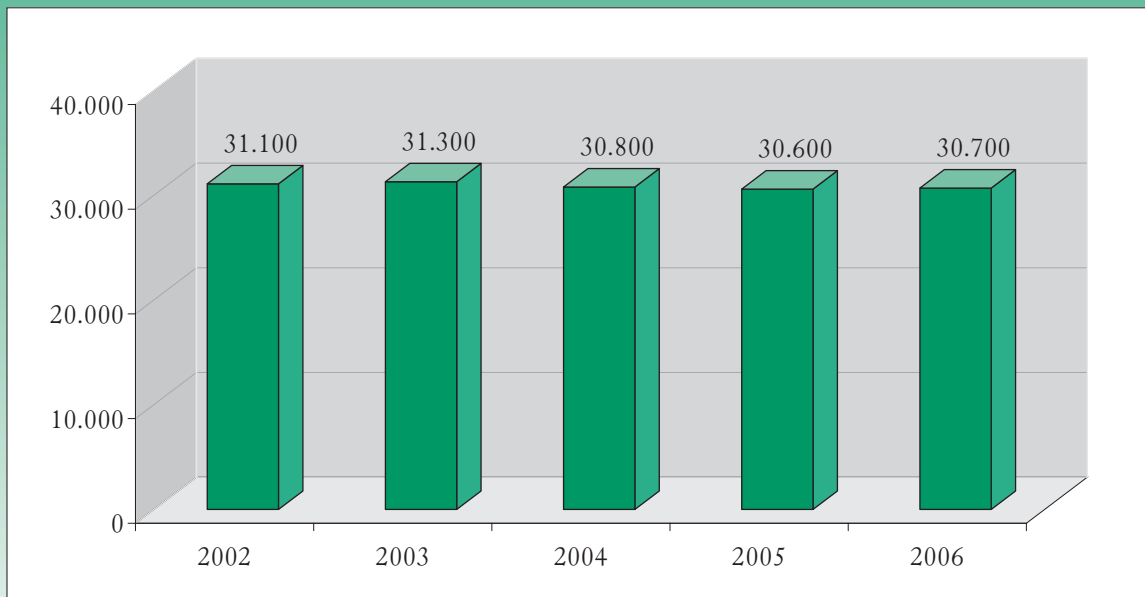
Die Anzahl der Personen, die im Freistaat Sachsen linksextremistischen Bestrebungen zugerechnet werden, ist im Berichtsjahr leicht auf ca. 550 Personen<sup>122</sup> gestiegen (2005: ca. 540).

<sup>120</sup> Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

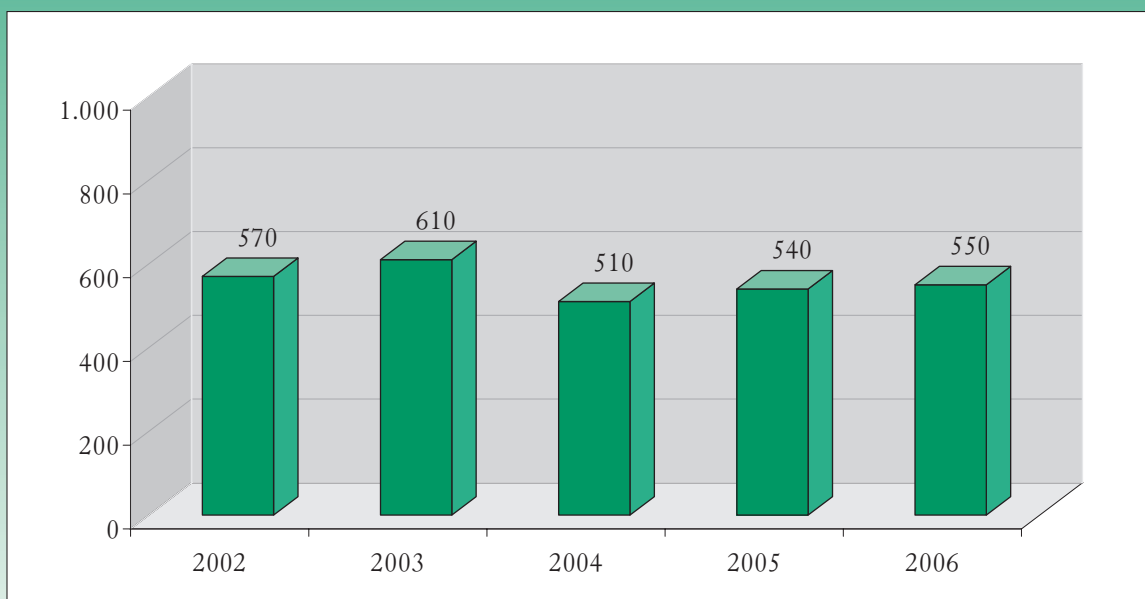
<sup>121</sup> Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

<sup>122</sup> Ohne Mehrfachmitgliedschaften.

## Linksextremisten in der Bundesrepublik Deutschland



## Linksextremisten im Freistaat Sachsen



Der autonomen Szene werden ca. 280 Personen zugerechnet (2005: ca. 270). Sie stellt den größten Anteil innerhalb linksextremistischer Beobachtungsobjekte im Freistaat Sachsen dar.

Ca. 170 Personen (2005: ca. 170) gehören marxistisch-leninistischen Bestrebungen an.

Ca. 100 Personen (2005: ca. 100) werden „sonstigen linksextremistischen Bestrebungen“ zugerechnet. Im

Berichtsjahr war ein Mitgliederzuwachs bei der ROTEN HILFE e. V. (RH) zu verzeichnen. Dieser ergab sich im Wesentlichen aus der Wiedergründung der Ortsgruppe Leipzig. Bei der Gesamtsumme der „sonstigen linksextremistischen Bestrebungen“ wurden nunmehr die vor allem bei der RH anzutreffenden Mehrfachmitgliedschaften berücksichtigt. Aus diesem Grund ist hier in der Gesamtschau keine erkennbare Veränderung zu verzeichnen.

| <b>Anzahl der Linksextremisten</b><br>Freistaat Sachsen: ca. 550 (2005: ca. 540)<br>Bundesrepublik Deutschland: ca. 30.700 (2005: ca. 30.600) |  |   |
|---|--|---|
| <b>Linksextremistische Autonome</b><br>Freistaat Sachsen: ca. 280 (2005: ca. 270)<br>bundesweit: ca. 5.500 (2005: ca. 5.000)                  | <b>Marxistisch-Leninistische Bestrebungen</b><br>Freistaat Sachsen: ca. 170 (2005: ca. 170)<br>bundesweit: ca. 25.000 (2005: ca. 25.400)                 | <b>Sonstige linksextremistische Bestrebungen</b><br>Freistaat Sachsen: ca. 100 <sup>123</sup> (2005: ca. 100)<br>bundesweit: keine Angaben  |
| davon u. a.:  |  |   |
|   | <b>KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD-OST)</b><br>Freistaat Sachsen: ca. 50 (2005: ca. 50)<br>bundesweit: ca. 200 (2005: ca. 200 )                  | <b>ROTE HILFE e. V.</b><br>Freistaat Sachsen: ca. 100 <sup>124</sup> (2005: ca. 60)<br>bundesweit: ca. 4.300 (2005: ca. 4.300 )   |
|   | <b>DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)</b><br>Freistaat Sachsen: ca. 40 (2005: ca. 40)<br>bundesweit: ca. 4.200 (2005: ca. < 4.500)                     | <b>Trotzkistische Gruppen (u. a. LINKSRUCK NETZWERK)</b><br>Freistaat Sachsen: ca. 20 (2005: ca. 20)<br>bundesweit: ca. 1.800 (2005: ca. 1.600)   |
|   | <b>KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS (KPF DER PDS)</b><br>Freistaat Sachsen: ca. 60 (2005: ca. 60)<br>bundesweit: ca. 1.000 (2005: ca. 1.000) | <b>MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)</b><br>Partei mit maoistisch-stalinistischer Ausrichtung<br>Freistaat Sachsen: ca. 20 (2005: ca. 20)<br>bundesweit: ca. 2.300 (2005: ca. 2.300) |
|   | <b>Sonstige marxistisch-leninistische Bestrebungen</b><br>Freistaat Sachsen: Einzelne (2005: Einzelne)<br>bundesweit: keine Angaben                      |   |

### Entwicklungstendenzen im Linksextremismus

#### Autonome Szene

Einen großen Teil der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen bildet die autonome Szene. Sie dominiert deutlich den hiesigen Linksextremismus.

Der im Vorjahr zu beobachtende leichte zahlenmäßige Anstieg dieses Personenpotenzials setzte sich im Berichtsjahr fort. Dieser Trend wirkte sich auch auf die strukturelle Entwicklung aus. Zwar konzentrieren sich sächsische Autonome unverändert in den beiden Zentren Dresden und Leipzig. Jedoch zeigen öffentlichkeitswirksame Aktionen z. B. in Plauen und Roßwein, dass autonome Spektren in anderen Regionen Sachsens anlassbezogen reaktivierbar sind. Diese Entwicklung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der regional starken Ausprägung rechtsextremistischer Strukturen.

<sup>123</sup> Ohne Mehrfachmitgliedschaften.  
<sup>124</sup> Dabei handelt es sich zum großen Teil um Mehrfachmitgliedschaften in verschiedenen linksextremistischen Bereichen.

Im Berichtsjahr ließen sich folgende Themenfelder ausmachen, zu denen sich sächsische Autonome hauptsächlich artikulierten:

- „Revolutionärer Antifaschismuskampf“. Dieser richtet sich gegen vermeintliche und tatsächliche Rechtsextremisten und deren Infrastruktur, aber auch gegen bei Demonstrationen und Kundgebungen von Rechtsextremisten anwesende Polizeikräfte. Entsprechende Aktivitäten fanden am 11. Februar und 5. August 2006 in Dresden sowie am 1. Mai und 3. Oktober 2006 in Leipzig statt.
- „Geschichtsrevisionismus“. Mit diesem Thema befassen sich vor allem Dresdner Autonome anlässlich des Gedenktages der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Autonome unterstellen der Bundesrepublik Deutschland eine Politik der Verdrängung sowie eine Auflösung des Unterschiedes zwischen Opfern und Tätern.

### Marxistisch-leninistische Bestrebungen

Wie bereits in den Vorjahren haben die linksextremistischen Strömungen innerhalb der „Linkspartei.PDS“<sup>125</sup> auch im Berichtsjahr weiter an Bedeutung verloren. Diese Abnahme zeigt sich auch in einer rückläufigen Tendenz von Aktivitäten der KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS (KPF). In der Öffentlichkeit konnte sie nicht auf sich aufmerksam machen.

Die DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP) strebt in ihrem neuen Parteiprogramm bei der Gestaltung der Gesellschaft anstatt Reformen nunmehr einen „revolutionären Weg“ an, der mit „revolutionärem Kampf“ verbunden wird. Öffentlich versuchte die DKP im Freistaat Sachsen, durch Informationsstände und Verteilung ihrer Parteizeitung UNSERE ZEIT (UZ) ihre politischen Positionen zu vermitteln.

### Sonstige linksextremistische Bestrebungen

Die MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD) verfügt im Freistaat Sachsen zwar über Strukturen, die jedoch keine nennenswerte Öffentlichkeitswirksamkeit entfalten. Im Berichtsjahr trat sie gemeinsam mit anderen „antifaschistischen Kräften“ bei der Mobilisierung gegen das Pressefest des rechtsextremistischen DEUTSCHE STIMME VERLAGES am 5. August 2006 in Dresden öffentlich in Erscheinung. Die ROTE HILFE e. V. (RH) deklariert die strafrechtliche Verfolgung von Staatsschutzdelikten als „staatliche

Repression“. Ihre Hauptaufgabe sieht sie deshalb in der Unterstützung von linksextremistischen Straftätern. Sie gewährt „Rechtshilfe“, vermittelt Szeneangehörigen Anwälte, leistet Beihilfe zu Prozesskosten und Geldstrafen und betreut im Falle einer Inhaftierung die so genannten „politischen Gefangenen“. Dadurch wird die Bindung der Inhaftierten an die linksextremistische Szene sichergestellt.

Die Gruppe GEGENSTANDPUNKT trat bis zum Jahr 1991 als MARXISTISCHE GRUPPE (MG) in der Öffentlichkeit auf. Danach veröffentlichten führende MG-Mitglieder die Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT. Unter dieser Bezeichnung finden vereinzelt öffentliche Diskussionsveranstaltungen statt.

### Autonome

### Charakteristik

Autonome lehnen prinzipiell staatliche und gesellschaftliche Normen ab. Staatliche Institutionen dienen neben der Erhaltung und Entfaltung der „kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ lediglich der Unterdrückung „herrschaftsfrei“ gestalteter Strukturen. Häufig propagieren sie die Abschaffung eben dieser Institutionen.

Der aktive Kampf gegen den Staat und die praktische Umsetzung in Form von Aktionen wie Angriffe auf staatliche Ordnungskräfte bei öffentlichen Veranstaltungen oder Anschläge auf Objekte staatlicher bzw. wirtschaftlicher Repräsentanten bildet einen Schwerpunkt in der autonomen Ideologie. Einprägsame Parolen wie „Macht kaputt, was euch kaputt macht!“ unterstreichen diese Zielsetzung. Der militante Widerstand gegen das „System“ ist Grundkonsens eines ansonsten breit gefächerten Spektrums mit einem diffusen, tendenziell anarchistisch ausgerichteten Weltbild, vor allem jedoch mit dem Bestreben, frei von allen staatlichen und gesellschaftlichen Zwängen „selbstbestimmt“ zu leben. Neben schlagkräftigen Parolen und gelegentlichen Demonstrationen ist die Anwendung von Gewalt weitgehend unumstritten und wird als legitimes Mittel „autonomer Politik“ betrachtet. Autonome rechtfertigen Gewalt als erforderliches Mittel gegen die „strukturelle Gewalt“ eines „Systems von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“. Die von Autonomen propagierte Gewalt richtet sich nicht nur gegen Institutionen, sondern auch gegen Personen wie Rechtsextremisten oder – im Einzelfall – Repräsentanten des demokratischen Staates. Dagegen lehnen sie das Gewaltmonopol des Staates ab. Die ihnen vermeintlich „tagtäglich in vielfältiger Form begegnende

staatliche Gewalt“ rechtfertigt es in ihren Augen, den Staat überall und mit allen Mitteln aktiv zu bekämpfen, um ihn zu „zerschlagen“. In einem Aufruf eines „Linksradikalen Bündnisses Göttingen“ zu Protestaktionen gegen einen Aufmarsch von Rechtsextremisten am 13. Mai 2006 in Göttingen heißt es beispielsweise: „Ein radikaler Antifaschismus, der auf die Überwindung von Staat und Kapital zielt, darf das staatliche Gewaltmonopol nicht anerkennen (...).“<sup>126</sup>

Wenn Autonome von der Notwendigkeit reden, nicht nur die Symptome zu bekämpfen, sondern vielmehr das „Übel an der Wurzel“ zu packen und die „gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen des Systems“ zu beseitigen, bedeutet das nichts anderes, als auf eine Abschaffung der bestehenden staatlichen Ordnung hinwirken zu wollen.

So erklärte ein „linksradikales Vorbereitungsbündnis“ rückblickend auf die gewalttätigen Auseinandersetzungen am 3. Oktober 2006 in Leipzig im Internet: „Wir mobilisieren gegen Naziaufmärsche, weil es unser Ziel ist, nationalsozialistische Aktivitäten zu unterbinden, indem wir nationalistische, rassistische und antisemitische Zusammenrottungen angreifen. (...) Doch das macht immer nur einen Teil unserer politischen Arbeit aus: unsere Gegnerschaft mit dem Nationalismus weist über das Nazi-Spektrum und damit den Rahmen der eigenen Anti-Nazi-Arbeit hinaus. Sie schließt nicht nur die unmittelbare Staatsgewalt, sondern den Staat selbst mit ein.“<sup>127</sup>

Das Verhalten Autonome belegt damit die Ablehnung wesentlicher Bestandteile der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Der weitgehende Verzicht auf feste Strukturen und Hierarchien wird von Autonomen nicht nur als Ausdruck des politischen Selbstverständnisses von einem „herrschaftsfreien Leben“ angesehen, vielmehr dient er auch dem Schutz vor staatlichen Maßnahmen, da so Konspiration und Anonymität noch am ehesten möglich sind. Der mit dem Verzicht auf Strukturen verbundene Verlust an Effektivität wird dabei in Kauf genommen.

Gleichwohl ergaben sich innerhalb des autonomen Lagers bereits mehrfach Ansätze von unterschiedlichen Organisationsmodellen. Die „organisierten Autonomen“ versprechen sich von einem Zusammenschluss eine größere Wahrnehmbarkeit und Vermittelbarkeit ihrer politischen Ziele und theoretischen Analysen in der Öffentlichkeit. Die seit mehreren Jahren zu beobachtenden internen Spaltungs- und Auflösungstenden-

zen, die auf zum Teil gravierenden ideologischen Differenzen und personellen Problemen basieren, lassen derzeit einen bundesweiten Zusammenschluss der autonomen Szene nach dem Vorbild der Anfang der Jahrtausendwende aufgelösten ANTIFASCHISTISCHEN AKTION/BUNDESWEITE ORGANISATION (AA/BO) und BUNDESWEITES ANTIFA TREFFEN (B.A.T.) nicht erkennen.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele sind autonome Gruppierungen allerdings durchaus in der Lage, sich untereinander zu vernetzen oder vorübergehend in themenbezogenen Bündnissen zusammen zu arbeiten. So gelingt es der Szene immer wieder, sich durch Aktionen oder durch ihr Engagement in der „Neuen Sozialen Bewegung“ (Alternativ-, Frauen-, Ökologiebewegung u. ä.) zu artikulieren bzw. durch eine geschickte Bündnispolitik auf Akzeptanz in der Bevölkerung zu stoßen. Autonome propagieren dabei aus taktischen Gründen Ziele, die in der Regel auch bei demokratischen Kräften eine breite Zustimmung finden. Durch solche „Aktionseinheiten“ wollen Autonome Ansprechpartner im demokratischen Spektrum finden, um langfristig ihren gesellschaftlichen und politischen Einfluss auszubauen.

## Aktionsfelder

Hauptaktionsfeld sächsischer Autonome blieb im Berichtsjahr der „revolutionäre Antifaschismuskampf“<sup>128</sup>. Dieser wird vor allem bei Protesten gegen Veranstaltungen von Rechtsextremisten und deren Infrastruktur, wie Szenetreffs und Geschäften, öffentlich deutlich. Aber nicht nur vermeintliche und tatsächliche Rechtsextremisten stellen Ziele der gewalttätigen Aktionen Autonome dar. Bei Protesten gegen Demonstrationen und Kundgebungen von Rechtsextremisten sind häufig auch die anwesenden Ordnungskräfte Angriffsziel, da sie nach Ansicht der Autonomen den Staat verkörpern, der Rechtsextremisten die öffentliche Plattform zur Verbreitung ihrer Ideologie absichere.

In Roßwein kam es am 29. Juli 2006 zu einer Spontandemonstration von etwa 80 Personen, die mit versuchten Sitzblockaden und Aktionen in Kleingruppentaktik gegen einen Aufzug der rechtsextremistischen JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) vorgingen. Nur durch polizeiliche Maßnahmen konnte die Konfrontation beider politischer Lager vermieden werden. Bereits im Vorfeld der Demonstration gab es Auseinandersetzungen zwischen acht bis zehn Personen und dem Demonstrationsanmelder. Dabei wurde dieser leicht verletzt und zwei Fahrzeuge beschädigt.

<sup>126</sup> Aufruf „Nutze die Möglichkeiten! Den Naziaufmarsch in Göttingen verhindern!“ des Bündnisses vom 30. April 2006.

<sup>127</sup> Internetbeitrag eines „Linksradikalen Vorbereitungsbündnisses“ zum 3. Oktober 2006 in Leipzig (Beitrag vom 6. Oktober 2006).

<sup>128</sup> Dieser Begriff wird von Autonomen als Abgrenzung zu reformistischen Ansätzen innerhalb der antifaschistischen Bewegung verwendet. Den reformistischen Ansätzen unterstellen Autonome eine inkonsequente Bekämpfung des Faschismus, da sie den Kampf gegen die bestehende politische Ordnung, als Ursache für Rechtsextremismus, nicht impliziert.

Autonome beteiligten sich auch am 16. September 2006 an einer Demonstration unter dem Motto „Kein Fußbreit den Faschisten – in Plauen und anderswo“ gegen einen zeitgleich stattfindenden Aufzug von Rechtsextremisten. Die dabei unternommenen Störversuche aus den Reihen der Gegendemonstranten blieben auf Grund polizeilicher Maßnahmen erfolglos. Nicht zuletzt die jährlich in Leipzig um den 3. Oktober stattfindenden Demonstrationen des Hamburger Rechtsextremisten Christian WORCH provozierten auch im Berichtsjahr das Handeln der Autonomen. Unter den laut Polizeiangaben ca. 1.500 gewaltbereiten Gegendemonstranten befanden sich zahlreiche Autonome der regionalen und überregionalen Szene. Entlang der gesamten Demonstrationsstrecke kam es nicht nur zu Übergriffen auf Teilnehmer des rechtsextremistischen Aufzuges. Auch auf Polizeibeamte wurden Flaschen und Steine geworfen, im Umfeld der Demonstration Barrikaden errichtet, Müllcontainer angezündet und mehrere Kfz beschädigt. Auf Grund der von der Polizei unter den Störern durchgeführten zahlreichen freiheitsentziehenden Maßnahmen versammelten sich am Abend ca. 100 Personen zu einer Spontandemonstration „Gegen Repressalien und Polizeigewalt“ vor der Polizeidirektion Leipzig.

Der „Kampf um Freiräume“ und gegen „staatliche Repression“ stellt einen weiteren traditionellen Bestandteil autonomer Aktionsfelder dar. In Dresden beteiligten sich beispielsweise am 6. April 2006 etwa 50 Szeneanhänger mit einer Solidaritätsdemonstration an den bundesweiten Protesten gegen die Räumung des „Autonomen Zentrums ‚Ex-Steffi‘“ in Karlsruhe (Baden-Württemberg). Am Morgen des 6. April hatten auf Grund eines Gerichtsbeschlusses Polizeikräfte das Objekt, eine Anlaufstelle für Autonome von überregionaler Bedeutung, geräumt. Bereits im Vorfeld war die zu erwartende Maßnahme innerhalb der Szene bundesweit thematisiert worden.

Vor allem Dresdner Autonome befassen sich anlässlich der Jahrestage der alliierten Luftangriffe auf die Stadt am 13. Februar 1945 mit einem weiteren Thema, dem „Geschichtsrevisionismus“. Dem deutschen Staat unterstellen Autonome eine Politik der Verdrängung und Auflösung der Opfer-Täter-Unterscheidung. Die deutsche Politik verstehe es zunehmend, Schuld und Leid als allgemeine menschliche Wesenszüge darzustellen und nicht als für Deutschland geltendes Resultat aus dem Nationalsozialismus. In der Bevölkerung führe das zu dem Glauben, die Schuld in einem Prozess der Läuterung überwunden zu haben. Dieser Glaube sei wichtiger Bestandteil der deutschen Identitätsfindung, die die führende Rolle Deutschlands innerhalb der Europäischen Union zum Ziel habe.



Demonstration am 11. Februar 2006 in Dresden

Foto: Internetseite INDYMEDIA

Am 11. Februar 2006 demonstrierten 500 bis 600 Autonome friedlich unter dem Motto „Gegen jeden Geschichtsrevisionismus“ gegen einen Aufzug der rechtsextremistischen JUNGEN LANDSMANNSCHAFT OSTPREUBEN (JLO) und einen angeblichen mit dem Gedenken der Bürger an die Bombenopfer zum Ausdruck gebrachten Geschichtsrevisionismus. Im Anschluss blockierten mehrere hundert Demonstranten zusammen mit nicht extremistischen Personen die Route des JLO-Aufzuges.

Große sportliche Veranstaltungen oder entsprechende Planungen dafür, wie Bewerbungen um Austragungsstätten der Olympischen Spiele u. ä., zogen in der Vergangenheit häufig die Aufmerksamkeit auch autonomer Gruppen auf sich. Autonome argumentieren gegen diese Großveranstaltungen mit den Thesen der zunehmenden Überwachung und Kritik an der Innenstadtpolitik, ein mit dem Sport verbundener Leistungswahn und Kapitalismus, sowie nationalistische Aspekte der sportlich konkurrierenden Länder.

Im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 erwartete öffentlichkeitswirksame Aktionen durch die autonome Szene blieben im Freistaat Sachsen allerdings aus.

## Aktionsformen

Die Bandbreite der von Autonomen zur Vermittlung ihrer Ideologie und ihre Ansprüche genutzten Aktionsformen umfasst ein vielfältiges Aktionsspektrum. Angefangen bei Diskussionsveranstaltungen in Jugendcafés und der Mitarbeit in Bündnissen, reicht es über die Organisation von öffentlichen Kampagnen und Demonstrationen bis hin zu gewalttätigen, klandestinen (d. h. heimlichen) Aktionen. Recherche-Aktivitäten zählen ebenfalls zu autonomen Aktionsformen. Hierbei handelt es sich um eine gezielte Sammlung und Veröffentlichung von personenbezogenen Daten tatsäch-



licher oder vermeintlicher Rechtsextremisten. Derartige Aktivitäten werden gegenüber der Öffentlichkeit als Aufklärungsarbeiten bezeichnet, ihr tatsächlicher Zweck dürfte jedoch die Verunsicherung und versteckte Bedrohung des politischen Gegners sein.

Bei der Wahl von militanten Aktionsformen und Angriffszielen bemühen sich Autonome grundsätzlich um „Vermittelbarkeit“ in der Öffentlichkeit.

Proportional zum offensiveren Auftreten rechtsextremistischer Strukturen stieg im Jahr 2004 kurzzeitig auch das Handlungsniveau der autonomen Szene. Im Jahr 2005 war wieder ein Rückgang zu beobachten. Im Berichtsjahr stagnierte das Handlungsniveau auf dem des Jahres 2005. Dabei war eine Zunahme von Spontanaktionen zu beobachten. Diese erfordern eine gut funktionierende Kommunikationsstruktur. Auch ließen sich bei Aktivitäten im Zusammenhang mit Demonstrationen veränderte Aktionsformen der autonomen Szene feststellen. Setzten Autonome bei ihren gewalttätigen Protesten gegen Demonstrationen des politischen Gegners bis Ende 2004 auf das logistisch und personell aufwändige „dezentrale Konzept“ (bestehend aus autonomer Infostruktur – mit Vorfeldaufklärung und zentraler Informationssammelstelle – sowie militanten Kleingruppen), bevorzugten sie nunmehr modifizierte Aktionsformen. Situationsbedingt zu der ursprünglichen Aktionsform des „dezentralen Konzeptes“ kommen nunmehr auch Konzepte zur Anwendung, bei denen an Stelle der Kleingruppen größere Aktionsgruppen wirksam werden. Hauptziel dieser Aktionsform soll, wie bereits beim „dezentralen Konzept“, das gewaltsame Vorgehen gegen den politischen Gegner sein. Versuchten beim „dezentralen Konzept“ von einer Infostruktur gesteuerte militante Kleingruppen überfallartig und verdeckt an den politischen Gegner zu gelangen, so soll nunmehr der Vorteil größerer Gruppen genutzt werden, um dessen Veranstaltungen effektiver behindern und stören zu können. Zusätzlich sollen unter Nutzung gruppenspezifischer Effekte das Durchbrechen von Polizeiketten und Absperrungen erleichtert, polizeiliche Zugriffe erschwert und durch Ausschreitungen im Umfeld Polizeikräfte gebunden werden. Diese Taktik autonomer Gegenaktivitäten wurde erstmals am 19. März 2005 im Zusammenhang mit einem Aufzug der rechtsextremistischen FREIEN KRÄFTE SACHSEN in Dresden beobachtet. Im Berichtsjahr verliefen Aktivitäten gegen rechtsextremistische Aufzüge am 11. Februar in Dresden sowie am 1. Mai und 3. Oktober in Leipzig nach diesem Konzept.

Eine weitere von Autonomen häufig verwendete Aktionsmöglichkeit stellt die Kampagnen-Form dar. Dabei werden verschiedene Aktionsformen unter einem Thema, wie z. B. „Abschiebehaftanstalten“ oder

das angebliche „Weltmachtstreben Deutschlands“ und Trefforte der rechtsextremistischen Szene, zusammengefasst. Um eine Bündnisfähigkeit mit demokratischen Partnern erreichen zu können, sind Autonome auch bereit, für den Zeitraum einer Kampagne auf die Propagierung von Gewalt zu verzichten. Dennoch geht die Bündnisbereitschaft nur so weit, wie sich ihre Ziele innerhalb eines Bündnisses kompromisslos durchsetzen lassen.

Im Freistaat Sachsen wurden im Berichtsjahr hauptsächlich zwei Kampagnen öffentlichkeitswirksam aktiv. Ziel der auf den Dresdner Raum beschränkten Kampagne „Keine Geschäfte mit Nazis – Der NPD den Boden entziehen“ ist es, die NPD am Aufbau einer Infrastruktur zu hindern und durch die Beschneidung ihrer wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine weitere Verankerung in der Region zu verhindern bzw. zurückzudrängen. Dazu versucht die Kampagne – vornehmlich mittels Publikationen und öffentlichkeitswirksamer Aktionen – insbesondere wirtschaftlichen Druck auf Personen oder Unternehmen zu erzeugen, denen sie geschäftliche Kontakte mit der NPD unterstellt. Entsprechende Aktionen richten sich jedoch nicht nur gegen die unmittelbar beschuldigten Personen, sondern beispielsweise auch gegen deren Arbeitgeber. Am 11. Januar 2006 demonstrierten beispielsweise etwa zehn Personen vor einem Gewerbeobjekt, in dem der Vermieter der Immobilie, die von der NPD genutzt wurde, beschäftigt ist. Die Demonstranten zeigten ein Transparent mit der Aufschrift „keine geschäfte mit nazis >>> der npd den boden entziehen“, verteilten Flugblätter und äußerten sich per Megafon. Auf dem Flugblatt wurden der Vermieter der Immobilie und das ihn beschäftigende Unternehmen namentlich genannt. Zweck der Aktion war es offensichtlich, wirtschaftlichen Druck auf beide auszuüben. So hieß es auf dem verteilten Flugblatt: „Wer der NPD Immobilien zur Verfügung stellt, (...) sollte wissen, dass wir versuchen das zu verhindern. Deshalb: Gehen sie doch nicht mehr in der Firma einkaufen, in der (Anm.: Name des Vermieters) arbeitet, bis er der NPD gekündigt hat. ....“<sup>129</sup>.

Einer Zeitungsmeldung zufolge erklärte ein Sprecher der Kampagne „Keine Geschäfte mit Nazis – Der NPD den Boden entziehen“, dass Kunden des von der Aktion betroffenen Unternehmens „Druck auf den Haus-Eigentümer“ ausüben sollten. Im Internet wurde die Aktion als eine „Nichtverkaufsveranstaltung“ beschrieben. Dem Vermieter der Immobilie sei „unmissverständlich klargemacht“ worden, dass man seine Geschäftspraktiken nicht dulde. Weitere Aktionen würden folgen, bis er der NPD kündige.

Die im Jahr 2004 maßgeblich von Autonomen initiierte Kampagne „Schöner Leben ohne Naziläden“ wurde im

<sup>129</sup> Flugblatt „Kein Deal mit Nazi-UnterstützerInnen“ der Kampagne „Keine Geschäfte mit Nazis – Der NPD den Boden entziehen“.



Jahr 2006 fortgesetzt. Die Kampagne ist gegen die Existenz und Akzeptanz so genannter „Naziläden“ als Teil eines rechtsextremistischen Netzwerkes gerichtet und fordert deren Schließungen.

Nach der ersten Demonstration am 25. September 2004 wiederholten die Akteure der Kampagne am 14. Oktober 2006 in Chemnitz ihren gegen die rechtsextremistischen Vertriebe BACKSTREETNOISE und PC-RECORDS gerichteten Protest. Etwa 1.000 Personen demonstrierten an diesem Tag unter dem Motto „Hello again – Gegen rechte Vertriebsstrukturen und Verände – keine Duldung von PC-Records und Co.“ gegen beide Firmen. Auseinandersetzungen beider politischer Lager unterblieben nur auf Grund der hohen Polizeipräsenz. Die überregionale Beteiligung von Personen, beispielsweise aus Thüringen, Sachsen-Anhalt und Berlin, zeigt, dass das Thema über sächsische Landesgrenzen hinaus Aktualität besitzt.

Dennoch war im Berichtsjahr eine nachlassende Intensität der öffentlichen Wahrnehmung der Kampagne zu beobachten.

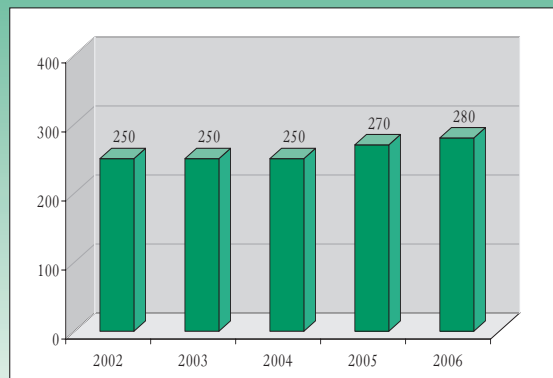
Vorbereitungsveranstaltungen in sächsischen Szeneobjekten und Mobilisierungen auf von sächsischen Autonomen genutzten Internetseiten zeugen von einer im ersten Halbjahr 2006 gestiegenen Teilnahmebereitschaft sächsischer Autonomen an auswärtigen Ereignissen, wie zu den Demonstrationen am 25. Februar in Schönebeck (Sachsen-Anhalt), am 22. April in Finsterwalde (Brandenburg) und am 27. Mai in Wernigerode (Sachsen-Anhalt).

## Strukturen im Freistaat Sachsen

### Potenzial

Ein großer Teil der linksextremistischen Bestrebungen im Freistaat Sachsen geht von Autonomen aus. Im Jahr 2006 gehörten ca. 280 Personen der sächsischen autonomen Szene an. Damit setzte sich der leichte Aufwärtstrend aus dem Jahr 2005 (ca. 270 Personen) auch im Berichtsjahr fort. Das Mobilisierungspotenzial der sächsischen autonomen Szene blieb aber mit bis zu 500 Personen im Jahr 2006 konstant.

### Personenpotenzial der sächsischen autonomen Szene



Zwar konzentrieren sich sächsische Autonome unverändert in den beiden Zentren Dresden und Leipzig. Jedoch zeigen öffentlichkeitswirksame Aktionen wie in Plauen, Zittau und Roßwein (Landkreis Döbeln), dass autonome Gruppierungen in anderen Regionen Sachsens anlassbezogen aktiv werden können. Diese Entwicklung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der regionalen Ausprägung rechtsextremistischer Strukturen.

### Autonome Gruppen im Freistaat Sachsen

Hiesige autonome Gruppen werden auf Grund ihrer Ideologie dem differenzierten antideutschen Spektrum der bundesweiten autonomen Szene zugerechnet. Vertreter der pro-palästinensischen antiimperialistischen Gruppen sind unter sächsischen Autonomen dagegen bisher nicht feststellbar<sup>130</sup>.

#### Dresden

Obwohl das Personenpotenzial in etwa gleich blieb, entwickelte die Dresdner Szene im Vergleich zu den Vorjahren deutlich weniger Aktivitäten. Der Rückgang des Aktionsniveaus betraf sowohl eigene öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Aktivitäten gegen Veranstaltungen des politischen Gegners als auch Straf- und Gewalttaten. Dresdner Autonome mobilisierten allerdings insbesondere im ersten Halbjahr regelmäßig zu linksextremistischen Ereignissen außerhalb Dresdens.

Der „Antifaschismuskampf“ blieb auch im Berichtsjahr unverändert das Hauptaktionsfeld. So blockierten Autonome zusammen mit nicht extremistischen Personen am 11. Februar 2006 einen Aufzug der rechtsextremistischen JLO, der anlässlich des Jahrestages der alli-

ierten Luftangriffe auf Dresden im Jahr 1945 stattfand. Die Gegenaktivitäten bieten den Dresdner Autonomen regelmäßig Anlass, auch das Aktionsfeld „Geschichtsrevisionismus“ zu besetzen. Ihre diesbezüglichen Aktivitäten standen im Berichtsjahr unter dem Motto „deutsche Täter\_Innen sind keine Opfer! Gegen jeden Geschichtsrevisionismus! Destroy the spirit of Dresden!“ Die tendenziell antideutsche Ausrichtung der Dresdner Szene hatte offenbar zur Folge, dass sich trotz umfassender Mobilisierung nur etwa 500 bis 600 Autonome an den Aktivitäten am 11. Februar 2006 beteiligten.



Demonstration am 11. Februar 2006 in Dresden

Foto: Internetseite INDYMEDIA

Demgegenüber ist die Thematik „Antirassismus“ für Dresdner Autonome gegenwärtig von eher untergeordneter Bedeutung.

Klandestine Aktionen sowie Straßenmilitanz sind weitere Aktionsformen der Dresdner Szene. Letztere zeigte sich in der Nacht zum 1. Januar 2006, als in der Dresdner Neustadt bis zu 150 Personen unter Rufen „Wir sind da!“ und „Nazis raus“ gewalttätig gegen Personen und Fahrzeuge, darunter auch Straßenbahnen, vorgingen und weitere Sachbeschädigungen verursachten.

Eine klandestine Aktion stellte ein Angriff in der Nacht zum 8. Oktober 2006 auf ein Ladengeschäft dar, in dem die bei Rechtsextremisten beliebte Kleidungs-Marke „Thor Steinar“ verkauft wird. Dabei warfen mindestens sieben verummte Täter sechs Schaufensterscheiben mit Pflastersteinen ein. Bereits im August am Geschäft festgestellte Aufkleber mit Aufschriften wie „Naziläden angreifen! (...)“ oder „Offizieller Unterstützer von Neonazis“ wiesen darauf hin, dass das Geschäft seit einiger Zeit im Visier Autonomer lag und der Angriff nicht spontan erfolgte.

Das seit Jahren in der Dresdner Szene Ton angehende ANTIFARECHERCHETEAM DRESDEN (ART DRESDEN) tritt weiterhin überwiegend mit der Veröffentlichung

von Rechercheergebnissen und Berichten zu rechtsextremistischen Ereignissen, Strukturen und Personen öffentlich in Erscheinung. Seine Publikationen lassen auf eine teils intensive und umfangreiche Recherchetätigkeit schließen. Es äußert sich aber auch allgemein zu Fragen autonomer Bündnispolitik und autonomen Handelns.<sup>131</sup> Zusammen mit der ANTIFA DRESDEN gehörte das ART DRESDEN zu den Unterstützern einer „Antifa-Demo“ am 27. Mai 2006 in Wernigerode (Sachsen-Anhalt). Außerdem gehörte es zu den Unterzeichnern eines Aufrufs zu einem Benefizkonzert am 22. April 2006 in Dresden. Dabei handelte es sich um eine Solidaritätsveranstaltung für zwei in Berlin wohnende Personen, denen u. a. die Beteiligung an einer Straftat im Zusammenhang mit linksextremistischen Aktivitäten am 13. Februar 2005 in Dresden vorgeworfen wird.

Das Dresdner „Projekt“ a.l.i.a.s. (antifascist literature information archive stuff) und der hinter ihm stehende Personenzusammenhang konnten sich in der Dresdner autonomen Szene etablieren. Nach eigener Darstellung erhebt das a.l.i.a.s. den Anspruch, „zu verschiedenen AntifaschistInnen betreffende Themen, Hintergründe und Argumente, Analysen und Denkanstöße“<sup>132</sup>, zu liefern. Auf der Internetseite der linksextremistischen ANTIFASCHISTISCHEN LINKEN BERLIN<sup>133</sup> wurde a.l.i.a.s. als „dresdner antifaprojekt“ bezeichnet. Bereits 2004 gehörte das a.l.i.a.s. zu den Unterstützern eines linksextremistischen Aufzuges am 12. Juni 2004 in Pirna. Mit der im Herbst 2004 veröffentlichten Broschüre ALIAS NEWS 01 mobilisierte es außerdem zu einem Aufzug der von Autonomen initiierten Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden“.



Zusammen mit dem ART DRESDEN und der Gruppierung um das a.l.i.a.s. gehört der hinter der Internetseite VENCEREMOS stehende Personenzusammenhang zum Kern der Dresdner Szene. Dieser tritt anlassbezogen auch unter der Bezeichnung ANTIFA DRESDEN in Erscheinung. Oft werden szenerelevante Texte und Aufrufe auf VENCEREMOS anonym oder unter wechselnden Kampagnenbezeichnungen veröffentlicht. Dies betraf insbesondere die Mobilisierungen im Zusammenhang mit dem Jahrestag der alliierten Luftangriffe auf Dresden am 13. Februar und zu Aktivitäten der autonomen Szene gegen das Pressefest des Verlages der rechtsextremistischen Publikation DEUTSCHE STIMME am 5. August 2006.

<sup>131</sup> Internetseite VENCEREMOS vom 9. Mai 2006.

<sup>132</sup> Broschüre ALIAS NEWS 01 vom Herbst 2004. Schreibweise wie im Original.

<sup>133</sup> Internetseite der ANTIFASCHISTISCHEN LINKEN BERLIN vom 7. März 2005.

Das „Alternative Zentrum Conni“ (AZ Conni) ist die wichtigste Anlaufstelle für Anhänger der autonomen Szene in Dresden. Regelmäßig finden hier Plenen für interessierte Szeneangehörige unter der Bezeichnung „Antifa TEEmen Café“ sowie so genannte „gruppenübergreifende Vernetzungstreffen“ statt. Auch Mobilisierungsveranstaltungen der autonomen Szene werden in der Regel im AZ Conni abgehalten und Fahrkarten zu auswärtigen Aktivitäten angeboten. Im Januar 2006 wurde das AZ Conni als Ort eines Redaktionstreffens einer Dresdner Redaktion der inzwischen aufgelösten Leipziger Szenezeitschrift IN-CIPITO genannt<sup>134</sup>. Die Dresdner Ortsgruppe der ROTEN HILFE nutzt das AZ Conni als Kontaktadresse und für Veranstaltungen.

Die Gründung der Dresdner Kampagne „Keine Geschäfte mit Nazis – der NPD den Boden entziehen“<sup>135</sup> im Oktober 2005 ist laut einer Darstellung im Internet auf die Initiative der ANTIFA DRESDEN zusammen mit „weiteren Gruppen und Initiativen“ zurückzuführen. Die Kampagne mobilisierte innerhalb der autonomen Szene zur Verhinderung des Pressefestes des Verlags der DEUTSCHEN STIMME am 5. August 2006 in Dresden. Zusätzlich wurden anonym auf der Internetseite VENCEREMOS Störungen des Pressefestes und der Anreise von Teilnehmern angekündigt bzw. gefordert. In der Folge gab es mehrere, offenbar gezielte gewalttätige Angriffe auf Pkw und Busse von Besuchern des Pressefestes. Dabei wurden zum Teil auch deren Insassen verletzt.



Demonstration am 5. August 2006 in Dresden

Foto: picture alliance

An der Kampagne „Keine Geschäfte mit Nazis – der NPD den Boden entziehen“ ist nach eigenen Angaben auch das REDAKTIONSKOLLEKTIV NIP SACHSEN – NAZIS IN DEN PARLAMENTEN beteiligt. Die Gruppe erhebt den Anspruch, auf ihrer Internetseite „eine kritische Dokumentation über die Aktivitäten von Nazis in sächsi-

schen Parlamenten“ zu präsentieren. In einer von ihr im September 2006 hierzu herausgegebenen Broschüre ordnet sie sich im Impressum mit der Angabe „c/o a.l.i.a.s.“ diesem Dresdner „Antifaprojekt“ zu. Das a.l.i.a.s. ist auf der Internetseite von NIP auch als Bestelladresse der Broschüre aufgeführt<sup>136</sup>. In der Broschüre selbst wird auch für die Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden“ geworben.

### Leipzig

Wie in den Vorjahren richteten sich die Aktivitäten der autonomen Szene Leipzig hauptsächlich gegen Aufzüge und sonstige Veranstaltungen ihrer politischen Gegner.



Ausschreitungen am 1. Mai 2006 in Leipzig

Foto: Internetseite mob-action

So protestierten am 1. Mai 2006 mehrere Hundert Autonome der regionalen und überregionalen Szene zum Teil gewalttätig gegen zwei Demonstrationen von Neonationalsozialisten. Autonome waren vor allem an den Blockaden, der Errichtung von Barrikaden und den Übergriffen auf Polizei und rechtsextremistische Demonstrationsteilnehmer entlang der angemeldeten Route beteiligt. Mobilisiert worden war sowohl auf regionalen als auch auf überregionalen Internetseiten. Die Aufforderung zu „dezentralen Aktionen“ und Aussagen wie beispielsweise „Naziaufmarsch smashen –

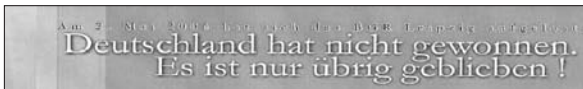
<sup>134</sup> Dresdner Veranstaltungskalender „terminal“ vom Januar 2006.

<sup>135</sup> Internetseite VENCEREMOS vom 1. November 2005.

<sup>136</sup> Internetseite des NIP vom 27. Oktober 2006.

„durch gegnerische Blockaden bis hin zu massiven Gewalttätigkeiten!“<sup>137</sup> ließen bereits im Vorfeld die auf Gewalt zielenden Planungen der autonomen Szene erkennen.

Ähnlich verliefen in Leipzig auch die Proteste gegen eine Demonstration von Rechtsextremisten am 3. Oktober 2006. Etwa 1.500 gewaltbereite Personen, darunter wiederum zahlreiche Autonome, beteiligten sich an den Gegenaktivitäten. Bei beiden Ereignissen kam es zu zahlreichen Straftaten. Die Gegendemonstranten blockierten die Route des rechtsextremistischen Aufzugs, so dass dieser eine andere Route nehmen musste.



Das in der autonomen Szene Leipzig jahrelang wortführende linksextremistische Leipziger BÜNDNIS GEGEN REALITÄT (BgR) gab am 2. Mai 2006 im Internet seine Auflösung bekannt. Damit zieht die Gruppierung nach zehnjährigem Bestehen die Konsequenz aus der ihr innerhalb der bundesweiten autonomen Szene immer weniger entgegengebrachten Akzeptanz. Öffentlich trat das BgR erstmals als Organisator einer Demonstration am 16. November 1996 in Wurzen auf, damals noch unter dem Namen BÜNDNIS GEGEN RECHTS. Mit der Entwicklung einer Strategie zum dezentralen Angriff auf den politischen Gegner erlangte das BgR Anerkennung innerhalb der bundesweiten autonomen Szene. Aber auch auf dem Gebiet der bundesweiten Organisierung autonomer Gruppen erwarb sich die Gruppierung Akzeptanz. Zur Isolation des Leipziger BgR trugen vor allem dessen Abkehr vom autonomen „Antifaschismuskampf“ in den Jahren 2001 bis 2003 und die konsequente antideutsche Ausrichtung seiner Ideologie bei.

Auch die Redaktion der linksextremistischen Szenenzeitschrift INCIPITO hat sich im Berichtsjahr aufgelöst. Nach Angaben im Internet erfolgte die Auflösung am 16. Oktober 2006. Grund dafür sollen mangelnde zeitliche Ressourcen der Mitglieder gewesen sein. Die INCIPITO war das Nachfolgeprojekt der linksextremistischen Zeitschrift KLAROFIX. Die Erstausgabe der INCIPITO erschien im Juli 2002.

Als zentrale Anlaufstelle der autonomen Szene Leipzig dient, wie schon in den vergangenen Jahren, das „Conne Island“. Verschiedene Gruppierungen der

linksextremistischen Szene führen in diesem Szenetreff Veranstaltungen durch. Die im Jahr 2005 begonnene Eiscafé-Veranstaltungsreihe für Jugendliche fand nicht die erhoffte Resonanz. Das Projekt ist Eigenanfragen zufolge eine Kooperation verschiedener Gruppen und Projekte, wie den linksextremistischen Zusammenschlüssen ANTIFASCHISTISCHER FRAUENBLOCK LEIPZIG (AFBL), Jugendantifa TOMORROW, LEIPZIGER ANTIFA (LEA) und MITTWOCHSGRUPPE (Miwo) mit dem „Conne Island“.

Wichtigstes öffentliches Kommunikationsmedium der autonomen Szene Leipzig ist seit Jahren die Internetseite LEFT-ACTION, ein Internetportal „linksradikaler Gruppen und linker Projekte aus Leipzig“. Nahezu alle szenerelevanten Termine und Mobilisierungsaufforderungen werden hier publiziert. Gruppierungen wie die Jugendantifa TOMORROW verfügen zudem über eigene Internetseiten.

### *Autonome im Leipziger Umland*

Nachdem auf Grund staatlicher Maßnahmen gegen Rechtsextremismus ab dem Jahr 2000 die Strukturen der autonomen Szene in der Region des Leipziger Umlandes fast vollständig zusammenbrachen, existiert mit der ANTIFA RDL erstmals wieder ein möglicherweise kontinuierlich arbeitender Personenzusammenhang in dieser Region.

Erste Hinweise gaben bereits im Jahr 2005 die unangemeldete Demonstration und die gewalttätigen Auseinandersetzungen am 29. Oktober anlässlich der Gründung des Stützpunktes Döbeln-Meißen der rechtsextremistischen JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) in Leisnig, OT Klosterbuch (Landkreis Döbeln).


Am 29. Juli 2006 kam es zudem in Roßwein zu einer Demonstration gegen einen Aufzug der JN. Die ANTIFA RDL trat auch als Unterstützer der von der Kampagne „Schöner Leben ohne Naziläden“ initiierten Demonstration am 14. Oktober 2006 in Chemnitz in Erscheinung. Anlässlich der Veranstaltung stellte die Gruppierung einen eigenen Redebeitrag ins Internet ein.

Die Internetpräsenz der ANTIFA RDL gibt einen weiteren Anhaltspunkt für eine sich festigende Struktur. Die Gruppe selbst stellt sich darin als reanimierte lokale Antifagruppe vor, die sich in eine Recherchegruppe, eine Theoriegruppe und ein antifaschistisches Bildungskollektiv untergliedert.

<sup>137</sup> „Antifa-Action am 1. Mai 06 in Leipzig“, Internetseite INDYMEDIA vom 1. April 2006.

## Marxistisch-Leninistische Bestrebungen

### DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)

|   |   |
|---|---|
| <b>Gründung:</b>                            | 1968  |
| <b>Sitz:</b>                                | Essen   |
| <b>Neben-organisationen:</b>                | SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITER-JUGEND (SDAJ)  |
| <b>Organisationen im Freistaat Sachsen:</b> | Landesorganisation Sachsen, Gruppen in: Döbeln, Dresden, Erzgebirge/Vogtland, Hoyerswerda/Lausitz, Leipzig, Zwickau |
| <b>Mitglieder 2005</b>                      |   |
| bundesweit:                                 | weniger als 4.500   |
| Sachsen:                                    | ca. 40  |
| <b>Mitglieder 2006</b>                      |   |
| bundesweit:                                 | weniger als 4.500   |
| Sachsen:                                    | ca. 40  |
| <b>Publikationen:</b>                       | UNSERE ZEIT (UZ), MARXISTISCHE BLÄTTER  |
| <b>Präsenz im Internet:</b>                 | mit einer eigenen Homepage vertreten  |
| <b>Kennzeichen:</b>                         |                                  |

Die DKP besteht seit 1968. Der in Essen gegründeten Partei gehörten vor der Wiedervereinigung in den alten Bundesländern bis zu 40.000 Mitglieder an. Der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa löste einen starken Mitgliederrückgang aus. Seit dieser Zeit stagnieren die Mitgliederzahlen. Dem Bemühen der Partei, Strukturen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu etablieren, ist bislang kein wesentlicher Durchbruch gelungen. In Sachsen gingen Aktivitäten von den Gruppen in Dresden, Erzgebirge/Vogtland, Hoyerswerda/Lausitz und Leipzig aus.

## Politische Zielsetzung

Auf Grundlage der so genannten „wissenschaftlichen“ Theorien von Marx, Engels und Lenin strebt die DKP nach der Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Ziel ist die Schaffung einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft, mit dem Sozialismus als Übergangsperiode. Die DKP sieht sich dabei in der Rolle der revolutionären Partei, welche die Aktionseinheit der Arbeiterklasse herstellt. Grundlage für die Umgestaltung ist der Bruch mit den bestehenden, als „kapitalistisch“ bezeichneten, Eigentums- und Machtverhältnissen.<sup>138</sup>

## Aktuelle Entwicklungen und Aktivitäten

Die DKP verabschiedete am 8. April auf dem 17. Parteitag in Duisburg nach über zehnjähriger Diskussion ihr neues Parteiprogramm. Es wurde mit deutlicher Mehrheit angenommen. Auch die drei sächsischen Delegierten stimmten dem Programm zu. Das neue Programm ersetzt nunmehr das alte „Mannheimer Programm“ aus dem Jahr 1978.

Das neue Programm setzt in den politischen Grundpositionen der DKP neue Akzente. So wird in der Frage, auf welchem Weg die bestehende Gesellschaftsordnung überwunden werden soll, eine grundlegend andere Position vertreten als früher. Während sich die Partei im alten Mannheimer Programm hierzu verhalten positionierte und auf eine Umgestaltung mittels „demokratischer Prinzipien und Rechte“ setzte, spricht sie nunmehr eine deutlichere Sprache: Die DKP orientiert auf einen „revolutionären Weg“, der mit „revolutionärem Kampf“ verbunden sei.<sup>139</sup> Reformen werden abgelehnt.

Um in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, beteiligte sich die DKP-Gruppe Hoyerswerda/Lausitz in Hoyerswerda und Weißwasser mit Informationsständen an den traditionellen Feierlichkeiten zum 1. Mai und 1. September (Weltfriedenstag).


Zudem setzte sich der Trend, dass Regionalgruppen der DKP eine eigene Mitgliederzeitung herausgeben, im Berichtsjahr fort. So gaben die DKP-Gruppe Leipzig und die DKP-Gruppe Erzgebirge/Vogtland je eine weitere Ausgabe ihrer Mitgliederzeitschriften heraus. Unter dem Titel ROTE LAUSITZ veröffentlichte überdies die DKP-Gruppe Hoyerswerda/Lausitz die erste Ausgabe ihrer Mitgliederzeitung. Sie wurde erstmals am 1. September verteilt.

Trotzdem ist es der DKP in Sachsen nicht gelungen, ihre politische Meinung zu aktuellen Themen in der Öffentlichkeit publik zu machen oder neue Mitglieder zu gewinnen.

<sup>138</sup> Programm der DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI, beschlossen auf der 2. Tagung des 17. Parteitages am 8. April 2006 in Duisburg.

<sup>139</sup> Ebenda S. 29.

## KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS (KPF DER PDS)<sup>140</sup>

|   |   |
|---|---|
| <b>Gründung:</b>                          | Dezember 1989   |
| <b>Sitz:</b>                              | Berlin  |
| <b>Organisation im Freistaat Sachsen:</b> | Landesverband, Regionalgruppen in Chemnitz, Dresden und Leipzig                     |
| <b>Mitglieder 2005</b>                    |   |
| bundesweit:                               | etwa 1.000  |
| Sachsen:                                  | etwa 60   |
| <b>Mitglieder 2006</b>                    |   |
| bundesweit:                               | etwa 1.000  |
| Sachsen:                                  | etwa 60   |
| <b>Publikation:</b>                       | MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS                      |
| <b>Präsenz im Internet:</b>               | Vorstellung der KPF auf der Homepage der „Linkspartei.PDS“                          |
| <b>Kennzeichen:</b>                       |  |

Nach dem Parteistatut der „Linkspartei.PDS“<sup>141</sup> können sich in der Partei Zusammenschlüsse unterschiedlicher politisch-ideologischer als auch themenorientierter Ausrichtung bilden. Diese haben das Recht, sich auf allen Ebenen der Parteigliederung unmittelbar in den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess einzubringen.<sup>142</sup>

Bei einigen dieser Zusammenschlüsse ergeben sich tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass sie Ziele verfolgen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.

Dabei handelt es sich insbesondere um die KPF. Der sächsische Landesverband der KPF verfügt über Strukturen in den Großstädten Chemnitz, Dresden und Leipzig.

## Politische Zielsetzung

Die KPF verkörpert innerhalb der „Linkspartei.PDS“ eine linksextremistische Strömung mit marxistisch-leninistischer Weltanschauung. Die freiheitliche demokratische Grundordnung wird von ihr unmissverständlich abgelehnt. Angestrebt wird der Sozialismus.<sup>143</sup> Zur eigenen kommunistischen Positionsbestimmung wird auf den historisch und politisch gescheiterten Versuch, in der DDR ein kommunistisch-autoritäres Staatsmodell zu begründen, positiv Bezug genommen.

Die KPF ist weiterhin bemüht, auf die Programmdebatte der „Linkspartei.PDS“ gestaltend Einfluss zu nehmen und das Verhältnis der Partei gegenüber Formen der politischen Mitgestaltung im demokratischen Gemeinwesen inhaltlich mitzubestimmen.

## Aktivitäten

Wie bereits im vergangenen Jahr angekündigt, beabsichtigt die KPF, sich in den Fusionsprozess zwischen „Linkspartei.PDS“ und der Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative“ (WASG) einzubringen.<sup>144</sup>

Bei der am 1. Oktober 2006 in Berlin durchgeführten 1. Tagung der 13. Bundeskonferenz der KPF wurde diese Thematik aufgegriffen. Da ein solcher Parteineubildungsprozess mit einem neuen Parteiprogramm und Statut einhergeht, fürchtet die KPF erneut um ihr weiteres Verbleiben innerhalb der Partei. Die KPF geht davon aus, dass ihr ablehnend gegenüberstehende Kräfte innerhalb der Partei einen neuen Versuch unternehmen, dem Zusammenschluss seine statutenmäßigen Rechte zu nehmen.

Auch der Entwurf der „Programmatischen Eckpunkte auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ wurde durch die KPF kritisiert. Ein Mitglied des Bundeskoordinierungsrates der KPF beklagte, dass „wesentliche Grundsätze linker Politik“ aufgekündigt seien. Beispielsweise werden der „Sozialismus“ nicht mehr als Ziel der Partei genannt und es fehle das klare „Bekenntnis zum öffentlichen Eigentum“. Offenbar soll es nicht nur bei der Kritik dieser programmatischen Aussagen bleiben. Es müsse verhindert werden, dass sich die in den „Eckpunkten“ dokumentierte Linie durchsetzt.<sup>145</sup>

<sup>140</sup> Durch die am 17. Juli 2005 erfolgte Umbenennung der PDS in „Die Linkspartei.PDS“ führt die KPF nunmehr den Namen KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS.

<sup>141</sup> Die „Linkspartei.PDS“ ist in ihrer Gesamtheit kein Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen.

<sup>142</sup> Statut der PDS. Beschlossen von der 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS; bestätigt durch die Urabstimmung vom 19. August bis 20. September 1991; verändert durch die 1. Tagung des 5. Parteitages der PDS, 17. bis 19. Januar 1997, S. 34.

<sup>143</sup> KPF DER PDS DRESDEN: „Was will die Kommunistische Plattform der PDS?“ vom April 2005. Veröffentlichung im Internet.

<sup>144</sup> „Linkspartei.PDS“ und WASG gehören nicht zu den Beobachtungsobjekten des LfV Sachsen.

<sup>145</sup> MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS, 11/2006, S. 11 f.

## Trotzkismus

Trotzkisten berufen sich auf die Ideologie von Leo Trotzki<sup>146</sup>, einem maßgeblichen Akteur der russischen Oktoberrevolution von 1917. Wesentlicher Bestandteil des Trotzkismus ist die Theorie der „permanenten Revolution“. Demnach dürfe sich eine Revolution nicht nur im nationalen Rahmen abspielen, sondern müsse auch im internationalen Maßstab vollzogen werden. Dieser gewaltsame Prozess ende letztlich mit der Errichtung der „Diktatur des Proletariats“. Das Konzept trotzkistischer Gruppen orientiert sich darüber hinaus auch an den Ideen anderer orthodox-kommunistischer Vordenker wie Marx, Engels und Lenin.

Charakteristisch für trotzkistische Bewegungen ist die von ihnen zeitweise angewendete Taktik des Entzismus. Darunter wird die Unterwanderung meist sozialdemokratischer Parteien und gewerkschaftlicher Organisationen verstanden. Kader der unterwanderten Organisation bzw. Partei sollen aus dieser ideologisch herausgelöst und für die Stärkung der eigenen trotzkistischen Gruppe gewonnen werden. Ein Beispiel dafür sind die Versuche, Einfluss auf die Partei „Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative“ (WASG)<sup>147</sup> zu erlangen.<sup>148</sup>

In Deutschland sind 20 internationale trotzkistische Dachverbände mit 28 Sektionen oder Resonanzgruppen aktiv. Derzeit gehören der trotzkistischen Bewe-

gung bundesweit etwa 1.800 und in Sachsen etwa 20 Mitglieder an.



Die Mehrzahl der Gruppen in Sachsen entwickelte auf Grund ihrer geringen Anhängerzahlen und Ressourcen in der Vergangenheit nur verhaltene Aktivitäten. Zu den im Jahr 2006 in Sachsen aktiven trotzkistischen Gruppierungen zählt vor allem die SOZIALISTISCHE ARBEITERGRUPPE (SAG), deutsche Sektion des in London ansässigen internationalen Dachverbandes INTERNATIONAL SOCIALISTS TENDENCY (IST), der einen wesentlichen inhaltlichen Einfluss auf die ihm angeschlossenen Gruppierungen ausübt. Die als LINKSRUCK-NETZWERK auftretende SAG ist in Sachsen mit einer Ortsgruppe in Chemnitz vertreten. Bundesweit verfügt sie über etwa 320 Mitglieder. Die Gruppierung nutzte verschiedene politische Themenfelder, um sich öffentlich zu profilieren. Im Jahr 2005 waren Aktivitäten (z. B. Infostände) gegen die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) zu verzeichnen. Im Berichtsjahr führte das LINKSRUCK-NETZWERK am 17. Juni in Chemnitz einen Infostand im Zusammenhang mit dem Besuch des amerikanischen Präsidenten im Juli in Deutschland durch. Darüber hinaus legte die Gruppierung den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten im Berichtsjahr auf den Kampf gegen „Sozialabbau“.

## Linksextremistische Publikationen und solche, in denen Linksextremisten publizieren<sup>149</sup>

Im Freistaat Sachsen herausgegebene Publikationen sind **fett** gedruckt.

| Publikation                                 | Herausgeber/<br>Verantwortlicher                                   | erscheint       | Auflage                            | abrufbar<br>im Internet |
|---|--|-----------------|------------------------------------|-------------------------|
| <b>CEE IEH – DER CONNE ISLAND NEWSFLYER</b> | „Conne Island“   | monatlich       | <b>ca. 1.000<br/>(Eigenangabe)</b> | ja                      |
| DIE ROTE FAHNE                              | Zentralkomitee der<br>KOMMUNISTISCHEN PARTEI<br>DEUTSCHLANDS (KPD) | monatlich       | ca. 1.000                          | ja                      |
| DIE ROTE HILFE                              | Bundeschvorstand der<br>ROTEN HILFE e. V.                          | vierteljährlich | ca. 5.000                          | teilweise               |

<sup>146</sup> Pseudonym für Leo Davidowitsch Bronstein (1879-1940).

<sup>147</sup> Kein Beobachtungsobjekt des LfV Sachsen.

<sup>148</sup> Siehe LINKSRUCK Nr. 221 vom 19. Juli 2006, S. 10; LINKSRUCK Notizen vom 16. Januar 2006.

<sup>149</sup> Die Auswahl enthält die aus Sicht des LfV Sachsen für die bundesweite und sächsische Szene bedeutendsten Publikationen.



| Publikation   | Herausgeber/<br>Verantwortlicher  | erscheint                       | Auflage                                   | abrufbar<br>im Internet |
|---|---|---------------------------------|---|-------------------------|
| DIREKTE AKTION  | FREIE ARBEITERINNEN<br>UND ARBEITER UNION –<br>INTERNATIONALE<br>ARBEITER ASSOZIATION<br>(FAU/IAA)    | alle zwei<br>Monate             | 3.000<br>(Eigen-<br>angabe)               | nein                    |
| GEGENSTANDPUNKT   | GEGENSTANDPUNKT<br>Verlags GmbH München   | vierteljährlich                 | ca. 7.000                                 | Inhalts-<br>angabe      |
| GRASWURZELREVO-<br>LUTION – FÜR EINE<br>GEWALTFREIE,<br>HERRSCHAFTSLOSE<br>GESELLSCHAFT | GRASWURZELREVOLUTION<br>e. V.   | zehn Ausgaben<br>im Jahr        | ca. 4.000                                 | ja                      |
| <b>INCIPITO<sup>150</sup></b>   | <b>autonome Szene Leipzig</b>   | <b>eine Ausgabe<br/>in 2006</b> | <b>unbekannt</b>                          | <b>nicht mehr</b>       |
| INTERIM   | INTERIM e.V.  | alle zwei<br>Wochen             | unbekannt                                 | teilweise               |
| JUNGE WELT  | Linke Presse Verlags-,<br>Förderungs- und Beteili-<br>gungsgesellschaft JUNGE<br>WELT e. G.           | werktätlich                     | Mo-Fr:<br>ca. 18.000<br>Sa:<br>ca. 21.000 | ja                      |
| LINKSRUCK – SOZIALIS-<br>TISCHE ZEITUNG   | LINKSRUCK, Berlin   | alle zwei<br>Wochen             | ca. 3.500                                 | teilweise               |
| MARXISTISCHES FORUM   | MARXISTISCHES FORUM (MF)  | unregelmäßig                    | ca. 1.000                                 | nein                    |
| MITTEILUNGEN DER<br>KOMMUNISTISCHEN<br>PLATTFORM DER LINKS-<br>PARTEI.PDS               | Bundeskoordinierungsrat<br>der KOMMUNISTISCHEN<br>PLATTFORM DER LINKS-<br>PARTEI.PDS<br>(KPF DER PDS) | monatlich                       | 1.450<br>(Eigen-<br>angabe)               | ja                      |
| <b>PHASE 2</b>  | <b>Kulturprojekt<br/>PLAGWITZ e. V., Leipzig</b>  | <b>vierteljährlich</b>          | <b>ca. 3.500</b>                          | <b>ja</b>               |
| REBELL – JUGEND-<br>MAGAZIN DES JUGEND-<br>VERBANDES REBELL                             | Jugendverband der MAR-<br>XISTISCH-LENINISTISCHEN<br>PARTEI DEUTSCHLANDS<br>(MLPD)                    | alle zwei<br>Monate             | unbekannt                                 | nein                    |
| ROTE FAHNE  | MARXISTISCH-LENINIS-<br>TISCHE PARTEI DEUTSCH-<br>LANDS (MLPD)  | wöchentlich                     | ca. 7.500                                 | ja                      |
| ROTFUCHS  | ROTFUCHS-Förderverein<br>e. V.  | monatlich                       | unbekannt                                 | ja                      |
| SOLIDARITÄT – SOZIA-<br>LISTISCHE ZEITUNG   | SOZIALISTISCHE ALTER-<br>NATIVE VORAN (SAV)   | monatlich                       | ca. 3.000                                 | ja                      |
| UNSERE ZEIT   | Parteivorstand der DEUT-<br>SCHEN KOMMUNISTISCHEN<br>PARTEI (DKP)                                     | wöchentlich                     | ca. 7.500                                 | ja                      |

<sup>150</sup> Die Redaktion der INCIPITO gab im Internet ihre Auflösung zum 16. Oktober 2006 bekannt.

# Ausländerextremismus

## Überblick über verfassungsfeindliche Zielsetzungen der ausländerextremistischen Bestrebungen

Gruppierungen von Ausländern werden als extremistisch beurteilt, wenn

- sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und ihre Wesensmerkmale gerichtet sind; so haben viele Gruppierungen nicht nur das Ziel, die in den jeweiligen Herkunftsländern herrschende Gesellschaftsordnung, sondern auch darüber hinaus z. B. unsere hier geltende demokratische Grundordnung abzuschaffen und sie durch eine zu ersetzen, die der Ideologie der jeweiligen extremistischen Organisation entspricht,
- sie auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gefährden,
- sie sich mit ihren Äußerungen und Aktivitäten gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker, richten.<sup>151</sup>

Im Einzelnen lassen sich ausländerextremistische Bestrebungen untergliedern in:

- islamisch-extremistische (d. h. islamistische),
- linksextremistisch-separatistische,
- extrem nationalistische.

Islamistische Organisationen beabsichtigen, die bestehende Gesellschaftsordnung durch ein auf Koran (heilige Schrift des Islam) und Scharia (islamisches Rechts- und Wertesystem) basierendes Gesellschaftssystem zu ersetzen. Nach ihrer Ansicht regelt der Islam alle Lebensbereiche einer Gesellschaft. Insofern könne auch alle staatliche Herrschaft nicht dem menschlichen Willen entspringen, sondern gehe einzig von Gott (Allah) aus. Eine Trennung von Staat und Religion

widerspricht daher ihrer Auffassung von einer Staats- und Gesellschaftsordnung und wird als unislamisch verurteilt und unter Umständen auch aktiv bekämpft. Grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, wie das Prinzip der Volkssouveränität, das Mehrparteienprinzip und das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition, lehnen Islamisten überdies ab, sofern sie nicht mit den jeweiligen islamistischen Überzeugungen in Einklang gebracht werden können.

Linksextremistische Ausländergruppierungen streben nach der revolutionären Zerschlagung der jeweiligen Staatsordnung in ihren Herkunftsländern die Errichtung eines sozialistischen bzw. kommunistischen Systems an. Einige dieser Gruppierungen verfolgen aber auch ethnisch motivierte Unabhängigkeitsbestrebungen.

Extrem nationalistische Ausländerorganisationen vertreten ein übersteigertes Nationalbewusstsein, das anderen Nationen oder Personen anderer Nationalität die Gleichwertigkeit abspricht.

Den meisten ausländerextremistischen Gruppierungen dient die Bundesrepublik Deutschland vorwiegend als Ruhe- und Rückzugsgebiet. Mit ihren Aktivitäten im Bundesgebiet reagieren sie vor allem auf politische Vorgänge in den Herkunftsländern. Außerdem haben sie sich hier Möglichkeiten erschlossen, zur Unterstützung des Kampfes in der Heimat u. a. finanzielle Mittel zu beschaffen.

Eine Sonderstellung nehmen gewaltbereite Islamisten ein. Sie nutzen ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland – z. B. in Form von lokalen Zellen oder losen Personenzusammenschlüssen – auch, um u. a. terroristische Anschläge vorzubereiten bzw. unterstützend tätig zu sein. Die Ausführung terroristischer Anschläge in Deutschland muss insofern weiterhin einkalkuliert werden.

## Überblick in Zahlen<sup>152</sup>

Lediglich rund 0,5 % der im Freistaat Sachsen ansässigen Ausländer gehören extremistischen Gruppierungen an. Ihr Anteil am bundesweiten ausländerextremistischen Personenpotenzial beträgt weniger als 1 %. Ursache dafür ist der in den neuen Bundesländern prozentual geringere Ausländeranteil. Während der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung an der Gesamtbevölkerung in Sachsen etwa bei 3 % liegt, beträgt er im bundesdeutschen Durchschnitt etwa 9 %.

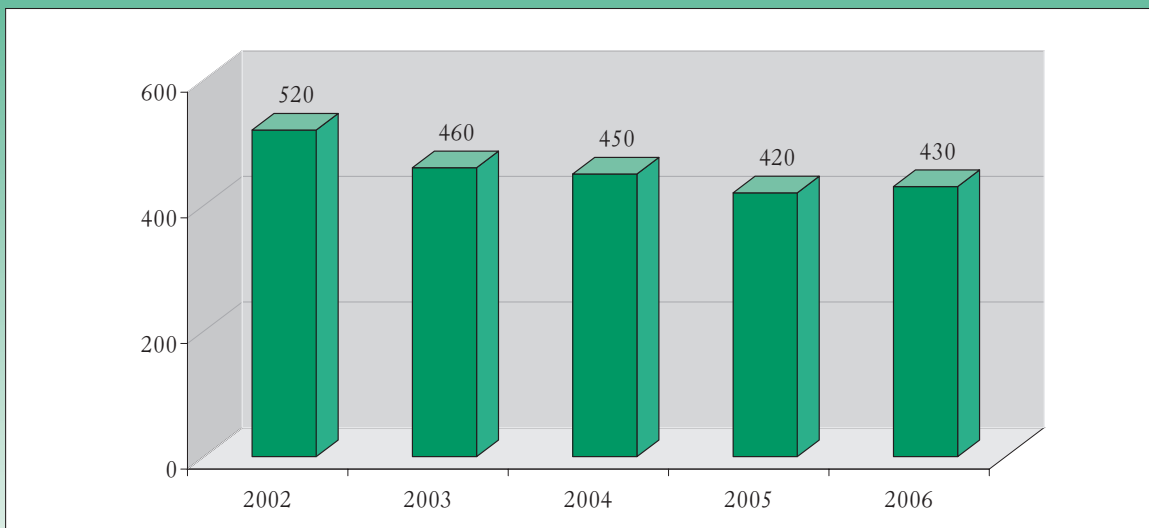
Im Jahr 2006 wurden in Sachsen etwa 430 Personen ausländerextremistischen Organisationen zugerechnet. Knapp 90 % davon gehören dem linksextremistischen Spektrum, vorwiegend dem KURDISCHEN VOLKSKONGRESS – KONGRA GEL (ehemals PKK)<sup>154</sup>, aber auch iranischen Organisationen an. Die restlichen rund 10 % sind dem islamistischen Spektrum zuzuordnen. Nur Einzelne unterstützen national-extremistische Organisationen.

Das Mobilisierungspotenzial einiger ausländerextremistischer Organisationen, wie KONGRA GEL, NATIONA-

### Ausländerextremisten in der Bundesrepublik Deutschland<sup>153</sup>



### Ausländerextremisten im Freistaat Sachsen



<sup>152</sup> Die Zahlenangaben sind z. T. geschätzt und gerundet. Es wird darauf hingewiesen, dass den Verfassungsschutzbehörden nicht zu allen in den Zahlenangaben erfassten Personen individuelle Erkenntnisse vorliegen. Dies folgt daraus, dass die Verfassungsschutzbehörden hauptsächlich einen Strukturbeobachtungsauftrag haben; umfassende personenbezogene Erkenntnisse zur gesamten Mitgliedschaft der beobachteten Organisationen sind dafür nicht erforderlich.

<sup>153</sup> Zahlenangaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

<sup>154</sup> Siehe Abschnitt „Kurdischer Extremismus“.

LER WIDERSTANDSRAT IRAN (NWRI) und ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN (API), kann jedoch die Anzahl der Mitglieder teils um das Mehrfache überschreiten. Dabei sind auch Anhänger und Sympathisanten aus den angrenzenden Bundesländern einzubeziehen.

## Entwicklungstendenzen im Ausländerextremismus

Im Freistaat Sachsen haben bislang nur die linksextremistischen Organisationen KONGRA GEL und API Strukturen aufgebaut. Einen relativ großen Einfluss auf iranische Asylbewerber in Sachsen besitzt der NWRI. Er kann zu überregionalen Großveranstaltungen teilweise mehrere Hundert Personen mobilisieren. Ausländerextremistische Organisationen mit islamistischem Hintergrund, sind im Freistaat Sachsen lediglich mit einzelnen Anhängern vertreten.

Die Mitglieder und Anhänger ausländerextremistischer Organisationen, vor allem aus dem linksextremistischen Spektrum, reagieren entsprechend den Vorgaben der jeweiligen Führungen auf aktuelle Ereignisse.

In den letzten Jahren wurden im Freistaat Sachsen keine gewalttätigen Ausschreitungen von Anhängern ausländerextremistischer Organisationen beobachtet. Beide zahlenmäßig am stärksten vertretenen extremistischen Ausländerorganisationen KONGRA GEL und NWRI sind bemüht, als Gesprächspartner auf politischer Ebene anerkannt zu werden. Daher ist auch künftig eher von gewaltlosen Aktionen auszugehen. Gleichwohl kann es anlassbezogen zu unkontrollierten Aktionen emotionalisierter Einzeltäter kommen.

Das Verhalten gewaltbereiter Islamisten ist in hohem Maße konspirativ und irrational, was eine Bekämpfung dieses Phänomens erheblich erschwert. Die Gefährdungslage – auch in Bezug auf terroristische Anschläge aus diesem Spektrum – ist für Deutschland und damit auch für Sachsen unverändert hoch und hat sich durch die geplanten, aber fehlgeschlagenen, Anschläge auf Regionalzüge der Deutschen Bahn im Sommer 2006 deutlich konkretisiert.

## Islamismus und Islamistischer Terrorismus

Der religiös motivierte islamistische Terrorismus konnte weltweit bisher noch nicht nachhaltig eingedämmt werden. Einzelne Anschläge wie etwa im April

im ägyptischen Dahab mit über 20 Toten bzw. aufgedeckte Anschlagplanungen wie die auf Flugzeuge in Großbritannien im August 2006 belegen deutlich die anhaltende Bedrohung aus diesem Phänomenbereich. In einigen Landesteilen Afghanistans scheinen die als zurückgedrängt geglaubten Taliban wieder zu erstarben. Deutsche Interessen wurden durch die Ermordung zweier Journalisten im Oktober 2006 bzw. durch mehrfach gezielte Angriffe auf die in Afghanistan stationierten (deutschen) Soldaten der Internationalen Schutztruppe ISAF berührt und gefährdet.

Die Sicherheitslage im Irak hat sich nicht verbessert. Vor allem interreligiöse Auseinandersetzungen gepaart mit einem gewaltsamen Auflehnen gegen nichtirakische Militärpräsenz im Land drehen weiter an der Gewaltspirale und fordern tagtäglich viele Opfer auch unter Zivilisten. Besondere Bedeutung kommt auch der Eskalation im Nahen Osten zu. Sie stellt einen zentralen Motivationsfaktor für islamistische Positionen und religiös motivierte Kämpfer dar.

Auf die Entführung zweier israelischer Soldaten durch die HIZB ALLAH im Juli 2006 reagierte Israel mit massiven Luftangriffen gegen deren vermeintliche Stellungen im Südlibanon und auf die libanesische Infrastruktur. Im Gegenzug schoss die HIZB ALLAH ihrerseits Raketen auf israelische Ziele ab. Aktion und Reaktion erzeugten auf beiden Seiten zahlreiche Opfer auch unter der Zivilbevölkerung. Die Sicherheitslage ist nach wie vor angespannt.

Opferzahlen und Ausmaß der Schäden auf libanesischer Seite führten zu einer enormen Emotionalisierung des Konfliktes und einer breitgefächerten Solidarisierung mit dem Libanon unter den Muslimen auch in Deutschland.

Die massive Gewalteskalation führte schließlich zur Stationierung einer internationalen Schutztruppe unter der Beteiligung Deutschlands.

## Lage in Deutschland

Deutschland steht auch weiterhin im Fokus militanter Islamisten. Während bisher meist von einer hohen abstrakten Gefährdung die Rede war, hat sich diese durch die fehlgeschlagenen Anschläge am 31. Juli 2006 auf Regionalzüge in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz konkretisiert.

## Anschlagsversuche auf Regionalzüge der Deutschen Bahn

In zwei Zügen der Deutschen Bahn wurden herrenlose Koffer festgestellt. In beiden Gepäckstücken befand sich explosives, grundsätzlich zündfähiges Material.

Lediglich Konstruktionsfehler führten dazu, dass die Sprengvorrichtungen nicht wie geplant detonierten. Die mutmaßlichen Attentäter sind libanesischer Herkunft. Als Motivationsfaktoren für ihre Tatabsichten gaben sie ein diffuses Gemisch aus Entsetzen über veröffentlichte Muhammad-Karikaturen und Trauer über den Tod von Abu Musab AL-ZARQAWI, dem Anführer der AL QAIDA im Irak an. AL-ZARQAWI war durch amerikanische Truppen im Irak getötet worden. Seine Terrororganisation zeichnet u. a. für die Verschleppung und Tötung ausländischer Geiseln, Anschläge auf ausländische Streitkräfte im Irak sowie auf die jordanische Infrastruktur verantwortlich.

Bisher konnte keine eindeutige Zuordnung der Terrorzelle zu einer bekannten Organisation erfolgen. Die Bedeutung einer solchen Zugehörigkeit scheint weiterhin zugunsten von heterogenen Netzwerken und losen Zellen bzw. Personenzusammenschlüssen zurückzugehen. Diese sind schwierig aufzuspüren, da die Personen in einem islamistischen Umfeld unter Umständen kaum in Erscheinung treten. Solche Kleinstgruppen bzw. Zellen zeichnen sich durch große Flexibilität und schnelle Anpassungsfähigkeit an aktuelle Rahmenbedingungen aus.

### **Muhammad-Karikaturen**

Anfang Februar 2006 waren in deutschen und französischen Zeitungen Karikaturen des islamischen Propheten und Religionsstifters Muhammad erschienen, die bereits im Jahr 2005 in einer dänischen Zeitung veröffentlicht worden waren.

Die damals in der islamischen Welt ausgelösten Proteste erfuhren nun eine weltweite Dynamik. Die Karikaturen wurden in Deutschland in islamischen Kreisen vielfach thematisiert und verurteilt. Es kam, wie am 4. Februar 2006 in Leipzig, mehrheitlich zu friedlichen Protestkundgebungen. In islamischen Ländern reichten die Aktionen von Demonstrationen über den Aufruf zum Boykott dänischer Produkte, die Verbrennung von Flaggen europäischer Staaten und Angriffe auf europäische Einrichtungen bis hin zu Bombendrohungen und Morddrohungen gegen die Zeichner der Bilder.

Islamisten nutzten die auffallenden Reaktionen in der islamischen Welt für ihre Zwecke aus. Sie wurden propagandistisch aufgearbeitet und über entsprechende Medienträger transportiert. So waren die Verunglimpfungen z. B. Gegenstand einer (vermutlich) von Usama BIN LADIN stammenden Audiobotschaft vom April 2006, in der er einen Rückzug sämtlicher ausländischer Truppen aus der islamischen Welt forderte. Die islamistische Propaganda strahlt dabei auch auf in Deutschland lebende Muslime aus und entfaltet hier ihre Wirkung.

### **Rede von Papst Benedikt XVI.**

Ähnliche Verärgerung in der islamischen Welt löste die Rede von Papst Benedikt XVI. am 12. September 2006 an der Regensburger Universität aus, als er Aussagen eines mittelalterlichen Textes des byzantinischen Kaisers Manuel II. Palaiologos über den Islam vortrug. In vielen deutschen muslimischen Gemeinden herrschte große Empörung. Vielfach wurde eine Entschuldigung des Papstes gefordert. In islamisch geprägten Ländern kam es teilweise sogar zu gewaltsamen Protesten z. B. gegen christliche Einrichtungen. In Somalia wurde eine italienische Ordensschwester in einem Krankenhaus erschossen. Auf einschlägigen islamistischen Internetseiten wurde zu Aktionen gegen den Papst aufgerufen. Die ägyptische MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB), Mutterorganisation vieler islamistischer Organisationen weltweit, rief dazu auf, Länder zu boykottieren, die die Beleidigung anderer Religionen zuließen.

### **Jihad-Aufruf der Muslimbruderschaft**

Am 3. August 2006 wurde auf der Internetseite des tunesischen Zweiges der MB, der AN-NAHDA (dt.: Bewegung der Erneuerung), ein kämpferischer Aufruf anlässlich der Lage im Libanon festgestellt. Darin erklärte das geistige Oberhaupt der Bewegung, Muhammad Mahdi AKIE, dass der kämpferische Islam gegenwärtig zurückkehre und dieser in der Lage sei, die Muslime zu mobilisieren und ihre Befreiung zu erreichen. Unmissverständlich rief er am Ende seiner Ausführungen zum Jihad auf: „Der Sieg wird nicht nur durch Armeen erreicht werden, sondern durch die Widerstandskämpfer, die an Gott glauben und als Märtyrer sterben wollen. Aus diesem Grund rufen wir dazu auf, die Jugendlichen in allen arabischen und islamischen Ländern auszubilden, die an dem Jihad teilnehmen wollen, damit sie Vorhut oder Reservisten der Armeen für die Befreiungsschlacht bilden.“<sup>155</sup>

Derartige Aussagen, Video- und Audiobotschaften islamistischer Meinungsführer, verbunden mit einer stark zunehmenden Bedeutung des Internets als Plattform für den Austausch islamistischer Positionen, spielen eine wichtige Rolle im Radikalisierungsprozess von Personen hin zu islamistischen Überzeugungen. Diese können unter Umständen in vermeintlich religiös motivierte Gewaltakte münden. Die Beobachtung legalistischer islamistischer Organisationen, also jener, die ihre Ziele mit friedlichen Mitteln zu erreichen versuchen, ist nach wie vor ein Schwerpunkt der Arbeit des Verfassungsschutzes in Deutschland, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich aus diesem Milieu heraus auch der Nährboden für gewaltbefürwortende Aktivitäten bildet.

<sup>155</sup> Übersetzung: Bundesamt für Verfassungsschutz.

## Lage im Freistaat Sachsen

Das Potenzial radikaler Islamisten bzw. Terroristen ist in Sachsen auf Grund der niedrigen Migrantenzahl sehr gering. Bisher sind keine festgefügtten Organisations- oder Netzwerkstrukturen bekannt geworden. Islamistischen Organisationen wie der ägyptischen MB und ihren verschiedenen Ablegern oder der palästinensischen HAMAS sowie der libanesischen HIZB ALLAH werden in Sachsen lediglich einzelne Personen zugerechnet.

Reisetätigkeiten und eine damit verbundene mögliche Netzwerkbildung einzelner Personen aus dem islamistischen Umfeld sind von besonderer Bedeutung bei der Beobachtung dieser Szene. Eine wichtige Rolle spielen weiterhin infolge ihrer Bedeutung für Radikalisierungsprozesse jene islamischen Einrichtungen in sächsischen Großstädten, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen bzw. extremistische Beeinflussungen bestehen.

## Kurdischer Extremismus

### VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KKG bzw. KONGRA GEL)

**Gründung:** Oktober 2003  
(im November 1978 als ARBEITERPARTEI KURDISTANS [PKK] gegründet, von April 2002 bis Oktober 2003 als FREIHEITS- UND DEMOKRATIEKONGRESS KURDISTANS [KADEK] firmierend)

**Sitz:** Nordirak

**Betätigungsverbot<sup>156</sup>:** 26. November 1993

**Organisation im Freistaat Sachsen:** Strukturen vorhanden

#### Mitglieder/Anhänger 2005

bundesweit: ca. 11.500  
Freistaat Sachsen: ca. 270

#### Mitglieder/Anhänger 2006

bundesweit: ca. 11.500  
Freistaat Sachsen: ca. 270

**Publikationen:** SERXWEBUN

**Präsenz im Internet:** mit einer eigenen Homepage vertreten

**Kennzeichen:**



Die PKK wurde 1978 gegründet und begann mit ihrem militärischen Arm, der VOLKSBEFREIUNGSARMEE KURDISTANS (ARGK), 1984 den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat. Angeführt von ihrem Mitbegründer Abdullah ÖCALAN entwickelte sie sich sowohl in der Türkei als auch in Europa zur anhängerstärksten und militantesten Kurdenorganisation. Erklärtes Ziel war zunächst die Gründung eines autonomen Kurdenstaates. Ende der 1990er Jahre rückte ÖCALAN von dieser Forderung ab. Seither strebt die Organisation nach kultureller Autonomie der Kurden in einer demokratischen Türkei.

<sup>156</sup> Das Betätigungsverbot bezieht sich auf die Bundesrepublik Deutschland und trifft nach der Umbenennung auch auf den KADEK und KONGRA GEL zu.

Abdullah ÖCALAN nimmt bis heute maßgeblichen Einfluss auf alle in der Organisation zu treffenden Entscheidungen und gilt für einen großen Teil der kurdischen Bevölkerung als Integrationsfigur, obwohl er seit 1999 wegen Hochverrats und tausendfachen Mordes eine lebenslange Haftstrafe verbüßt.

In der Bundesrepublik Deutschland leben etwa 500.000 Kurden. Sie stellen damit die größte Gruppe der Diaspora. Etwa 2 %, ca. 11.500 Personen, sind als Mitglieder oder Anhänger dem KONGRA GEL zuzurechnen.

Wegen terroristischer Anschläge auf türkische Bürger und Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland wurde die PKK 1993 mit einem Betätigungsverbot belegt. Jedoch beschränkte sich die Organisation erst seit 1996, nach einer Gewaltverzichtserklärung Abdullah ÖCALANs für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in der Öffentlichkeit auf politische Demonstrationen. Nach der Festnahme ÖCALANs im Februar 1999 kam es vorübergehend zu einem erneuten Aufflammen der Gewalt.

Die PKK steht seit Mai 2002 sowohl in den USA als auch in der Europäischen Union (EU) auf der Liste der terroristischen Organisationen. Um dieser Beurteilung zu entgehen, löste sie sich angeblich auf. Nachfolgeorganisationen sind der KADEK und der KONGRA GEL. Der Rat der EU sah beide Bezeichnungen lediglich als Aliasnamen an und setzte auch sie im April 2004 auf die Liste der terroristischen Organisationen. Ebenso erstreckt sich das in der Bundesrepublik Deutschland geltende Betätigungsverbot auf KADEK und KONGRA GEL.

Die Führungsebene der PKK in Deutschland wird als kriminelle Vereinigung verfolgt.<sup>157</sup> Grund ist die Fortsetzung der Aktivitäten des „Heimatbüros“<sup>158</sup> und der „Bestrafungsaktionen“ (Körperverletzungen, Bedrohungen, Freiheitsberaubungen) gegen Abweichler.

## Aktuelle Entwicklung

In Europa verfolgt der KONGRA GEL kontinuierlich seinen gewaltfreien Kurs mit dem Ziel, als politische

Vertretung für alle Kurden und Gesprächspartner für Politiker anerkannt zu werden.

In der Türkei kam es im Jahr 2006 zu einer neuen Welle von Terrorakten. Bei Bombenattentaten auf zivile Ziele und Touristikzentren gab es Tote und viele Verletzte. In Bekennerschreiben und Internetveröffentlichungen äußerten die FREIHEITSFALKEN KURDISTANS (TAK) ihre Absicht, mit den Anschlägen gegen die „faschistische türkische Regierung und deren menschenverachtende Politik“ zu protestieren.<sup>159</sup> „Die für das Schicksal von Abdullah ÖCALAN Verantwortlichen“ sollten getroffen werden.<sup>160</sup>

Im April 2006 erhielt eine Vielzahl von Zeitungsredaktionen in Westeuropa eine von den TAK unterzeichnete E-Mail. Darin werden in die Türkei reisende Touristen mit Gewalttätigkeiten bedroht. Auf Grund der „faschistischen Methoden“ mit denen der türkische Staat derzeit gegen die Kurden vorgehe, sehen die TAK die „größte Geldquelle dieses schmutzigen Krieges“, die Touristen, als Basisziel an.

Am 30. September 2006 erklärte die militärische Führung der Organisation einen einseitigen Waffenstillstand ab 1. Oktober 2006. Maßnahmen der Selbstverteidigung behalte man sich vor. Die Dauer des Waffenstillstandes hänge von dem Bemühen der türkischen Regierung um eine demokratische Lösung der Kurdenfrage in der Türkei ab. Seither sind keine Anschläge der TAK mehr bekannt geworden.

## Struktur in Europa

Für die Umsetzung der Vorgaben der Organisationsführung ist in Europa die KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA (CDK) zuständig. Sie steuert die zielgruppenorientierten Massenorganisationen<sup>161</sup> wie

- UNION DER FREIEN FRAUENVERBÄNDE (YJA),
- KOMALÊN CIWANAN AVRUPA – EUROPAORGANISATION<sup>162</sup>,
- KONFÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN EUROPA (KON-KURD)<sup>163</sup> mit Sitz in Brüssel.

Der KONGRA GEL verfügt über weitere Organisationseinheiten, deren Aktivitäten besonderer Geheimhal-

<sup>157</sup> Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs vom 21. Oktober 2004 im Rahmen des Revisionsverfahrens eines verurteilten PKK-Funktionärs.

<sup>158</sup> Siehe Abschnitt „Strukturen“.

<sup>159</sup> YENI ÖZGÜR POLITIKA vom 15. Februar 2006.

<sup>160</sup> Aus einer Veröffentlichung der TAK auf ihrer Internetseite im April 2006.

<sup>161</sup> Die Massenorganisationen sind rechtlich selbständige Gruppierungen, die nicht vom Betätigungsverbot betroffen sind. Sie sind bemüht, die personelle und organisatorische Verflechtung zum KONGRA GEL zu tarnen.

<sup>162</sup> Sinngemäß DACHVERBAND DER DEMOKRATISCHEN JUGENDVEREINIGUNGEN KURDISTANS. Er ging durch Umbenennung aus der BEWEGUNG DER FREIEN JUGEND KURDISTANS (TECAK) hervor. Quelle: YENI ÖZGÜR POLITIKA vom 24. Februar 2006, S. 5.

<sup>163</sup> KON-KURD ist der Dachverband für Föderationen in europäischen Staaten, unter dessen Führung die örtlichen, dem KONGRA GEL zuzurechnenden Vereine organisiert sind. In der Bundesrepublik Deutschland ist dies die FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. (YEK-KOM).

tung unterliegen. Dazu gehört das so genannte Heimatbüro<sup>164</sup>, das hauptsächlich für die Schleusung von Funktionären verantwortlich ist.

Die CDK hat ihre Einflussphären in der Bundesrepublik Deutschland streng hierarchisch in Serits<sup>165</sup> (auch Saha), Gebiete (Bölge) und – je nach zuzuordnender Anhängerzahl –, Teilgebiete (Alan) gegliedert. Die Mitglieder und Anhänger treffen sich in Vereinen, deren Dachverband die FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. (YEK-KOM) ist.

Dieser Aufbau gewährleistet, dass die Vorgaben und Anordnungen der Führungsspitze die Organisationsbasis erreichen. Er sichert ebenso die Finanzierung der Organisation. So fließen durch regelmäßige Jahrespendenkampagnen, Erhebung von Mitgliedsbeiträgen und Verkauf von Publikationen der Organisation jährlich mehrere Millionen Euro zu.

Der Freistaat Sachsen ist mit dem KONGRA GEL-Gebiet Sachsen annähernd identisch. Hier bestehen die Teilgebiete Leipzig, Dresden und Chemnitz. Derzeit sind drei Vereine bekannt, die Bezüge zum KONGRA GEL aufweisen:

- KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V.,
- KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN e. V. in Dresden,
- DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. in Zwickau.

## Aktivitäten

Mehrmals im Jahr gelingt es der Organisation mittels der YEK-KOM, mehrere zehntausend Personen aus der Bundesrepublik Deutschland und dem benachbarten



Newroz-Fest am 18. März 2006 in Frankfurt/Main

Foto: picture alliance

Ausland zu Großveranstaltungen zu mobilisieren. Anlässe sind traditionell der Jahrestag der Festnahme Abdullah ÖCALANs im Februar und das kurdische Neujahrsfest Newroz im März. Im September findet alljährlich ein kurdisches Kulturfestival statt.

Diese Großdemonstrationen haben vorwiegend kulturellen Charakter, die Funktionäre stets mit politischen Redebeiträgen als Agitationsplattform nutzen. Zusätzlich werden auch dezentrale Veranstaltungen organisiert, so u. a. die nachfolgenden.

Anlässlich des 7. Jahrestages der Festnahme Abdullah ÖCALANs fanden, neben einer zentralen Großdemonstration in Straßburg, dezentrale Veranstaltungen statt. So trafen sich am 11. Februar 2006 mehrere hundert Kurden aus Berlin, Dresden, Leipzig und Magdeburg in Berlin. Sie skandierten ÖCALAN-Parolen und trugen Plakate mit der Aufschrift „Wir verurteilen das internationale Komplott gegen ÖCALAN“ und „Freiheit für ÖCALAN“.

Über dezentrale Newroz-Veranstaltungen örtlicher kurdischer Vereine berichtete im März 2006 die YENI ÖZGÜR POLITIKA<sup>166</sup> unter der Überschrift „Das Newroz-Feuer ist noch nicht erloschen“. Es seien Fackelzüge und Feierstunden in diversen westeuropäischen Großstädten durchgeführt worden, an denen sich auch Mitglieder und Anhänger türkischer linksextremistischer Organisationen beteiligt hätten.

In diesem Zusammenhang wurde über den Zwickauer „Kurdisch-deutschen Freundschaftsverein“<sup>167</sup> berichtet. Dieser habe eine Newroz-Feier ausgerichtet, an der über 300 Personen, darunter ein Führungsmitglied der YEK-KOM, teilgenommen hätten.

Im August 2006 schloss der Verein KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V. für eine Woche das Vereinslokal und brachte an dessen Außenwand ein Transparent mit der Aufschrift „Wir protestieren gegen die Kriminalisierung und politische Verfolgung der Kurden in Deutschland!“ an.

Der Verein beteiligte sich damit an einer Aktion der YEK-KOM. Die Föderation hatte ihre Mitgliedsvereine aufgefordert, aus Protest gegen die Verhaftungen von Führungskadern des KONGRA GEL in den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland das Vereinsleben für eine Woche ruhen zu lassen.

Am 26. November 2006 beabsichtigte der Verein KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V., eine Saalveranstaltung durchzuführen. Angebliches Motto sei der Waffenstillstand in Kurdistan. Die zeitliche Nähe zur Wiederkehr

<sup>164</sup> Auch als ÜLKE-Büro bezeichnet.

<sup>165</sup> Serit Nord, Mitte und Süd. Die Grenzen der territorialen CDK-Einteilungen stimmen nicht exakt mit den politischen der Bundesrepublik Deutschland überein.

<sup>166</sup> Sprachrohr des KONGRA GEL. Ausgabe vom 23. März 2006, S. 1.

<sup>167</sup> Bezeichnung aus dem Originalartikel übernommen. Es handelt sich um den DEUTSCH-KURDISCHEN FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. in Zwickau.




des Gründungstages der PKK sowie der Text auf den Einladungen „Gründungsjahrestag der Partei soll/möge für die gesamte moderne Menschheit Glück bringend sein. Um den Weltfrieden zu erreichen, lasst uns um den Führer Apo<sup>168</sup> versammeln“ belegten den PKK-Bezug des Vorhabens, woraufhin die Veranstaltung vom Ordnungsamt der Stadt Leipzig verboten wurde.

Laut einer Veröffentlichung in der YENI ÖZGÜR POLITIKA<sup>169</sup> feierten am 16. Dezember 2006 in Halle/Saale (Sachsen-Anhalt) 350 Kurden den Jahrestag der Gründung der PKK. Unter den Teilnehmern dürften auch Personen aus Sachsen gewesen sein, da es sich offensichtlich um einen Ersatz für die ursprünglich am 26. November in Leipzig geplante Veranstaltung handelte.

## Iraner

### VOLKSMODJAHEDIN IRAN - ORGANISATION (MEK)<sup>170</sup>

|                       |   |
|-----------------------|---|
| <b>Gründung:</b>      | 1965 (im Iran)  |
| <b>Sitz:</b>          | chemals Bagdad  |
| <b>Leitung:</b>       | Massoud RADJAVI   |
| <b>Publikationen:</b> | u. a. MODJAHED<br>(Glaubenskämpfer)   |
| <b>Kennzeichen:</b>   |  |

### NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN (NWRI)

|                                 |   |
|---------------------------------|---|
| <b>Gründung:</b>                | 1981 (in Paris)<br>in Deutschland<br>vertreten seit 1994                              |
| <b>Sitz:</b>                    | Berlin  |
| <b>Leitung:</b>                 | Deutschland-<br>sprecherin:<br>Dr. Masoumeh<br>BOLOURCHI                              |
| <b>Mitglieder/Anhänger 2005</b> |   |
| bundesweit:                     | ca. 900   |
| Freistaat Sachsen:              | ca. 50  |
| <b>Mitglieder/Anhänger 2006</b> |   |
| bundesweit:                     | ca. 900   |
| Freistaat Sachsen:              | ca. 50  |
| <b>Publikationen:</b>           | MODJAHED,<br>LÖWE UND SONNE   |
| <b>Präsenz im Internet:</b>     | mit einer eigenen<br>Homepage vertreten   |
| <b>Kennzeichen:</b>             |  |

Die MEK ist eine revolutionär-marxistische Organisation. Sie verfolgt das Ziel, eine eigene Diktatur im Iran zu errichten. Ihre Struktur ist streng hierarchisch gegliedert und sektenähnlich.

Nicht zuletzt durch die finanzielle und militärische Unterstützung Saddam HUSSEINS hatte sich die

<sup>168</sup> „Apo“ ist der von seinen Anhängern verwendete Ehrenname für Abdullah ÖCALAN.

<sup>169</sup> Ausgabe vom 15. Dezember 2006, S. 12 und Ausgabe vom 19. Dezember 2006, S. 1/5.

<sup>170</sup> In Farsi: MODJAHEDIN-E-KHALGH (MEK).

MEK mit ihrem militärischen Arm, der NATIONALEN BEFREIUNGSMILITÄR (NLA), zur schlagkräftigsten und militantesten iranischen Oppositionsgruppe entwickelt.

Die USA und die Europäische Union nahmen die Organisation 2002 in die Liste der terroristischen Organisationen auf.

Als politischer Arm der MEK agiert weltweit der NWRI mit Maryam RADJAVI<sup>171</sup> an der Spitze. Er mobilisiert zu Protestaktionen, die sich gegen die iranische Regierung richten.

Nach offizieller Verlautbarung strebt der NWRI einen „demokratischen Wechsel“ im Iran unter der Führung Maryam RADJAVIs an. Hierfür fordert er internationale Unterstützung und die Streichung der MEK von den Listen der terroristischen Organisationen.

Außerdem ist der NWRI für die Beschaffung finanzieller Mittel verantwortlich. Er gründete Tarnvereine, die für angeblich mildtätige Zwecke systematisch und professionell Geldsammlungen durchführen. Seit 2004 sind örtliche Vereine mit der Bezeichnung MENSCHENRECHTSVEREIN FÜR IRANISCHE MIGRANTEN e. V. in Erscheinung getreten. Sie bezeichnen sich selbst als Anhänger des NWRI. Ihre Mitglieder sammeln Spendengelder und werben öffentlich für den NWRI.

Von den in Deutschland lebenden mehr als 100.000 iranischen Staatsangehörigen zählen weniger als ein Prozent zu den Anhängern des NWRI.

## Aktivitäten

Am 1. Juli 2006 führte der NWRI eine Großkundgebung in Paris durch. Daran nahmen nach offiziellen Angaben rund 8.000 Personen teil, darunter mehrere Hundert aus Sachsen. Die Organisatoren hatten zuvor massiv für die Teilnahme an der Kundgebung geworben, auch über den Kreis der Anhängerschaft des NWRI hinaus. Höhepunkt der Veranstaltung war eine Rede Maryam RADJAVIs, in der sie die Unterstützung der Ziele des NWRI und die Streichung der MEK von den Terrorlisten einforderte.

Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr im Freistaat Sachsen weder Großveranstaltungen noch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten verzeichnet.

## ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN (API)

|   |   |
|---|---|
| <b>Gründung:</b>                          | Herbst 1991                             |
| <b>Sitz:</b>                              | London                                  |
| <b>Leitung:</b>                           | Kourush MODARESI                        |
| <b>Organisation im Freistaat Sachsen:</b> | Strukturen vorhanden                    |
| <b>Mitglieder/Anhänger 2005</b>           |   |
| bundesweit:                               | ca. 250                                 |
| Freistaat Sachsen:                        | ca. 50                                  |
| <b>Mitglieder/Anhänger 2006</b>           |   |
| bundesweit:                               | ca. 250                                 |
| Freistaat Sachsen:                        | ca. 50                                  |
| <b>Publikationen:</b>                     | u. a. API-BRIEF,<br>INTERNATIONAL       |
| <b>Präsenz im Internet:</b>               | mit einer eigenen<br>Homepage vertreten |

Die API wurde im Herbst 1991 von Mansoor HEKMAT durch die Abspaltung von der KOMMUNISTISCHEN PARTEI IRANS (KPI) gegründet. HEKMAT war Chefideologe und Führer der Partei bis zu seinem Tod im Juli 2002.

Ziel der Organisation ist die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft, auch unter Anwendung von Gewalt.

Vermutlich ideologische Differenzen führten im August 2004 zur Abspaltung der Fraktion ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN – HEKMATIST (HEKMATIST). Sie sieht im Zusammengehen mit anderen oppositionellen Bewegungen die Möglichkeit zur Machtübernahme im Iran. Eine Außenwirkung der Spaltung war in Deutschland nicht zu verzeichnen.

In Westeuropa vertritt die INTERNATIONALE FÖDERATION IRANISCHER FLÜCHTLINGS- UND IMMIGRANTENRÄTE (IFIR) die Interessen der API. Sie organisiert öffentlichkeitswirksame Protestaktionen, um iranische Regierungsmitglieder im westlichen Ausland zu diskreditieren oder die deutsche Ausländerpolitik zu kritisieren. Bis 2001 kam es dabei auch zu militanten Ausschreitungen.

Die IFIR gründete in verschiedenen Städten eingetragene Vereine. Im Freistaat Sachsen existiert ein Verein in Leipzig. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren

kam es im Berichtszeitraum zu keinen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten. Eine geplante Demonstration anlässlich des FIFA-Fußball-Weltmeisterschaftsspiels Iran-Angola in Leipzig wurde kurzfristig abgesagt.

Die API verfügt über eine Jugendorganisation, die ORGANISATION DER JUNGEN KOMMUNISTEN (in Farsi: JAWANAN).

## Publikationen ausländerextremistischer Organisationen<sup>172</sup>

| Publikation (Deutsch)   | Herausgeber / Verantwortlicher                                  | erscheint                  | Auflage (geschätzt) |
|---|---|----------------------------|---------------------|
| AL-AHD (Die Verpflichtung)  | HIZB ALLAH  | wöchentlich <sup>173</sup> | unbekannt           |
| AL-ISLAM mit AL-ISLAM AKTUELL (Der Islam)   | MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB)   | sechsmal jährlich          | unbekannt           |
| AL JIHAD (Der heilige Krieg)  | HIZB AL DA'WA AL ISLAMIA (Da'Wa)                                | wöchentlich                | unbekannt           |
| AL-KHILAFÄ (Das Kalifat)  | HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMIA (HuT)                                 | monatlich                  | unbekannt           |
| AL-RIBAT (Das Band / Die Verbindung)  | ISLAMISCHE HEILSFRONT (FIS)                                     | wöchentlich                | unbekannt           |
| AL-WAIE (Das Bewusstsein)   | HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMIA (HuT)                                 | monatlich                  | unbekannt           |
| ATILIM (Der Vorstoß)  | MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (MLKP)          | wöchentlich                | unbekannt           |
| BEKLENNEN ASR-I SAADET (Das erwartete Jahrhundert der Glückseligkeit)                 | KALIFATSSTAAT (ICCB)  | wöchentlich                | unbekannt           |
| D.I.A. (Der Islam als Alternative)  | KALIFATSSTAAT (ICCB)  | unregelmäßig               | unbekannt           |
| EXPLIZIT  | HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMIA (HuT)                                 | unbekannt                  | unbekannt           |
| FURKAN (Die Rettung)  | FRONT DER ISLAMISCHEN KÄMPFER DES GROßEN OSTENS (IBDA-C)        | unregelmäßig               | unbekannt           |
| HALK ICIN DEVRIMCI DEMOKRASI (Revolutionäre Demokratie für das Volk)                  | MAOISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (MKP)                         | alle zwei Wochen           | unbekannt           |
| HILAFET (Das Kalifat)   | HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMIA (HuT)                                 | monatlich                  | unbekannt           |
| MILLI GÖRÜS & PERSPEKTIVE (Nationale Sicht und Perspektive)                           | ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS (IGMG)                      | monatlich                  | unbekannt           |
| MODJAHED (Glaubenskämpfer)  | VOLKSMODJAHEDIN IRAN-ORGANISATION (MEK)                         | wöchentlich                | unbekannt           |
| ÖZGÜR GELECEK YOLUNDA ISCI KÖYLÜ (Arbeiter und Bauern auf dem Weg der freien Zukunft) | TÜRKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI / MARXISTEN LENINISTEN (TKP/ML) | alle zwei Wochen           | unbekannt           |

<sup>172</sup> Die Auswahl enthält die aus Sicht des LfV Sachsen für die bundesweite und sächsische Szene bedeutendsten Publikationen.

<sup>173</sup> Nur im Libanon.

| <b>Publikation (Deutsch)</b>                             | <b>Herausgeber / Verantwortlicher</b>                    | <b>erscheint</b> | <b>Auflage<br/>(geschätzt)</b> |
|--|--|------------------|--------------------------------|
| RISALAT UL-IKHWAN<br>(Rundschreiben der<br>Bruderschaft) | MUSLIMBRUDERSCHAFT (MB)                                  | wöchentlich      | unbekannt                      |
| SERXWEBUN<br>(Unabhängigkeit)                            | VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KGK)                           | monatlich        | unbekannt                      |
| TATSACHEN  | FÖDERATION DER DEMOKRATISCHEN<br>ARBEITERVEREINE (DIDF)  | alle zwei Monate | unbekannt                      |
| VIDUTHALAI PULIGAL<br>(Auf dem Schlachtfeld)             | LIBERATION TIGERS OF TAMIL<br>EELAM (LTTE)               | alle zwei Wochen | unbekannt                      |
| YÜRÜYÜS<br>(Der Marsch)                                  | REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGS-<br>PARTEI/-FRONT (DHKP-C) | wöchentlich      | unbekannt                      |

## SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)

|                             |   |
|-----------------------------|---|
| <b>Gründung:</b>            | 1954 in den USA,<br>1970 erste Niederlassung<br>in Deutschland                      |
| <b>Gründer:</b>             | Lafayette Ronald<br>Hubbard (1911-1986)   |
| <b>Nachfolger:</b>          | David MISCAVIGE   |
| <b>Sitz:</b>                | Los Angeles/USA<br>(CHURCH OF SCIENTO-<br>LOGY INTERNATIONAL<br>[CSI])              |
| <b>Mitglieder 2005</b>      |   |
| bundesweit:                 | 5.000 bis 6.000 <sup>174</sup>  |
| Sachsen:                    | mehrere Dutzend   |
| <b>Mitglieder 2006</b>      |   |
| bundesweit:                 | 5.000 bis 6.000 <sup>175</sup>  |
| Sachsen:                    | mehrere Dutzend   |
| <b>Publikationen:</b>       | FREIHEIT<br>IMPACT<br>SOURCE u. a.  |
| <b>Präsenz im Internet:</b> | mit einer eigenen<br>Homepage vertreten<br>(mehrsprachig)                           |
| <b>Kennzeichen:</b>         |  |

Die SO versteht sich als Glaubensgemeinschaft. Einem Beschluss des Bundesarbeitsgerichts vom 23. März 1995<sup>176</sup> zufolge handelt es sich bei der SO in Deutschland jedoch nicht um eine Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes. Ihre Lehren dienen vielmehr nur als Vorwand für die Verfolgung wirtschaftlicher Ziele.

Die Grundlage der Lehren und die daraus resultierende Ideologie Hubbards sind in dem 1950 erschienenen Buch mit dem Titel DIANETIK zusammengefasst.

Das darin publizierte Verfahren strebt mit Hilfe von Psychotechniken die ideologische Umerziehung und Veränderung der Persönlichkeit von Menschen an.

Hierbei erhebt die Methode Anspruch auf den einzig legitimen Weg zur Rettung des einzelnen Menschen und der gesamten Gesellschaft.

Zur Erreichung der in diesem Zusammenhang propagierten „völligen geistigen Freiheit“ entwickelte Hubbard ein aufwändiges und kostenintensives Kurssystem.

Strukturen der SO wie u. a. so genannte „Missionen“, „Dianetik-Zentren“ und „Kirchen“ verbreiteten sich seither in zahlreichen Ländern der Welt.

Die SO verfügt über zahlreiche Neben- und Unterstrukturen, die sich mit den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen beschäftigen. Dazu gehören u. a. die Wirtschaftsorganisation WISE<sup>177</sup>, die ASSOCIATION FOR BETTER LIVING AND EDUCATION (ABLE)<sup>178</sup>, die KOMMISSION FÜR VERSTÖßE DER PSYCHIATRIE GEGEN MENSCHENRECHTE (KVPM)<sup>179</sup>, das ZENTRUM FÜR INDIVIDUELLES UND EFFEKTIVES LERNEN (ZIEL), zur Schülernachhilfe die APPLIED SCHOLASTICS (APS), zur Drogenrehabilitation die Organisation NARCONON und CRIMINON zur Rehabilitation von Straftätern.

Die Aufgaben- und Themenfelder der SO sind erkennbar vielschichtig und zielen auf nahezu alle Lebens- und Gesellschaftsbereiche. Vordergründiges Ziel ist immer, den Hilfesuchenden die scientologische Lehre zu vermitteln, um sie in der Folge als Mitglieder zu gewinnen.

Ihre Hauptaktivitäten hinsichtlich der Verbreitung der Ideologie in der Bundesrepublik Deutschland konzentriert die SO nach wie vor auf die Bundesländer, in denen sie über eine größere Mitgliederzahl verfügt und schon seit Jahrzehnten etabliert ist. Hierzu zählen insbesondere Bayern, Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg.

Im Freistaat Sachsen hat die SO nur wenige Dutzend Mitglieder. Organisationsstrukturen sind nicht bekannt.

### Tatsächliche Anhaltspunkte für politisch-extremistische Bestrebungen der SO

Im Jahr 1997 erhielten die Verfassungsschutzbehörden auf Grund eines Beschlusses der Innenministerkonferenz den Auftrag, die SO zu beobachten. Grundlage hierfür war die Feststellung, dass bei der SO tatsäch-

<sup>174</sup> Die SO gibt eine Mitgliederzahl von 30.000 an.

<sup>175</sup> Die SO gibt eine Mitgliederzahl von 30.000 an.

<sup>176</sup> Siehe „Neue Juristische Wochenschrift“ 1996, S. 143 ff (Az.: 5 AZB 21/94).

<sup>177</sup> Die Abkürzung WISE steht für WORLD INSTITUTE OF SCIENTOLOGY ENTERPRISES (sinngemäß übersetzt: Welt-Institut für Scientology Unternehmen)

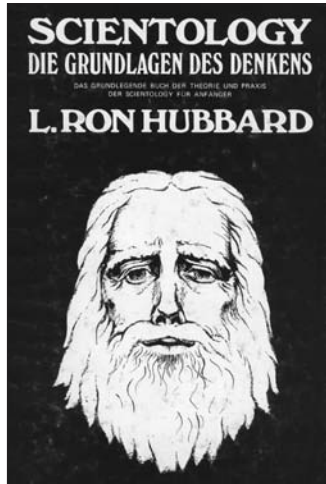
<sup>178</sup> Sinngemäß: VEREINIGUNG FÜR BESSERES LEBEN UND BILDUNG.

<sup>179</sup> Deren Ziel sei es, gegen angebliche Menschenrechtsverletzungen der modernen Psychiatrie vorzugehen.

liche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen. Die Anhaltspunkte finden sich im Wesentlichen in den von Hubbard verfassten Schriften, Regelwerken und Richtlinienbriefen, die bei der SO noch heute als absolut feststehend bzw. als eine eigene Gesetzgebung betrachtet werden.

In diesen Schriften finden sich zahlreiche und eindeutige Anhaltspunkte dafür, dass die SO eine scientologische Weltordnung errichten und dazu grundlegende Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates außer Kraft setzen will. In diesem Scientologischen Gesellschaftssystem werden nur denjenigen Rechte zuerkannt, die durch das „Auditing-Verfahren“ zu „geklärten“, d. h. zu nach der scientologischen Lehre geheilten („geklärten“) Menschen geworden sind.

„Wenn wir alle zusammen mit allen Organisationen unsere gemeinsame Kraft als eine Bemühung Schulter-an-Schulter ausübten, würden wir diesen Planeten einfach so, und nur mit dem, was wir wissen, übernehmen.“<sup>180</sup>



## Aktivitäten der SO im Freistaat Sachsen

Nicht nur die Mitgliederzahl, sondern auch die Aktivitäten der SO stagnieren in Sachsen.

Wie in den Vorjahren wurden auch im Jahr 2006 Zeitschriften und Werbematerialien an Behörden, sonstige öffentliche Einrichtungen und Privatpersonen versandt. Schwerpunktthemen in den Publikationen waren Sozialthemen wie Drogenmissbrauch und angebliche Missstände in der Psychiatrie. Diese Aktivitäten gingen ausschließlich von Organisationseinheiten außerhalb des Freistaates Sachsen aus.

Das Internet nutzt die SO weiterhin u. a. zur Selbstdarstellung der Organisation, zur Werbung neuer Mitglieder, zum Angebot eigener Ausbildungsstätten (Lernhilfeangebote) und Literatur, zur Präsentierung von Veranstaltungen und auch zur Auseinandersetzung mit Kritikern.

Von der SO Betroffene und Hilfesuchende können sich an das Landesamt für Verfassungsschutz wenden:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen,  
Arbeitsbereich „Scientology“,  
Neuländer Straße 60, 01129 Dresden  
Telefon: (0351) 85 85 0, Fax: (0351) 85 85 50 0  
e-mail-Adresse: [verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de](mailto:verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de)

# Spionageabwehr im Freistaat Sachsen

Die Spionageabwehr des sächsischen Verfassungsschutzes hat folgende Aufgaben:

- Aufklärung von Strukturen, Arbeitsmethoden und Zielsetzungen fremder Nachrichtendienste,
- Enttarnung von Agenten fremder Nachrichtendienste,
- Aufklärung und Verhinderung von nachrichtendienstlich gesteuerter oder auf nachrichtendienstliche Art und Weise betriebener Proliferation<sup>181</sup>,
- Aufklärung von Bemühungen fremder Nachrichtendienste, im Freistaat Sachsen lebende Gegner ihrer Regime zu verfolgen sowie
- Sensibilisierung potenzieller Zielpersonen und -einrichtungen als präventive Aufgabe.

Fremde Nachrichtendienste sind im Freistaat Sachsen nach wie vor aktiv. Gründe hierfür sind die politische und wirtschaftliche Brückenfunktion zwischen West- und Osteuropa sowie Asien, die wirtschaftliche Leistungskraft und die wissenschaftlich-technischen Ressourcen Sachsens. Zu den Schwerpunkten der Spionage gehören neben der Politik und dem Militär auch die Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Im Mittelpunkt ausländischer Spionageaktivitäten stehen also Organisationen, Behörden, mittelständische Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Die Palette der Auspählungsziele reicht von globalen Zielen im Bereich der Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik bis hin zu konkreten Produkten aus der Wirtschaft sowie von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen.

## Mittel und Methoden fremder Nachrichtendienste

Spionage umfasst in der Regel die Beschaffung, Auswertung und Analyse von Informationen. Dies können allgemein zugängliche Berichte aus den Medien oder aus Publikationen sein, aber auch Informationsangebote auf Messen, bei öffentlichen Ausstellungen und bei sonstigen Informationsveranstaltungen. Fremde Nachrichtendienste nutzen häufig die fehlende Sensibilität der Gesprächspartner durch eine gezielte methodische Gesprächsführung aus. So wird z. B. durch Vortäuschung fachlichen Interesses oder der Aussicht auf Anbahnung von Geschäftsbeziehungen Wissen abgefragt bzw. Informationsmaterial bis hin zu Modellen und Prototypen erlangt.

Eine derartige Vorgehensweise kann – abhängig von der Zielperson und ihren Zugängen zu Informationen – bis

zur Anwerbung als Agent fortgeführt werden. Als Gegenleistung für die Informationsbeschaffung werden einerseits Geld- oder Sachwerte angeboten. Andererseits kann eine Zielperson in eine kompromittierende Situation gebracht und damit erpresst werden.

Geführt werden Agenten durch die Zentralen der fremden Nachrichtendienste oder deren getarnte Stützpunkte. Die Agentenführung erfolgt traditionell im Operationsgebiet. Hierbei werden persönliche Treffen, die Übergabe von Nachrichten in getarnten Verstecken – so genannte „toten Briefkästen“ – sowie durch verschlüsselte Funksprüche bzw. Nachrichten via Internet und anderer elektronischer Kommunikationsmittel genutzt.

Die getarnten Stützpunkte fremder Nachrichtendienste befinden sich überwiegend in exterritorialen<sup>182</sup> Einrichtungen, z. B. an Botschaften, Konsulaten sowie Handelseinrichtungen. Sie werden als Legalresidenzen bezeichnet. Des Weiteren kommen für nachrichtendienstliche Zwecke Niederlassungen staatlicher oder halbstaatlicher Unternehmen, wie Reisebüros, Presseagenturen, Fluggesellschaften oder Import- und Exportfirmen in Betracht. So können auch geschäftliche Beziehungen einen nachrichtendienstlichen Hintergrund erhalten.

Die technische Entwicklung von Abhör-, Überwachungs-, Entschlüsselungs- und Auswertungstechniken sowie das Eindringen in Kommunikationssysteme einschließlich Computernetzwerke und deren Manipulation schreitet weiter voran. Die Abwehr derartiger technisch enorm hochentwickelter Angriffe stellt für die Betroffenen eine stetig größer werdende Herausforderung dar.

## Wirtschaftsspionage

Als Wirtschaftsspionage wird die staatlich gelenkte oder unterstützte, von fremden Nachrichtendiensten ausgehende oder mit nachrichtendienstlichen Mitteln langfristig betriebene Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen bezeichnet. Fremde Nachrichtendienste haben zuweilen den gesetzlichen Auftrag, die wirtschaftliche Entwicklung des eigenen Staates zu unterstützen<sup>183</sup>.

Im Gegensatz dazu fällt die für Betroffene kaum von der Wirtschaftsspionage zu unterscheidende Konkurrenz-, Industrie-, Werks- bzw. Wettbewerbsspionage,

<sup>181</sup> Als Proliferation wird die illegale Herstellung und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologie sowie Mitteln und Know-how zu deren Entwicklung und Herstellung bezeichnet.

<sup>182</sup> Unter Exterritorialität wird die Unverletzlichkeit und Unantastbarkeit bestimmter ausländischer Personen (z. B. Diplomaten) und Sachen (z. B. Botschaftsgebäude und diplomatische Fahrzeuge) im Gastland verstanden.

<sup>183</sup> Gemäß Artikel 5 des Gesetzes „Über die Auflandsaufklärung“ vom 10. Januar 1996 in der Fassung vom 7. November 2000 hat auch der Auslandsnachrichtendienst der Russischen Föderation diesen gesetzlichen Auftrag.

welche Unternehmen gegeneinander betreiben, nicht in die Zuständigkeit des Verfassungsschutzes.

Die öffentlich bekannt gewordenen Spionagevorfälle, die Sensibilisierung durch Sicherheitsbehörden und -verbände sowie die Hinweise auf die erheblichen, durch Wirtschaftsspionage verursachten wirtschaftlichen Schäden entfalten nur eine begrenzte Wirkung. Trotz der hohen Risiken sind Unternehmen auf Grund des starken Konkurrenzdrucks, hoher Patentierungskosten oder ihrer wirtschaftlichen Lage häufig gezwungen, auf effiziente Sicherheitsvorkehrungen zu verzichten und ihre Wirtschaftsbeziehungen zu dubiosen Unternehmen aufrecht zu erhalten.

Auch im Freistaat Sachsen ist das Sicherheitsbewusstsein noch nicht in allen Unternehmen in ausreichendem Maße vorhanden. Deshalb führt die Spionageabwehr des LfV Sachsen weiterhin Sensibilisierungsgespräche durch.

## Proliferation und Wissenstransfer

Bei proliferationsrelevanten Staaten<sup>184</sup> besteht im besonderen Maße die Gefahr, dass sie in Konfliktsituationen Massenvernichtungs-<sup>185</sup> und sonstige Kriegswaffen einsetzen oder deren möglichen Einsatz zumindest als politisches Druckmittel anwenden. Diesbezügliche Beschaffungsbemühungen fremder Nachrichtendienste müssen frühzeitig erkannt und unterbunden werden.

Für die Nachrichtendienste proliferationsrelevanter Staaten ist die Bundesrepublik Deutschland auf Grund ihrer politischen Bedeutung und Wirtschaftskraft sowie ihrer liberalen Ausländerpolitik ein interessantes Auspähungsziel. Die Beschaffung proliferationsrelevanter Produkte, Materialien und Technologien, aber auch das Know-how zum Bau von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen nimmt dabei einen beachtlichen Raum ein. Die Beschaffung erfolgt u. a. mit Hilfe staatlicher Tarnfirmen bzw. -organisationen, die in so genannte Beschaffungsnetze<sup>186</sup> eingebunden sind.

Kennzeichnend für proliferationsrelevante Exporte ist die Anwendung konspirativer nachrichtendienstlicher Methoden. Die nachrichtendienstlich oder anderweitig staatlich gelenkten Aktivitäten zielen darauf ab, den tatsächlichen Verwendungszweck der Güter bzw. deren Auftraggeber und Endverbraucher durch Exporte über Drittländer zu verschleiern.

<sup>184</sup> Zu den proliferationsrelevanten Staaten gehören vornehmlich Iran, Nord-Korea, Pakistan und Syrien.

<sup>185</sup> Nukleare, biologische oder chemische Massenvernichtungswaffen: Hiermit sind ABC-Waffen (atomare, biologische oder chemische) gemeint; auch der Begriff Massenvernichtungsmittel wird gebraucht.

<sup>186</sup> Beschaffungsnetze sind staatlich initiierte Strukturen (Firmen, Institutionen, Organisationen), die unter dem Deckmantel privatwirtschaftlicher Aktivitäten tatsächlich vom Empfängerland vorgeschriebene Ziele verfolgen.

<sup>187</sup> Siehe Kurzdarstellung der Exportkontrolle des BAFA im Internet: [www.bafa.de](http://www.bafa.de).



Broschüre der Verfassungsschutzbehörden

So genannte Dual-use-Güter und -Technologien stellen hierbei ein besonderes Problem dar. Der Begriff Dual-use-Güter (dt.: Güter mit doppeltem Verwendungszweck) steht für Güter einschließlich Datenverarbeitungsprogramme und Technologien, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke verwendet werden können. Sie sind deshalb hinsichtlich ihrer tatsächlichen Nutzung schwer kontrollierbar. Über eine mögliche Proliferationsrelevanz dieser grundsätzlich nicht genehmigungspflichtigen Produkte, Ersatzteile und Anlagen entscheiden Erkenntnisse über den tatsächlichen Einsatzzweck oder den Endverbraucher.

Die zunehmende Globalisierung verstärkt das Sicherheitsrisiko durch Proliferation. Die Bundesrepublik Deutschland wirkt der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen unter anderem entgegen, indem sie den wichtigsten internationalen Exportkontrollgremien angehört und zahlreiche Abkommen und Verträge zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen unterzeichnet hat. Die Exportkontrolle und -genehmigung von proliferationsrelevanten Gütern obliegt u. a. dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)<sup>187</sup> und dem Zollkriminalamt.



Doch nicht nur Exporte, sondern auch der Wissenstransfer unterliegt unter bestimmten Voraussetzungen einer Genehmigungspflicht<sup>188</sup>. Insbesondere durch den Einsatz von Gastwissenschaftlern, Studenten, Doktoranden und Praktikanten in Unternehmen, Forschungseinrichtungen, an Universitäten und Hochschulen im Rahmen der internationalen Kooperation sowie modernster Kommunikationsmöglichkeiten bestehen vielfältige Sicherheitsrisiken. Diese werden durch ein mangelndes Sicherheitsbewusstsein sowie das Sicherheitsaspekten entgegenstehende Anliegen der Freiheit von Wissenschaft und Lehre verstärkt. Hier besteht die Gefahr, dass fremde Nachrichtendienste Wissenschaftler als Agenten nutzen oder nach der Rückkehr vom Gastaufenthalt im Heimatland deren Wissen abschöpfen.

Auch bei im Freistaat Sachsen ansässigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen wurden proliferationsrelevante Beschaffungsbemühungen bekannt.

### Nachrichtendienste der Russischen Föderation

Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation gehören weiterhin zu den aktivsten der zahlreichen, in der Bundesrepublik Deutschland operierenden, fremden Nachrichtendiensten. Zu ihnen gehören

- der Föderale Schutzdienst (FSB),
- der zivile Auslandsaufklärungsdienst (SWR) und
- der militärische Nachrichtendienst (GRU).

Nach in den vergangenen Jahren erfolgten Umstrukturierungen und personellen Veränderungen nimmt der FSB mittlerweile fast den gesamten Aufgabenbereich des früheren KGB wahr. Daneben existiert zwischen den Diensten trotz Trennungsgebot eine enge Zusammenarbeit.

### Nachrichtendienste Chinas

Angesichts des Bewusstseins, über Jahrhunderte hinweg eine Großmacht gewesen zu sein, ist es heute Chinas erklärtes politisches Ziel, seine geschwundene politische, wirtschaftliche und militärische Macht im asiatischen Raum und weltweit wieder zu erlangen. Dazu wird unter anderem das Mittel der Spionage genutzt.

Über die Struktur chinesischer Nachrichtendienste liegen keine einheitlichen Erkenntnisse vor. Jedoch

kann von der Existenz von bis zu sieben Nachrichtendiensten ausgegangen werden. Zudem bestehen diverse, mit nachrichtendienstlichen Mitteln befähigte, Kommissionen, deren Bezeichnung häufig wechselt.

Der durch chinesische Nachrichtendienste angestrebte Technologie- und Know-how-Transfer stellt auch im Freistaat Sachsen eine Bedrohungslage dar. Oft halten sich chinesische Staatsbürger insbesondere auf Grund wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Kooperationen zwischen chinesischen und deutschen Einrichtungen zu Studien-, Praktika-, Schulungs- und Forschungszwecken im Freistaat Sachsen auf. Medienveröffentlichungen zufolge will China die Zahl chinesischer Studenten im Ausland weiter erhöhen. Das staatliche Interesse dürfte darin liegen, durch Rückkehrer Kompetenz ins Land zu holen und Kooperationen mit internationalen Universitäten zu etablieren. Bei den durch das LfV Sachsen erfolgten Befragungen chinesischer Gastwissenschaftler an einem sächsischen Forschungsinstitut konnten Kontakte zu chinesischen Nachrichtendiensten bzw. nachrichtendienstliche Hintergründe nicht zweifelsfrei ausgeräumt werden.

Chinesische Nachrichtendienste sind zudem in die Verfolgung von Regimegegnern sowie die Unterwanderung und Ausspähung der chinesischen Oppositions- und Demokratiebewegung involviert. Das „BÜRO 610“ dient der Bekämpfung der in China als staatsfeindlich eingestuft und verbotenen Falun-Gong-Bewegung. Auch im Freistaat Sachsen sind Ausspähungsversuche gegen Personen, die der Falun-Gong-Bewegung nahe stehen, sowie von Behörden hinsichtlich ihrer Haltung zur Falun-Gong-Bewegung bekannt geworden.

### Aktivitäten weiterer Nachrichtendienste

Fremde Nachrichtendienste aus dem Nahen und Fernen Osten operieren vor allem in den Bereichen Proliferation und Wissenstransfer. Sie bemühen sich um Kontakte zu sächsischen Unternehmen, um insbesondere in Besitz so genannter Dual-use-Güter zu gelangen. Weiterhin stellt die Ausforschung und Überwachung der im Freistaat Sachsen lebenden Landsleute, vor allem auch der Opposition, einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt dieser Nachrichtendienste dar. So werden Ausforschungen der allgemeinen Stimmungslage sowie Versuche der Einflussnahme auf deren politische Meinungsbildung registriert.

Für das Know-how deutscher Unternehmen interessieren sich jedoch auch Nachrichtendienste aus dem eu-

<sup>188</sup> Siehe Merkblatt des BAFA über eine Genehmigungspflicht bei Wissenstransfer.

ropäischen Ausland und Nordamerika. In Baden-Württemberg bestätigen wissenschaftliche Untersuchungen<sup>189</sup> nachrichtendienstliche Aktivitäten der USA, Kanadas, Frankreichs und Großbritanniens im Bereich der Wirtschaftsspionage. Vorfälle im Freistaat Sachsen sind jedoch bisher nicht bekannt geworden.

## Schutz vor Spionage

Durch die Spionagetätigkeit fremder Dienste entstehen der Bundesrepublik Deutschland hohe materielle und ideelle Schäden. Der Schutz der Bürger und Institutionen im Freistaat Sachsen vor Spionage ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Spionageabwehr des LfV Sachsen.

Unternehmen und Forschungseinrichtungen werden bei Sicherheitsgesprächen hinsichtlich Wirtschaftsspionage, Wissenstransfer und Proliferation sensibilisiert. Unter Mitwirkung des Bundesamtes für Wirtschaft und Technologie (BMWi) und des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit (SMWA) werden Unternehmen mit geheimhaltungsbedürftigen Aufträgen betreut. Dazu werden u. a. Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt und Anleitungen zum Schutz von Verschlusssachen gegeben.

Zusätzliche Informationen für die Exportwirtschaft werden vom BAFA<sup>190</sup> und vom BMWI in Form von Broschüren und Frühwarnschreiben verteilt. Im Internet sind weitere Sicherheitsempfehlungen u. a. der Arbeitsgemeinschaft für Sicherheit in der Wirtschaft e. V. (ASW)<sup>191</sup> sowie des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)<sup>192</sup> erhältlich.

## Kontaktaufnahme zur Spionageabwehr

Für das LfV Sachsen ist es im Hinblick auf eine effektive Arbeit als Frühwarnsystem hilfreich, wenn Betroffene oder Zeugen Hinweise auf das Tätigwerden fremder Nachrichtendienste oder fortwirkender Strukturen der Aufklärungs- und Abwehrdienste der Deutschen Demokratischen Republik geben. Alle Informationen werden auf Wunsch vertraulich behandelt. Für eine Offenbarung ist es niemals zu spät. Die Spionageabwehr des LfV Sachsen ist wie folgt erreichbar:

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, Abteilung 3  
Neuländer Straße 60, 01129 Dresden  
Telefon: (0351) 85 85 0  
Fax: (0351) 85 85 50 0  
verfassungsschutz@lfv.smi.sachsen.de

<sup>189</sup> Siehe auch: [www.sicherheitsforum-bw.de](http://www.sicherheitsforum-bw.de)

<sup>190</sup> Siehe: [www.bafa.de](http://www.bafa.de)

<sup>191</sup> Siehe: [www.asw-online.de](http://www.asw-online.de)

<sup>192</sup> Siehe: [www.bsi.de](http://www.bsi.de)

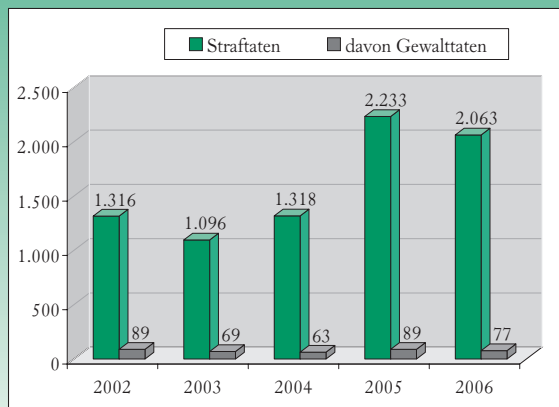
# Politisch motivierte Kriminalität und Straftaten mit extremistischem Hintergrund

## Politisch motivierte Kriminalität „rechts“ und Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Im Berichtsjahr wurden im Freistaat Sachsen im Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) „rechts“ 2.064 (2005: 2.254) Straftaten registriert. Davon wurden 2.063 (2005: 2.233) als rechtsextremistisch bewertet, darunter 77 (2005: 89) Gewaltdelikte.

Damit sank die Anzahl rechtsextremistischer Straftaten um ca. 8 % und die Anzahl rechtsextremistischer Gewaltdelikte um ca. 14 %.

### Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund



Mit 1.723 (2005: 1.907) Fällen bilden die Propagandadelikte den Hauptteil der Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund.

Der Anteil rechtsextremistischer Gewalttaten an der Gesamtzahl der rechtsextremistischen Straftaten betrug wie im Jahr 2005 ca. 4 %. Von den 77 rechtsextremistischen Gewaltdelikten sind 68 (2005: 65) Körperverletzungen. 18 (2005: 19) der Gewalttaten wurden aus fremdenfeindlicher Motivation begangen, darunter 15 Körperverletzungen (2005: 15).

Es wurden 149 (2005: 157) Straftaten mit volksverhetzendem Hintergrund registriert.

105 (2005: 106) Straftaten hatten einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Die Schwerpunkte liegen hierbei mit 56 Fällen (2005: 55) auf volksverhetzenden Straftaten sowie mit 18 Fällen (2005: 19) auf Propagandadelikten.

Weitere 70 (2005: 65) Delikte trugen antisemitischen Charakter. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Straftaten mit volksverhetzendem Hintergrund.

Im Zusammenhang mit Demonstrationen wurden 112 (2005: 62) rechtsextremistische Straftaten verübt, davon 69 (2005: 37) Propagandadelikte.

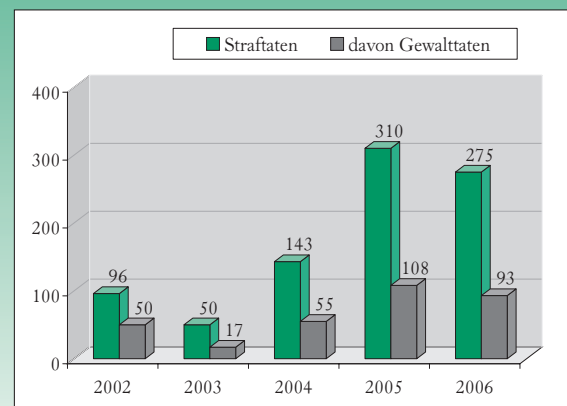
Regionaler Schwerpunkt der rechtsextremistischen Straftaten war im Berichtsjahr der Regierungsbezirk Dresden. Schwerpunkt der Gewaltdelikte mit rechtsextremistischem Hintergrund war die Stadt Dresden.

## Politisch motivierte Kriminalität „links“ und Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund

Im Berichtsjahr wurden im Freistaat Sachsen im Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) „links“ 307 (2005: 367) Straftaten registriert. Davon wurden 275 (2005: 310) als linksextremistisch bewertet, darunter 93 (2005: 108) Gewaltdelikte.

Damit sank die Anzahl der linksextremistischen Straftaten um ca. 11 % und die Anzahl der linksextremistischen Gewaltdelikte um ca. 14 %.

### Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund



Der Anteil der linksextremistischen Gewalttaten an den linksextremistischen Straftaten betrug im Berichtsjahr ca. 34 % (2005: ca. 35 %).

Der größte Teil der Straf- und Gewalttaten wurde im Phänomenbereich PMK links von Autonomen verübt. Ihre Taten waren dabei primär gegen den politischen Gegner und staatliche Institutionen gerichtet.

Von den 275 Straftaten stehen 168 im Zusammenhang mit Demonstrationen. Allein bei den Protesten gegen Demonstrationen von Neonationalsozialisten am

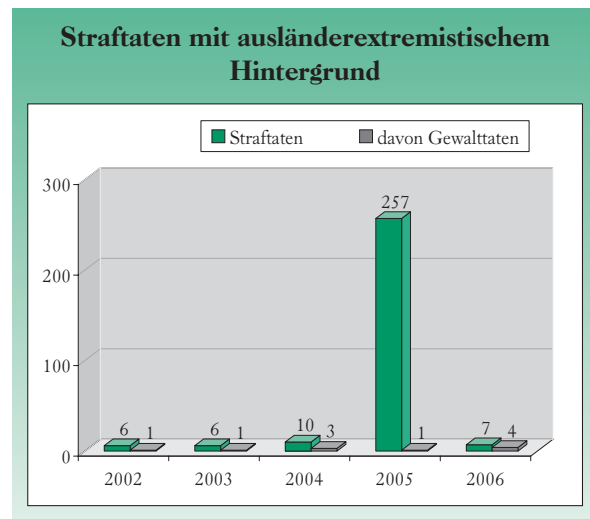
1. Mai und 3. Oktober in Leipzig wurden 123 linksextremistische Straftaten registriert.

In Dresden ist ein starker Rückgang der Aktivitäten der autonomen Szene anlässlich des 13. Februar feststellbar. Während im Jahr 2005 noch 27 linksextremistische Straftaten zu verzeichnen waren, wurden im Berichtsjahr 9 diesbezügliche Straftaten registriert.

Schwerpunkte der Straf- und Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund waren die Regierungsbezirke Dresden und Leipzig. Das Straftatenaufkommen bestätigt damit die Tatsache, dass sich in Dresden und Leipzig die autonomen Zentren im Freistaat Sachsen befinden.

### Politisch motivierte Kriminalität „Ausländer“ und Straftaten mit ausländerextremistischem Hintergrund

Im Berichtsjahr wurden im Freistaat Sachsen im Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) „Ausländer“ acht Straftaten festgestellt. Davon wurden sieben (2005: 257<sup>193</sup>) als extremistisch bewertet, darunter vier Gewaltdelikte (2005: eins).



Bei den Gewaltdelikten handelt es sich um eine räuberische Erpressung sowie um gefährliche Körperverletzungen. Die räuberische Erpressung steht im Zusammenhang mit der Beschaffung finanzieller Mittel für den VOLKSKONGRESS KURDISTANS (KONGRA GEL).

Alle sonst genannten Straftaten weisen keine eindeutigen Bezüge zu ausländerextremistischen oder -terroristischen Organisationen auf.

<sup>193</sup> Das vergleichsweise hohe Niveau im Jahr 2005 ist auf das Auffinden von Spendenlisten bei einer polizeilichen Durchsuchungsmaßnahme im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen einen Funktionär des KONGRA GEL zurückzuführen. Vgl. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2005, S. 94.

# Gesetz über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen

(Sächsisches Verfassungsschutzgesetz – SächsVSG)

Vom 16. Oktober 1992

Rechtsbereinigt mit Stand vom 28. Mai 2006

## Inhaltsübersicht

### Erster Abschnitt:

#### Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

- § 1 Organisation, Zuständigkeit
- § 2 Aufgaben
- § 3 Begriffsbestimmungen
- § 4 Allgemeine Befugnisse
- § 5 Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel
- § 5a Besondere Befugnisse

### Zweiter Abschnitt:

#### Datenschutzrechtliche Bestimmungen

- § 6 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten
- § 7 Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten
- § 7a Löschung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten
- § 8 Errichtungsanordnung
- § 9 Auskunft an Betroffene

### Dritter Abschnitt:

#### Übermittlungsvorschriften

- § 10 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen
- § 11 Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 11a Informationsübermittlung durch nichtöffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen
- § 12 Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz
- § 12a Übermittlung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten
- § 13 Übermittlungsverbote
- § 14 Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz
- § 15 Unterrichtung der Öffentlichkeit

### Vierter Abschnitt:

#### Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten

- § 16 Parlamentarische Kontrollkommission
- § 17 Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission
- § 18 Einschränkung von Grundrechten

### Fünfter Abschnitt: Schlussbestimmung

§ 19 In-Kraft-Treten

Der Sächsische Landtag hat am 17. September 1992 das folgende Gesetz beschlossen:

## Erster Abschnitt Organisation, Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes

### § 1

#### Organisation, Zuständigkeit

(1) Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes und der Länder wird ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht als obere Landesbehörde unmittelbar dem Staatsministerium des Innern.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz ist zuständig für

1. die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 und
2. die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern und dem Bund in Angelegenheiten der Nummer 1.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Freistaat Sachsen nur im Einvernehmen, das Bundesamt für Verfassungsschutz nur im Benehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz und Polizeibehörden oder Polizeidienststellen dürfen einander nicht angegliedert werden.

### § 2

#### Aufgaben

(1) Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Informationen, insbesondere von sach- und personenbezogenen Auskünften, Nachrichten und Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- 3a. Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes), insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes) gerichtet sind,
4. fortwirkende Strukturen und Tätigkeiten der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Geltungsbereich dieses Gesetzes.

Sammlung und Auswertung von Informationen nach Satz 1 setzen im Einzelfall voraus, dass für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach Satz 1 Nrn. 1 bis 4 tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisaufnahme durch Unbefugte,
4. auf Ersuchen der Einstellungsbehörden bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, wenn der auf Tatsachen beruhende Verdacht besteht, dass sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen,
5. auf Ersuchen der für Einbürgerung zuständigen Behörden bei der sicherheitsmäßigen Überprüfung von Einbürgerungsbewerbern sowie
6. bei Überprüfungen, soweit dies gesetzlich vorgesehen ist.

Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Satz 1 erfolgt in der Weise, dass es eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen der für die Überprüfung zuständigen Behörde oder sonstiger öf-

fentlicher Stellen auswertet. Die Befugnisse des Landesamtes für Verfassungsschutz bei der Mitwirkung nach den Nummern 1 und 2 sind im Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SächsSÜG) vom 19. Februar 2004 (SächsGVBl. S. 44), in der jeweils geltenden Fassung, geregelt.

(3) Die Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz nach Absatz 2 setzt voraus, dass Betroffene und andere in die Überprüfung einbezogene Personen über Zweck und Verfahren der Überprüfung einschließlich der Verarbeitung der erhobenen Daten durch die beteiligten Dienststellen unterrichtet werden. Darüber hinaus ist im Falle der Einbeziehung anderer Personen in die Überprüfung deren Einwilligung und im Falle weitergehender Ermittlungen die Einwilligung von Betroffenen erforderlich. Die Sätze 1 und 2 gelten nur, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichtet das Staatsministerium des Innern über seine Tätigkeit.

### **§ 3**

#### **Begriffsbestimmungen**

(1) Im Sinne dieses Gesetzes sind

1. Bestrebungen gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, die Freiheit des Bundes oder eines Landes von fremder Herrschaft aufzuheben, ihre staatliche Einheit zu beseitigen oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abzutrennen;
2. Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, Bund, Länder oder deren Einrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit erheblich zu beeinträchtigen;
3. Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der darauf gerichtet ist, einen der in Absatz 2 genannten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen.
4. Für einen Personenzusammenschluss handelt, wer ihn in seinen Bestrebungen aktiv sowie ziel- und zweckgerichtet unterstützt. Verhaltensweisen von Einzelpersonen, die nicht in einem oder für einen Personenzusammenschluss handeln, sind Bestre-

bungen im Sinne dieses Gesetzes, wenn sie auf Anwendung von Gewalt gerichtet sind oder aufgrund ihrer Wirkungsweise geeignet sind, ein Schutzgut dieses Gesetzes erheblich zu beschädigen.

(2) Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne dieses Gesetzes zählen:

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretungen in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
3. das Mehrparteienprinzip sowie das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;
4. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
5. die Unabhängigkeit der Gerichte;
6. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
7. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

#### § 4

##### Allgemeine Befugnisse

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf die zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 erforderlichen Informationen einschließlich personenbezogener Daten verarbeiten. Die Verarbeitung personenbezogener Daten richtet sich nach den Vorschriften dieses Gesetzes und, soweit keine besonderen Regelungen getroffen sind, nach den Vorschriften des Gesetzes zum Schutz der informationellen Selbstbestimmung im Freistaat Sachsen (Sächsisches Datenschutzgesetz – SächsDSG) vom 25. August 2003 (SächsGVBl. S. 330), in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Werden personenbezogene Daten bei Betroffenen mit ihrer Kenntnis erhoben, so ist der Erhebungszweck anzugeben. Betroffene sind auf die Freiwilligkeit ihrer Angaben und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 2 Abs. 2 Nrn. 1, 2 und 4 auf eine dienst-, arbeitsrechtliche oder sonstige vertragliche Mitwirkungspflicht hinzuweisen.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse gegenüber anderen Behörden und Dienststellen stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Es darf die Polizei auch nicht im Wege der Amtshilfe um Maßnahmen ersuchen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

(4) Von mehreren geeigneten Maßnahmen hat das Landesamt für Verfassungsschutz diejenige zu wählen, die Betroffene voraussichtlich am wenigsten beeinträchtigt. Eine Maßnahme darf keinen Nachteil herbeiführen, der erkennbar außer Verhältnis zu dem beabsichtigten Erfolg steht.

#### § 5

##### Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf, insbesondere unter Beachtung des § 4 Abs. 4, Methoden, Gegenstände und Instrumente zur heimlichen Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen (nachrichtendienstliche Mittel) anwenden. Diese sind in einer Dienstvorschrift zu benennen, die auch die Zuständigkeit für die Anordnung solcher Informationsbeschaffungen regelt. Die Dienstvorschrift bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern und der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten und sonstige Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln erheben, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, dass

1. auf diese Weise Erkenntnisse über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 oder die zur Erforschung solcher Erkenntnisse erforderlichen Quellen gewonnen werden können oder
2. dies zum Schutz oder zur Abschirmung von Mitarbeitern, Einrichtungen, Gegenständen und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten erforderlich ist.

Die Erhebung nach Satz 1 ist unzulässig, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere, den Betroffenen weniger beeinträchtigende Weise möglich ist. Eine geringere Beeinträchtigung ist insbesondere dann anzunehmen, wenn die Information aus allgemein zugänglichen Quellen oder durch Auskünfte nach §§ 11 oder 11a gewonnen werden kann. Die Anwendung eines nachrichtendienstlichen Mittels darf nicht erkennbar außer Verhältnis zur Bedeutung des aufzuklärenden Sachverhalts stehen. Die Maßnahme ist unverzüglich zu beenden, wenn der Zweck erreicht ist oder sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass er nicht oder nicht auf diese Weise erreicht werden kann.

(3) Wird der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Anfertigung von Bildaufnahmen oder -aufzeichnungen oder zum Abhören und Aufzeichnen des gesprochenen Wortes oder der Einsatz eines Verfassungsschutzbediensteten, der unter einer ihm verliehenen, auf Dauer

angelegten, veränderten Identität ermittelt, zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 länger als 72 Stunden dauern, ist dies unverzüglich der Parlamentarischen Kontrollkommission anzuzeigen.

(4) Die Zulässigkeit von Maßnahmen nach dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel-10-Gesetz – G 10) vom 26. Juni 2001 (BGBl. I S. 1254, 2298), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 1 des Gesetzes vom 11. Februar 2005 (BGBl. I S. 239, 241), in der jeweils geltenden Fassung, bleibt unberührt.

(12) Nachrichtendienstliche Mittel, die sich gezielt gegen einen Abgeordneten des Sächsischen Landtages richten, dürfen nur angewandt werden, wenn sie zuvor vom Präsidenten des Landtages genehmigt worden sind.

### **§ 5a Besondere Befugnisse**

(1) Der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Informationsgewinnung im Schutzbereich des Artikels 13 des Grundgesetzes und des Artikels 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen ist nur zulässig, wenn die materiellen Voraussetzungen für einen Eingriff in das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis nach § 1 Abs. 1 und § Abs. 1 G 10 vorliegen und der verdeckte Einsatz technischer Mittel zur Abwehr einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes oder für Leben, Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für bedeutende fremde Sach- oder Vermögenswerte erforderlich ist und die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre.

(2) Die Maßnahme darf sich nur gegen den Betroffenen richten und nur in Wohnungen des Betroffenen durchgeführt werden. In Wohnungen anderer Personen ist die Maßnahme nur zulässig, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, dass sich der Betroffene dort aufhält und die Maßnahme in Wohnungen des Betroffenen allein nicht zur Erforschung des Sachverhalts führen würde.

(3) Die Maßnahme darf nur angeordnet werden, wenn aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte, insbesondere zu der Art der zu überwachenden Räume und dem Verhältnis der zu überwachenden Personen zueinander, anzunehmen ist, dass durch die Überwachung Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, nicht erfasst werden. Gespräche oder Handlungen in Betriebs- oder Geschäftsräumen sind in der Regel nicht dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen.

(4) Die Maßnahme ist unverzüglich abzubrechen, wenn sich während der Überwachung erste Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst werden. Im Zweifel ist unverzüglich eine gerichtliche Entscheidung über den Abbruch der Maßnahme und eine Löschung der bisher erhobenen Daten herbeizuführen. Das anordnende Gericht ist über den Verlauf und die Ergebnisse der Maßnahme zu unterrichten. Liegen die Voraussetzungen der Anordnung nicht mehr vor, so hat das Gericht den Abbruch der Maßnahme unverzüglich anzuordnen, sofern das Landesamt für Verfassungsschutz die Maßnahme nicht bereits abgebrochen hat.

(5) Erkenntnisse über Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, dürfen nicht verwertet werden. Soweit ein Verwertungsverbot in Betracht kommt, hat das Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich eine Entscheidung des anordnenden Gerichts über die Verwertbarkeit der erlangten Erkenntnisse herbeizuführen.

(6) Die durch Maßnahmen nach Absatz 1 erhobenen Daten sind dergestalt zu kennzeichnen, dass jederzeit erkennbar bleibt, aus welchen Eingriffen sie stammen. Sie dürfen durch das Landesamt für Verfassungsschutz zu keinen anderen Zwecken als der Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen und Tätigkeiten, auf die Absatz 1 Anwendung findet, weiter verarbeitet werden. Eine Übermittlung darf nur unter den Voraussetzungen von § 12a erfolgen.

(7) In den Fällen des § 53 StPO ist eine Maßnahme nach Absatz 1 unzulässig. Ergibt sich während oder nach der Durchführung einer Maßnahme nach Absatz 1, dass ein Fall des § 53 StPO vorliegt, gelten Absatz 4 Satz 1, Absatz 5 Satz 1 und § 7a Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 entsprechend. In den Fällen der §§ 52 und 53a StPO dürfen aus einer Maßnahme nach Absatz 1 gewonnene Erkenntnisse nur verwendet werden, wenn dies unter Berücksichtigung der Bedeutung des zugrunde liegenden Vertrauensverhältnisses nicht außer Verhältnis zum Interesse an der Erforschung des Sachverhalts steht.

(8) Auf Antrag des Landesamtes für Verfassungsschutz trifft die in § 74a Abs. 4 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannte Kammer des Landgerichts, in dessen Bezirk das Landesamt für Verfassungsschutz seinen Sitz hat, die Entscheidung über die Anordnung der Maßnahme nach Absatz 1. Die Maßnahme ist auf höchstens drei Monate zu befristen und kann um jeweils nicht mehr als drei Monate verlängert werden. Für das Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnum-



mer 315-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 4c des Gesetzes vom 22. September 2005 (BGBl. I S. 2809, 2819), in der jeweils geltenden Fassung, entsprechend. Die Entscheidung des Gerichts ergeht ohne vorherige Anhörung des Betroffenen und bedarf zu ihrer Wirksamkeit nicht der Bekanntmachung an ihn. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft. Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung auch durch den Vorsitzenden getroffen werden. Dessen Anordnung tritt außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von der Kammer bestätigt wird.

(9) In der schriftlichen Anordnung sind anzugeben:

1. soweit bekannt, der Name und die Anschrift des Betroffenen, gegen den sich die Maßnahme richtet,
2. die tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1, aufgrund derer die Maßnahme nach Absatz 1 angeordnet wird,
3. die zu überwachende Wohnung oder die zu überwachenden Wohnräume,
4. Art, Umfang und Dauer der Maßnahme,
5. die Erwartungen an die zu erhebenden Informationen.

In der Begründung der Anordnung oder Verlängerung sind deren Voraussetzungen und die wesentlichen Abwägungsgesichtspunkte darzulegen. Insbesondere sind anzugeben:

1. die tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1,
2. die wesentlichen Erwägungen zur Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahme,
3. die tatsächlichen Anhaltspunkte im Sinne des Absatzes 3 Satz 1.

(10) Die Betroffenen sind von den nach Absatz 1 durchgeführten Maßnahmen zu unterrichten, sobald dies ohne Gefährdung des Zwecks der Maßnahme, im Fall des Absatzes 11 ohne Gefährdung der für den Verfassungsschutz tätigen Person, geschehen kann. Die Mitteilung obliegt dem Landesamt für Verfassungsschutz. Sind Daten aus Maßnahmen nach Absatz 1 an Dritte übermittelt worden, erfolgt die Mitteilung im Benehmen mit dem Empfänger. Betroffene im Sinne des Satzes 1 sind:

1. Betroffene, gegen die sich die Maßnahme nach § 5a richtet,
2. Inhaber und Bewohner der Wohnung, in der die Maßnahmen durchgeführt worden sind,
3. sonstige überwachte Personen.

Eine Unterrichtung von Betroffenen nach Satz 4 Nr. 2 und 3 unterbleibt, wenn überwiegende schutzwürdige Belange anderer Betroffener entgegenstehen oder die Identität von Betroffenen nach Satz 4 Nr. 2 und 3 nur mit unverhältnismäßigem Aufwand ermittelt werden

könnte. Erfolgt die Benachrichtigung nicht binnen sechs Monaten nach Beendigung der Maßnahme, bedarf die weitere Zurückstellung der gerichtlichen Zustimmung. Die gerichtliche Entscheidung ist vorbehaltlich einer anderen gerichtlichen Anordnung jeweils nach einem Jahr erneut einzuholen.

(11) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf den verdeckten Einsatz technischer Mittel nach Absatz 1 ausschließlich zur Abwehr von Gefahren für Leben, Gesundheit oder Freiheit der bei einem Einsatz in Wohnungen für den Verfassungsschutz tätigen Person anordnen. Eine weitere Verarbeitung der hierbei erhobenen Daten, insbesondere eine Übermittlung nach § 12a, ist nur zulässig, wenn die Rechtmäßigkeit der Maßnahme nach Maßgabe von Satz 1 und Absatz 1 zuvor gerichtlich festgestellt worden ist; bei Gefahr im Verzug ist die gerichtliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. In diesen Fällen gelten die Absätze 5 bis 7 und 10 entsprechend.

(12) Auch nach Erledigung einer in den Absätzen 1 und 11 genannten Maßnahme können Betroffene binnen vier Wochen nach ihrer Benachrichtigung die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Anordnung sowie der Art und Weise des Vollzugs beantragen. Über den Antrag entscheidet das Gericht, das über die Anordnung der Maßnahme entschieden hat. Gegen die Entscheidung ist die sofortige Beschwerde statthaft.

## Zweiter Abschnitt Datenschutzrechtliche Bestimmungen

### § 6 Speicherung, Veränderung und Nutzung personenbezogener Daten

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur Erfüllung seiner Aufgaben personenbezogene Daten speichern, verändern und nutzen, wenn

1. tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 vorliegen,
2. dies für die Erforschung und Bewertung von Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1 erforderlich ist oder
3. das Landesamt für Verfassungsschutz nach § 2 Abs. 2 tätig werden wird.

(2) Zur Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 2 dürfen vorbehaltlich des Satzes 2 in automatisierten Dateien nur Daten über die Personen gespeichert werden, die der Sicherheitsüberprüfung unterliegen oder in die Sicherheitsüberprüfung einbezogen werden. Zur Erledigung

von Aufgaben nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 und 5 dürfen in automatisierten Dateien nur Daten solcher Personen erfasst werden, über die bereits Erkenntnisse nach § 2 Abs. 1 vorliegen. Bei der Speicherung in Dateien muss erkennbar sein, welcher der in § 2 Abs. 1 und 2 genannten Personengruppe Betroffene zuzuordnen sind.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Speicherdauer auf das für seine Aufgabenerfüllung erforderliche Maß zu beschränken.

(4) Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nicht gespeichert werden. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 14. und vor Vollendung des 16. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 angefallen sind. Personenbezogene Daten über das Verhalten einer Person nach Vollendung des 16. und vor Vollendung des 18. Lebensjahres sind zwei Jahre nach dem Verhalten auf die Erforderlichkeit der Speicherung in Dateien zu überprüfen und spätestens fünf Jahre nach dem Verhalten zu löschen, es sei denn, dass weitere Erkenntnisse im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 über ein Verhalten nach Eintritt der Volljährigkeit angefallen sind.

## § 7

### **Berichtigung, Löschung und Sperrung personenbezogener Daten**

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten oder Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind; in Akten ist dies zu vermerken. Wird die Richtigkeit der Daten von Betroffenen bestritten, so ist dies in der Akte zu vermerken oder auf sonstige Weise festzuhalten.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Dateien gespeicherten personenbezogenen Daten zu löschen, wenn ihre Speicherung unzulässig war oder ihre Kenntnis für die Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich ist. Die Löschung unterbleibt, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass durch sie schutzwürdige Belange der Betroffenen beeinträchtigt würden. In diesem Fall sind die Daten zu sperren. Sie dürfen nur noch mit Einwilligung der Betroffenen übermittelt werden.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft bei der Einzelfallbearbeitung und nach festgesetzten Fristen, spätestens nach fünf Jahren, ob in Dateien gespeicherte personenbezogene Daten zu berichtigen oder zu löschen sind. Gespeicherte personenbezogene Daten über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 sind

spätestens 10 Jahre, über Bestrebungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 3 und 3a spätestens 15 Jahre nach dem Zeitpunkt der letzten gespeicherten relevanten Information zu löschen, es sei denn, der Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz oder sein Vertreter stellt fest, dass die weitere Speicherung zur Aufgabenerfüllung oder aus den in Absatz 2 Satz 2 genannten Gründen erforderlich ist.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die in Akten gespeicherten personenbezogenen Daten zu sperren, wenn es im Einzelfall feststellt, dass ohne die Sperrung schutzwürdige Interessen von Betroffenen beeinträchtigt würden und die Daten für seine künftige Aufgabenerfüllung nicht mehr erforderlich sind. Gesperrte Daten sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen; sie dürfen nicht mehr genutzt oder übermittelt werden. Eine Aufhebung der Sperrung ist möglich, wenn ihre Voraussetzungen nachträglich entfallen. Akten, in denen personenbezogene Daten gespeichert sind, sind zu vernichten, wenn die gesamte Akte zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt wird.

(5) Für die Archivierung gelten die Vorschriften des Archivgesetzes für den Freistaat Sachsen vom 17. Mai 1993 (SächsGVBl. S. 449), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juni 1999 (SächsGVBl. S. 398), in der jeweils geltenden Fassung.

## § 7a

### **Löschung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten**

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat personenbezogene Daten, die durch eine Maßnahme nach § 5a erhoben wurden, unverzüglich zu löschen,

1. wenn Äußerungen oder Handlungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst wurden,
2. wenn die Daten für die in § 5a Abs. 6 Satz 2 genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind; soweit die Daten für eine gerichtliche Überprüfung nach § 5a Abs. 12 von Bedeutung sein können, ist die Löschung der Daten zurückzustellen, sie sind zu sperren und dürfen nur zu diesem Zweck verwendet werden.

Im Falle von Satz 1 Nr. 2 hat die Prüfung der Erforderlichkeit der Datenspeicherung unverzüglich nach ihrer Erhebung und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten zu erfolgen. Die Erhebung und Löschung der Daten ist zu dokumentieren.

(2) Im Falle der Datenübermittlung nach § 12a prüft der Empfänger unverzüglich und sodann in Abständen von höchstens sechs Monaten, ob die Daten für die

Zwecke, zu deren Erfüllung sie ihm übermittelt worden sind, noch erforderlich sind. Sind die Daten für die bestimmten Zwecke nicht mehr erforderlich, gilt Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 entsprechend. Die Löschung ist zu dokumentieren. Der Empfänger unterrichtet das Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich über die erfolgte Löschung.

## **§ 8 Errichtungsanordnung**

(1) Für jede beim Landesamt für Verfassungsschutz zur Erfüllung seiner in § 2 genannten Aufgaben einzu-richtende automatisierte Datei, in der personenbezo-gene Daten verarbeitet werden, sind in einer Errich-tungsanordnung festzulegen:

1. Bezeichnung der Datei,
2. Zweck der Datei,
3. Voraussetzungen der Speicherung, Übermittlung und Nutzung (betroffener Personenkreis, Art der Daten),
4. Anlieferung oder Eingabe,
5. Zugangsberechtigung,
6. Überprüfungsfristen, Speicherdauer und
7. Protokollierung.

Die Zugangsberechtigung nach Satz 1 Nr. 5 ist auf Per-sonen zu beschränken, die die Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz benötigen. Die Er-richtungsanordnung bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums des Innern.

(2) Vor Erlass und vor wesentlichen Änderungen der Errichtungsanordnung ist der Sächsische Datenschutz-beauftragte zu hören.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat in ange-messenen Abständen die Erforderlichkeit der Weiter-führung oder Änderung der Dateien zu überprüfen.

## **§ 9 Auskunft an Betroffene**

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz erteilt Be-troffenen über die zu ihrer Person gespeicherten Daten auf Antrag unentgeltlich Auskunft. Die Auskunftsver-pflichtung erstreckt sich nicht auf die Herkunft der Daten und die Empfänger von Übermittlungen.

(1a) Auskunft aus Akten, die nicht zur Person des Be-troffenen geführt werden, wird erteilt, soweit der Be-troffene Angaben macht, die das Auffinden der Akten ermöglichen und der für die Erteilung der Auskunft er-forderliche Aufwand nicht außer Verhältnis zu dem vom Betroffenen geltend gemachten Informationsinte-resse steht. Satz 1 findet auf personenbezogene Daten

in nichtautomatisierten Dateien, die nicht zur Über-mittlung an Dritte bestimmt sind, entsprechende An-wendung.

(2) Die Auskunftserteilung unterbleibt, soweit

1. eine Gefährdung der Aufgabenerfüllung durch die Auskunftserteilung zu besorgen ist,
2. durch die Auskunftserteilung nachrichtendienstli-che Zugänge gefährdet sein können oder die Aus-forschung des Erkenntnisstandes oder der Arbeits-weise des Landesamtes für Verfassungsschutz zu befürchten ist,
3. die Auskunft die öffentliche Sicherheit gefährden oder sonst dem Wohl des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde oder
4. die Daten oder die Tatsache der Speicherung nach einer Rechtsvorschrift oder ihrem Wesen nach, ins-besondere wegen der überwiegenden berechtigten Interessen eines Dritten, geheimgehalten werden müssen.

(3) Die Ablehnung der Auskunftserteilung bedarf kei-ner Begründung, soweit dadurch der Zweck der Aus-kunftsverweigerung gefährdet würde. Die Gründe für die Auskunftsverweigerung sind aktenkundig zu ma-chen. Wird die Auskunftserteilung abgelehnt, sind Be-troffene auf die Rechtsgrundlage für das Fehlen der Be-gründung und darauf hinzuweisen, dass sie sich an den Sächsischen Datenschutzbeauftragten wenden kön-nen. Dem Datenschutzbeauftragten ist auf sein Ver-langen Auskunft zu erteilen, soweit nicht das Staatsmi-nisterium des Innern im Einzelfall feststellt, dass da-durch die Sicherheit des Bundes oder eines Landes ge-fährdet würde. Mitteilungen des Sächsischen Datenschutzbeauftragten an Betroffene dürfen keine Rückschlüsse auf den Kenntnisstand des Landesamtes für Verfassungsschutz zulassen, sofern dieses nicht einer weitergehenden Auskunft zustimmt.

## **Dritter Abschnitt Übermittlungsvorschriften**

### **§ 10 Informationsübermittlung an das Landesamt für Verfassungsschutz ohne Ersuchen**

(1) Die Behörden und Gerichte des Freistaates Sach-sen, die Gemeinden, Landkreise und sonstigen der Aufsicht des Freistaates Sachsen unterstehenden ju-ristischen Personen des öffentlichen Rechts übermit-teln von sich aus dem Landesamt für Verfassungs-

schutz die ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Informationen zur Wahrnehmung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 oder zur Beobachtung von Bestrebungen erforderlich sind, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gegen die in § 2 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 3a genannten Schutzgüter gerichtet sind.

(2) Die Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltschaftlichen Sachleitungsbefugnis, die Polizeidienststellen übermitteln darüber hinaus von sich aus dem Landesamt für Verfassungsschutz auch alle anderen ihnen bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und sonstigen Informationen über Bestrebungen oder Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz erforderlich ist.

## § 11

### **Informationsübermittlung durch öffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen**

(1) Die in § 10 genannten öffentlichen Stellen haben dem Landesamt für Verfassungsschutz auf dessen Ersuchen die ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben bekannt gewordenen personenbezogenen Daten und Informationen zu übermitteln, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die Übermittlung für die Erfüllung der Aufgaben nach § 2 Abs. 1 oder Abs. 2 erforderlich ist. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Ersuchen aktenkundig zu machen.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf Akten anderer öffentlicher Stellen und amtliche Register unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 und vorbehaltlich der in § 13 getroffenen Regelung einsehen, soweit dies zur Erfüllung von Aufgaben nach § 2 Abs. 1 und 2 oder zum Schutz von Mitarbeitern und Quellen des Landesamtes für Verfassungsschutz gegen Gefahren für Leib und Leben erforderlich ist und die sonstige Übermittlung von Informationen aus den Akten oder den Registern den Zweck der Maßnahmen gefährden oder das Persönlichkeitsrecht von Betroffenen unverhältnismäßig beeinträchtigen würde. Über die Einsichtnahme nach Satz 1 hat das Landesamt für Verfassungsschutz einen Nachweis zu führen, aus dem der Zweck und die Veranlassung, die ersuchte Behörde und die Aktenfundstelle hervorgehen. Die Nachweise sind fünf Jahre gesondert aufzubewahren und gegen ungerichteten Zugriff zu sichern und anschließend zu vernichten.

(3) Die Übermittlung personenbezogener Daten und sonstige Informationen, die aufgrund einer Maßnahme nach § 100a der Strafprozessordnung bekannt geworden sind, ist nur zulässig, wenn tatsächlich Anhaltspunkte dafür bestehen, dass jemand eine der in § 3 G 10 genannten Straftaten plant, begeht oder begangen hat. Auf die dem Landesamt für Verfassungsschutz nach Satz 1 übermittelten Unterlagen findet § 4 Abs. 1 und 2 Satz 3 G 10 entsprechende Anwendung.

## § 11a

### **Informationsübermittlung durch nichtöffentliche Stellen an das Landesamt für Verfassungsschutz auf Ersuchen**

(1) Ein Ersuchen des Landesamtes für Verfassungsschutz um Übermittlung personenbezogener Daten darf nur diejenigen personenbezogenen Daten enthalten, die für die Erteilung der Auskunft unerlässlich sind. Schutzwürdige Interessen des Betroffenen dürfen nur in unvermeidbarem Umfang beeinträchtigt werden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Kreditinstituten, Finanzdienstleistungsinstituten und Finanzunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Konten, Konteninhabern und sonstigen Berechtigten sowie weiteren am Zahlungsverkehr Beteiligten und zu Geldbewegungen und Geldanlagen einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 G 10 bei Personen und Unternehmen, die geschäftsmäßig Postdienstleistungen erbringen, sowie bei denjenigen, die an der Erbringung dieser Dienstleistungen mitwirken, unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften, Postfächern und sonstigen Umständen des Postverkehrs einholen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall bei Luftfahrtunternehmen unentgeltlich Auskünfte zu Namen, Anschriften und zur Inanspruchnahme von Transportleistungen und sonstigen Umständen des Luftverkehrs einholen, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 bis 3a erforderlich ist und tatsächliche Anhaltspunkte für schwerwiegende Gefahren für die dort genannten Schutzgüter vorliegen.

(5) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf im Einzelfall zur Erfüllung seiner Aufgaben nach § 2 Abs. 1

Satz 1 Nr. 2 bis 3a unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 G 10 bei denjenigen, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste und Teledienste erbringen oder daran mitwirken, unentgeltlich Auskünfte über Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten einholen. Die Auskunft kann auch in Bezug auf zukünftige Telekommunikation und zukünftige Nutzung von Telediensten verlangt werden. Telekommunikationsverbindungsdaten und Teledienstnutzungsdaten sind:

1. Berechtigungskennungen, Kartennummern, Standortkennung sowie Rufnummern oder Kennung des anrufenden und angerufenen Anschlusses oder der Endeinrichtung,
2. Beginn und Ende der Verbindung nach Datum und Uhrzeit,
3. Angaben über die Art der vom Kunden in Anspruch genommenen Telekommunikations- und Teledienst-Dienste,
4. Endpunkte festgeschalteter Verbindungen, ihr Beginn und ihr Ende nach Datum und Uhrzeit.

(6) Auskünfte nach den Absätzen 2 bis 5 dürfen nur auf Antrag eingeholt werden. Der Antrag ist durch den Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz, im Falle seiner Verhinderung durch seinen Vertreter, schriftlich zu stellen und zu begründen. Über den Antrag entscheidet der Staatsminister des Innern, im Falle seiner Verhinderung sein Vertreter.

(7) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Kommission nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Artikel-10-Gesetzes im Freistaat Sachsen (SächsAG G 10) vom 16. Oktober 1992 (SächsGVBl. S. 464), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. August 2003 (SächsGVBl. S. 313, 317), über die gemäß Absatz 6 beschiedenen Anträge vor deren Vollzug. Bei Gefahr im Verzug darf das Staatsministerium des Innern den Vollzug der Entscheidung bereits vor Unterrichtung der Kommission anordnen. In diesen Fällen ist die Unterrichtung innerhalb von zehn Tagen nachzuholen. Die Kommission prüft von Amts wegen oder aufgrund von Beschwerden die Zulässigkeit der Einholung von Auskünften. Entscheidungen über Auskünfte, die die Kommission für unzulässig oder für nicht notwendig erklärt, hat das Staatsministerium des Innern unverzüglich aufzuheben.

(8) § 2 Abs. 2 SächsAG G 10 ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Kontrollbefugnis der Kommission sich auf die gesamte Verarbeitung der nach Absatz 1 erhobenen Daten erstreckt.

(9) Für die Verarbeitung der nach Absatz 1 erhobenen Daten ist § 4 G 10 entsprechend anzuwenden. Das Auskunftersuchen und die übermittelten Daten dürfen dem Betroffenen oder Dritten vom Auskunftgeber

nicht mitgeteilt werden. Für die Mitteilungen an Betroffene findet § 12 Abs. 1 und 3 G 10 entsprechende Anwendung.

(10) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission (§ 16) und das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundes in Abständen von höchstens sechs Monaten über die nach den Absätzen 2 bis 5 durchgeführten Maßnahmen; dabei ist insbesondere ein Überblick über Anlass, Umfang, Dauer, Ergebnis und Kosten der im Berichtszeitraum durchgeführten Maßnahmen zu geben.

## § 12

### Übermittlung personenbezogener Daten durch das Landesamt für Verfassungsschutz

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an Behörden sowie andere öffentliche Stellen übermitteln, wenn dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist oder Empfänger die Daten zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigen. Soweit die Daten Verwendungsbeschränkungen unterliegen, hat das Landesamt für Verfassungsschutz die Daten zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung ist durch den Empfänger aufrechtzuerhalten. Empfänger dürfen die übermittelten Daten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz hat der Staatsanwaltschaft und, vorbehaltlich der staatsanwaltlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeidienststellen die ihm bekannt gewordenen personenbezogenen Daten zu übermitteln, wenn im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung nach § 2 zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, dass dies zur Verhinderung oder Verfolgung folgender Straftaten erforderlich ist:

1. von Staatsschutzdelikten nach §§ 74a und 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes sowie von Straftaten, bei denen auf Grund ihrer Zielsetzung, der Motive der Täter oder deren Verbindungen zu einer Organisation zureichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die in Artikel 73 Nr. 10 Buchst. b oder c des Grundgesetzes genannten Schutzgüter gerichtet sind, und
2. von Straftaten, die gegen das Leben oder in erheblichem Maße gegen die körperliche Unversehrtheit oder gegen Sach- und Vermögenswerte von erheblicher Bedeutung gerichtet sind.

Soweit die Daten Verwendungsbeschränkungen unterliegen, hat das Landesamt für Verfassungsschutz die

Daten zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung ist durch den Empfänger aufrechtzuerhalten.

(3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an andere als öffentliche Stellen nicht übermitteln, es sei denn, dass dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes, zur Abwehr sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeit für eine fremde Macht oder zur Gewährleistung der Sicherheit einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung nach § 1 Abs. 4 des Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes (Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SÜG) vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322, 3329), in der jeweils geltenden Fassung, oder nach § 1 Abs. 3 Nr. 4 SächsSÜG in der jeweils geltenden Fassung erforderlich ist und der Staatsminister des Innern oder sein Vertreter zugestimmt hat. Die Zustimmung kann auch für eine Mehrzahl gleichartiger, sachlich zusammenhängender Fälle vorweg erteilt werden. Sie ist nicht erforderlich für den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat die Übermittlung aktenkundig zu machen. Der Empfänger darf die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwenden, zu dem sie übermittelt wurden. Er ist verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz auf Verlangen Auskunft über die vorgenommene Verwendung zu geben. Der Empfänger ist auf die Verpflichtungen nach den Sätzen 5 und 6 hinzuweisen.

(4) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an öffentliche Stellen außerhalb des Geltungsbereiches des Grundgesetzes sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland, Belange der Länder oder überwiegende schutzwürdige Interessen von Betroffenen entgegenstehen. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Empfänger sind darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie übermittelt wurden, und das Landesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

(5) Der Empfänger prüft, ob die übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat er die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Tren-

nung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand möglich ist; in diesem Fall sind die Daten zu sperren.

## **§ 12a**

### **Übermittlung von nach § 5a erhobenen personenbezogenen Daten**

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf unter den Voraussetzungen des § 5a erhobene personenbezogene Daten den in § 12 genannten Behörden nur zur Abwehr einer im Einzelfall bestehenden Lebensgefahr oder einer dringenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes, für Gesundheit oder Freiheit einer Person oder für herausragende Sach- oder Vermögenswerte übermitteln. Für personenbezogene Daten nach § 5a Abs. 7 Satz 2 gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass es sich um Gegenstände von bedeutendem Wert, die der Versorgung der Bevölkerung dienen, um Gegenstände von kulturell herausragendem Wert oder um die in § 305 StGB genannten Bauwerke handeln muss.

(2) Zur Verfolgung von Straftaten darf das Landesamt für Verfassungsschutz unter den Voraussetzungen des § 5a erhobene personenbezogene Daten den Staatsanwaltschaften und, vorbehaltlich der staatsanwaltlichen Sachleitungsbefugnis, den Polizeidienststellen nur übermitteln, soweit die Voraussetzungen des § 100c StPO vorliegen und für die Straftat eine Höchststrafe von mehr als fünf Jahren Freiheitsstrafe angedroht wird.

(3) Die Übermittlung nach den Absätzen 1 und 2 ist nur zulässig, soweit

1. sie zur Erfüllung der Aufgaben des Empfängers erforderlich ist,
2. nach eigenen Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz ausgeschlossen werden kann, dass der Empfänger die Daten für andere Zwecke nutzt,
3. die bisherige Kennzeichnung der Daten aufrechterhalten bleibt,
4. sichergestellt ist, dass der Empfänger § 7a Abs. 2 entsprechend anwendet, und
5. die Übermittlung an ausländische Behörden nur im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz erfolgt.

## **§ 13**

### **Übermittlungsverbote**

(1) Die Übermittlung von Informationen nach den §§ 10, 11, 12 und 12a unterbleibt, wenn

1. für die übermittelnde Stelle erkennbar ist, dass unter Berücksichtigung der Art der Informationen und ihrer Erhebung die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen das Allgemeininteresse an der Übermittlung überwiegen,
2. überwiegende Sicherheitsinteressen oder überwiegende Belange der Strafverfolgung dies erfordern oder
3. besondere gesetzliche Übermittlungsregelungen entgegenstehen.

Die Verpflichtung zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungspflichten oder von Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnissen, die nicht auf gesetzlichen Vorschriften beruhen, bleibt unberührt.

(2) Informationen über Minderjährige vor Vollendung des 14. Lebensjahres dürfen nach den Vorschriften dieses Gesetzes nicht an ausländische oder über- oder zwischenstaatliche Stellen übermittelt werden.

#### **§ 14**

##### **Besondere Pflichten des Landesamtes für Verfassungsschutz**

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz prüft unverzüglich, ob die ihm nach den Vorschriften dieses Gesetzes übermittelten personenbezogenen Daten für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Ergibt die Prüfung, dass sie nicht erforderlich sind, hat es die Unterlagen zu vernichten. Die Vernichtung kann unterbleiben, wenn die Trennung von anderen Informationen, die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind, nicht oder nur mit unververtretbarem Aufwand möglich ist. In diesem Fall sind die Daten zu sperren.

(2) Erweisen sich personenbezogene Daten, nachdem sie durch das Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt worden sind, als unrichtig oder unvollständig, sind sie unverzüglich gegenüber dem Empfänger zu berichtigen oder zu ergänzen, es sei denn, dass dies für die Beurteilung eines Sachverhalts ohne Bedeutung ist.

#### **§ 15**

##### **Unterrichtung der Öffentlichkeit**

Das Staatsministerium des Innern und das Landesamt für Verfassungsschutz unterrichten die Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach § 2 Abs. 1. Dabei dürfen personenbezogene Daten bekannt gegeben werden, wenn dies für die Unterrichtung erforderlich ist und die Informationsinteressen der Allgemeinheit das schutzwürdige Interesse des Betroffenen überwiegen.

## **Vierter Abschnitt Parlamentarische Kontrolle, Einschränkung von Grundrechten**

### **§ 16**

#### **Parlamentarische Kontrollkommission**

(1) Die Sächsische Staatsregierung unterliegt hinsichtlich der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern über das Landesamt für Verfassungsschutz und hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission des Sächsischen Landtages. Die Rechte des Landtages und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission besteht aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte einzeln mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt werden. Zwei Mitglieder müssen der parlamentarischen Opposition angehören. Die Parlamentarische Kontrollkommission wählt einen Vorsitzenden und gibt sich eine Geschäftsordnung. Sie tritt mindestens zweimal jährlich zusammen. Die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission kann von mindestens zwei Mitgliedern verlangt werden.

(3) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden. Der Sächsische Datenschutzbeauftragte kann, soweit personenbezogene Daten Gegenstand der Beratung sind, beteiligt werden; die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend. Satz 1 gilt nicht für die Bewertung aktueller Vorgänge, wenn die Mehrheit der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission ihre vorherige Zustimmung erteilt hat.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag oder seiner Fraktion aus oder wird es Mitglied der Staatsregierung, endet auch seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für ein ausgeschiedenes Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen.

(5) Die Parlamentarische Kontrollkommission übt ihre Tätigkeit auch nach Ablauf der Wahlperiode des Landtages so lange aus, bis der nachfolgende Landtag eine neue Parlamentarische Kontrollkommission gewählt hat.

## **§ 17** **Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission**

(1) Das Staatsministerium des Innern unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz und über die Vorgänge von besonderer Bedeutung. Hierzu gehört auch die Unterrichtung über die nach § 5 Abs. 3 und § 5a Abs. 1 und 10 angeordneten Maßnahmen und die nach § 5a Abs. 9 getroffenen Entscheidungen. Ebenso umfasst die Unterrichtung auch das Tätigwerden von Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer sowie das Herstellen des Benehmens für das Tätigwerden des Bundesamtes für Verfassungsschutz nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz – BVerfSchG) vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2954, 2970), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3202, 3217), in der jeweils geltenden Fassung. Auf Verlangen der Parlamentarischen Kontrollkommission berichtet das Staatsministerium des Innern zu konkreten Themen aus dem Aufgabenbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz.

(2) Die Parlamentarische Kontrollkommission hat das Recht auf Erteilung von Auskünften. Der Staatsminister des Innern kann einem Kontrollbegehren widersprechen, wenn es im Einzelfall die Erfüllung der Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz oder den notwendigen Schutz des Nachrichtenzugangs gefährden würde; er hat dies zu begründen. Entfallen die Gründe für Satz 2, so ist die Auskunftserteilung unverzüglich nachzuholen.

(3) Die Unterrichtung umfasst nicht Angelegenheiten, über die das Staatsministerium des Innern die Kommission nach Artikel 10 des Grundgesetzes zu unterrichten hat.

## **§ 18** **Einschränkung von Grundrechten**

Durch dieses Gesetz können im Rahmen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Sachsen das Grundrecht des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10 des Grundgesetzes, Artikel 27 der Verfassung des Freistaates Sachsen), das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes, Artikel 30 der Verfassung des Freistaates Sachsen) und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, Artikel 33 der Verfassung des Freistaates Sachsen) eingeschränkt werden.

## **Fünfter Abschnitt** **Schlussbestimmung**

## **§ 19** **In-Kraft-Treten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist zu verkünden.



# Stichwortverzeichnis

## A

APFEL, Holger – S. 9, 10, 30, 32, 39  
AGITATOR – S. 31  
AKIF, Muhammad Mahdi – S. 59  
AKTION ODER-NEIBE – S. 35  
AL-AHD – S. 65  
a.l.i.a.s. – S. 49, 50  
ALIAS NEWS – S. 49  
AL-ISLAM – S. 65  
AL-JIHAD – S. 65  
AL-KHILAFAT – S. 65  
AL QAIDA – S. 59  
AL-RIBAT – S. 65  
AL-WAIE – S. 65  
AL-ZARQAWI, Musab – S. 59  
AN-NAHDA – S. 59  
ANTIFA DRESDEN – S. 49, 50  
ANTIFARECHERCHETEAM DRESDEN – S. 49  
ANTIFA RDL – S. 51  
ANTIFASCHISTISCHE AKTION / BUNDESWEITE ORGANISATION – S. 45  
ANTIFASCHISTISCHE LINKE BERLIN – S. 49  
ANTIFASCHISTISCHER FRAUENBLOCK LEIPZIG – S. 51  
API-BRIEF – S. 64  
APPLIED SCHOLASTICS – S. 67  
ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN – S. 58, 64  
ARBEITERPARTEI KURDISTANS, siehe VOLKSKONGRESS KURDISTANS  
ARGUMENTE FÜR KANDIDATEN & FUNKTIONSTRÄGER – S. 9, 26, 27, 28  
ARNDT-VERLAG – S. 39  
ASATRU – S. 16  
ASSOCIATION FOR BETTER LIVING AND EDUCATION – S. 67  
ATILIM – S. 65  
Autonome – S. 41, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 73  
AZ Conni – S. 50

## B

BACKSTREETNOISE – S. 48  
BEKLENNEN ASR-I SAADET – S. 65  
BEWEGUNG DER FREIEN JUGEND KURDISTANS – S. 61  
BIN LADIN, Usama – S. 59  
BLICKPUNKT LAUSITZ – S. 39  
BLITZKRIEG – S. 16  
BOLLWERK – S. 16  
BOLOURCHI, Dr. Masoumeh – S. 63  
BÜNDNIS GEGEN REALITÄT – S. 51  
BÜRO 610 – S. 71  
BUNDESWEITESTES ANTIFA TREFFEN – S. 45

## C

CARPE DIEM – S. 31  
CEE IEH – DER CONNE ISLAND NEWSFLYER – S. 54  
CHURCH OF SCIENTOLOGY INTERNATIONAL, siehe SCIENTOLOGY ORGANISATION  
Conne Island – S. 51, 54  
CRIMINON – S. 67

## **D**

DAS FREIE FORUM – S. 39  
DER ERZGEBIRGLER – S. 18, 39  
DER PANZERBÄR – S. 18  
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI – S. 43, 44, 52  
DEUTSCHE REICHSPARTEI – S. 24  
DEUTSCHE STIMME – S. 10, 23, 25, 26, 32, 39, 49  
DEUTSCHE STIMME VERLAGSGESELLSCHAFT mbH – S. 23, 24, 39, 44  
DEUTSCHE VOLKSUNION – S. 13, 35, 40  
DEUTSCHE VOLKSUNION e. V. – S. 35  
DEUTSCH-KURDISCHER FREUNDSCHAFTSVEREIN e. V. – S. 62  
D.I.A. – S. 65  
DIANETIK – S. 67  
DIE REPUBLIKANER – S. 13, 14, 40  
DIE ROTE FAHNE – S. 54, 55  
DIE ROTE HILFE – S. 43, 44, 54  
DIREKTE AKTION – S. 55  
DÖBELNER JUNGS – S. 16  
Dönitz, Karl – S. 26  
DRUCKSCHRIFTEN- UND ZEITUNGSVERLAG GmbH – S. 39  
DVU-LISTE D – S. 35

## **E**

EHRENBUND RUDEL – S. 35  
EISENHERZ – S. 16  
Engels, Friedrich – S. 52, 54  
EYE OF ODIN – S. 16  
EXPLIZIT – S. 65

## **F**

Föderaler Schutzdienst – S. 71  
FÖDERATION DER DEMOKRATISCHEN ARBEITERVEREINE – S. 66  
FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V. – S. 61, 62  
FOIER FREI! – S. 18  
FREEWINDS – S. 68  
FREIE AKTIVISTEN HOYERSWERDA – S. 15, 34  
FREIE ARBEITERINNEN UND ARBEITER UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION – S. 55  
FREIE KRÄFTE – S. 13, 14, 20, 34  
FREIE NATIONALISTEN – S. 13, 20, 21, 29  
FREIER RUNDBRIEF CHEMNITZ – S. 11, 20  
FREIER RUNDBRIEF DRESDEN – S. 11, 20, 38, 39  
FREIER RUNDBRIEF - LAUSITZER LAND – S. 39  
FREIER RUNDBRIEF - OSTERZGEBIRGE – S. 39  
FREIER WIDERSTAND – S. 13, 19, 20, 21  
FREIHEIT – S. 67  
FREIHEITSFALKEN KURDISTANS – S. 61  
FREIHEITS- UND DEMOKRATIEKONGRESS KURDISTANS, siehe VOLKSKONGRESS KURDISTANS  
FREY, Dr. Gerhard – S. 32  
FREUNDESKREIS UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN – S. 40  
FRONT DER ISLAMISCHEN KÄMPFER DES GROBEN OSTENS – S. 65  
FRONT-RECORDS – S. 31  
FURKAN – S. 65

## G

- GANSEL, Jürgen – S. 9  
GEGENSTANDSPUNKT – S. 44, 45  
GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V. – S. 39  
GIGI & DIE STADTMUSIKANTEN – S. 31  
Goebbels, Joseph – S. 31  
GRABERT-VERLAG – S. 39  
GRASWURZELREVOLUTION e. V. – S. 55  
GRASWURZELREVOLUTION – FÜR EINE GEWALTFREIE, HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT – S. 55  
GUILTYLY THE PAIN – S. 16

## H

- HÄHNEL, Jörg – S. 31  
HALK ICIN DEVRIMCI DEMOKRASI – S. 65  
HAMAS – S. 60  
HATECORE-FORUM – S. 15, 31  
Heimatbüro, siehe ÜLKE-Büro  
HEKMAT, Mansoor – S. 64  
HESELBARTH – S. 36  
Heß, Rudolf – S. 9  
HIER & JETZT – S. 33, 39  
HILAFET – S. 65  
HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE UND POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE e. V. – S. 40  
Hitler, Adolf – S. 9, 10, 11, 26, 28, 29, 31  
HIZB AL DA'WA AL ISLAMIA – S. 65  
HIZB ALLAH – S. 58, 60, 65  
HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMI – S. 65  
Hubbard, Lafayette Ronald – S. 67, 68  
Husseini, Saddam – S. 63

## I

- IMPACT – S. 67  
INCIPITO – S. 50, 51, 55  
INDYMEDIA – S. 46, 49, 51  
INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG – S. 35  
INTERNATIONAL – S. 64  
INTERNATIONALE FÖDERATION IRANISCHER FLÜCHTLINGS- UND IMMIGRANTENRÄTE – S. 64  
INTERNATIONAL SOCIALISTS TENDENCY – S. 54  
INTERIM – S. 55  
ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS – S. 65  
ISLAMISCHE HEILSFRONT – S. 65

## J

- Junge Freiheit – S. 26, 28  
JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTDEUTSCHLAND e. V., siehe JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUBEN e. V.  
JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUBEN e. V. – Landesverband Sachsen/Niederschlesien – S. 13, 30, 37, 46  
JUNGE NATIONALDEMOKRATEN – S. 14, 23, 24, 25, 33, 39, 45, 51  
JUNGE WELT – S. 55

## K

- KALIFATSSTAAT – S. 65  
KAMERADSCHAFT OBERLAUSITZ e. V. – S. 21, 22  
KLAROFIX – S. 51

KLARTEXT – S. 40  
KNOP, Ingmar – S. 38  
KOMALÊN CIWANAN AVRUPA – EUROPAORGANISATION – S. 61  
KOMMISSION FÜR VERSTÖßE DER PSYCHIATRIE GEGEN MENSCHENRECHTE – S. 67  
KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG e. V. – S. 23  
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS – S. 43, 54  
KOMMUNISTISCHEN PARTEI IRANS – S. 58, 64  
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS – S. 43, 44, 53, 55  
KOMPASS – S. 33  
KONFÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN EUROPA – S. 61  
KONFRONTATION – S. 16  
KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA – S. 61  
Kulturprojekt PLAGWITZ e. V. – S. 55  
KURDISCHES HAUS LEIPZIG e. V. – S. 62  
KURDISCHES KULTURZENTRUM SACHSEN e. V. – S. 62

## L

LEFT-ACTION – S. 51  
LEICHSENRING, Uwe – S. 23  
LEIPZIGER ANTIFA – S. 51  
Lenin – S. 52, 54  
LIBERATION TIGERS OF TAMIL EELAM – S. 66  
LINKSRUCK – SOZIALISTISCHE ZEITUNG – S. 54, 55  
LINKSRUCK-NETZWERK – S. 43, 54, 55  
LÖWE UND SONNE – S. 63

## M

MACHTKAMPF – S. 16  
MAOISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI – S. 65  
Marx, Karl – S. 52, 54  
MARXISTISCHE BLÄTTER – S. 52  
MARXISTISCHE GRUPPE – S. 44  
MARXISTISCHES FORUM – S. 55  
MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI – S. 65  
MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS – S. 43, 44, 55  
MARX, Peter – S. 32  
MENSCHENRECHTSVEREIN FÜR IRANISCHE MIGRANTEN e. V. – S. 64  
Militärischer Nachrichtendienst – S. 71  
MILLI GÖRÜS & PERSPEKTIVE – S. 65  
MISCAVIGE, David – S. 67  
MITTEILUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS – S. 53, 55  
MITTELDEUTSCHE JUGENDZEITUNG – S. 53, 55  
MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN – S. 24  
MITTWOCHSGRUPPE – S. 51  
MODARESI, Kourush – S. 64  
MODJAHED – S. 63, 65  
MOSHPIT – S. 16  
MUSLIMBRUDERSCHAFT – S. 59, 65, 66

## N

NACHRICHTEN DER HNG – S. 40  
NARCONON – S. 67  
NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS – S. 9, 12, 13, 23, 38, 39, 54  
NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND – S. 23

NATIONALE BEFREIUNGSARMEE – S. 64  
 NATIONALER BEOBACHTER FÜR CHEMNITZ UND UMGEBUNG – S. 40  
 NATIONALER BEOBACHTER DELITZSCH – S. 40  
 NATIONALER BEOBACHTER LEIPZIG – S. 40  
 NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU e. V. – S. 19, 22  
 NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN – S. 58, 63  
 NATIONALES BÜNDNIS DRESDEN e. V. – S. 13, 38  
 NATIONALES FORUM – S. 9  
 NATIONALES JUGENDBÜNDNIS DRESDEN – S. 13, 38  
 NATIONALES UND SOZIALES AKTIONSBÜNDNIS MITTELDEUTSCHLAND – S. 40  
 NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI – S. 11, 26  
 NATIONAL-ZEITUNG / DEUTSCHE WOCHENZEITUNG – S. 35, 40  
 NATION & EUROPA – DEUTSCHE MONATS-HEFTE – S. 40  
 NATION EUROPA-VERLAG GMBH – S. 39

## O

ODESSA – S. 16  
 ÖCALAN, Abdullah – S. 60, 61, 62, 63  
 ÖZGÜR GELECEK YOLUNDA ISCI KÖYLÜ – S. 65  
 Oil-Skins – S. 15  
 ORGANISATION DER JUNGEN KOMMUNISTEN – S. 65

## P

PC-RECORDS – S. 48  
 PETZOLD, Winfried – S. 30  
 PHASE 2 – S. 55  
 PROJEKT X – S. 16

## R

RACIAL PURITY – S. 16  
 RADJAVI, Maryam bzw. Massoud – S. 63, 64  
 REBELL – JUGENDMAGAZIN DES JUGENDVERBANDES REBELL – S. 55  
 REDAKTIONSKOLLEKTIV NIP SACHSEN – NAZIS IN DEN PARLAMENTEN – S. 50  
 RENNICKE, Frank – S. 31  
 REPUBLIKANER, siehe DIE REPUBLIKANER  
 REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGS-PARTEI/-FRONT – S. 66  
 RIEGER, Jürgen – S. 29, 31, 32  
 RIESAER ZÜNDBLÄDD'L – S. 18  
 RING NATIONALER FRAUEN – S. 23, 32  
 RISALAT UL-IKHWÂN – S. 66  
 ROBMÜLLER, Sascha – S. 32  
 ROTE FAHNE – S. 54, 55  
 ROTE HILFE e. V. – S. 42, 43, 44, 50, 54  
 ROTE LAUSITZ – S. 52  
 ROTFUCHS – S. 55  
 RUFÉ INS REICH – S. 18

## S

SACHSEN STIMME – S. 33, 40  
 SACHSONIA – S. 16  
 SCIENTOLOGY-ORGANISATION – S. 67  
 SCHÖN, Jürgen – S. 24  
 SCHÜSSLER, Gitta – S. 32  
 SELBSTSTELLER – S. 16

SERXWEBUN – S. 60, 66  
S.H.A.R.P.-Skins – S. 15  
SKADI-FORUM – S. 31  
SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ – S. 15, 20, 34  
SOLIDARITÄT – SOZIALISTISCHE ZEITUNG – S. 55  
SOURCE – S. 67  
SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE VORAN – S. 55  
SOZIALISTISCHE ARBEITERGRUPPE – S. 54  
SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND – S. 52  
STAHLHELM – S. 18, 40  
STIGGER & SISCO – S. 31

## **T**

TATSACHEN – S. 66  
T.H.O.R. – S. 16  
TOMORROW – S. 51  
Trotzki, Leo – S. 54  
TÜRKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI / MARXISTEN LENINISTEN – S. 65

## **U**

ÜLKE-Büro – S. 62  
UNABHÄNGIGE NACHRICHTEN – S. 40  
UNION DER FREIEN FRAUENVERBÄNDE – S. 61  
UNSERE ZEIT – S. 44, 52, 55

## **V**

VENCEREMOS – S. 49, 50  
VIDUTHALAI PULIGAL – S. 66  
VOIGT, Udo – S. 9, 28, 30, 31, 32, 36, 38  
VOLKSBEFREIUNGSARMEE KURDISTANS – S. 60  
VOLKSKONGRESS KURDISTANS – S. 60, 66, 74  
VOLKSMODJAHEDIN IRAN – ORGANISATION – S. 63, 65

## **W**

WEG UND ZIEL – S. 9, 27, 28  
WEIßE HORDE – S. 16  
WHITE DESTINY – S. 16  
WHITE RESISTANCE – S. 16  
WHITE VICTORY – S. 18  
WIKINGERVERSAND-FORUM – S. 31  
WORCH, Christian – S. 46  
WORLD INSTITUTE OF SCIENTOLOGY ENTERPRISES – S. 67  
W.O.T.A.N. – S. 16  
WULFF, Thomas – S. 29

## **Y**

YENI ÖZGÜR POLITIKA – S. 61, 62, 63  
YÜRÜYÜS – S. 66

## **Z**

ZEIT FÜR PROTEST! – S. 40  
ZENTRUM FÜR INDIVIDUELLES UND EFFEKTIVES LERNEN – S. 67  
Ziviler Auslandsaufklärungsdienst – S. 71

# Abkürzungsverzeichnis

## A

|             |   |
|-------------|---|
| AA/BO       | ANTIFASCHISTISCHE AKTION / BUNDESWEITE ORGANISATION |
| ABLE        | ASSOCIATION FOR BETTER LIVING AND EDUCATION         |
| AFBL        | ANTIFASCHISTISCHER FRAUENBLOCK LEIPZIG              |
| AKON        | AKTION ODER-NEIBE                                   |
| ANTIFA RDL  | ANTIFA ROBWEIN-DÖBELN-LEISNIG                       |
| API         | ARBEITERKOMMUNISTISCHE PARTEI IRAN                  |
| APS         | APPLIED SCHOLASTICS                                 |
| ARGK        | VOLKSBEFREIUNGSMILITÄR KURDISTANS                   |
| ART DRESDEN | ANTIFARECHERCHETEAM DRESDEN                         |

## B

|        |                             |
|--------|-----------------------------|
| B.A.T. | BUNDESWEITES ANTIFA TREFFEN |
| BgR    | BÜNDNIS GEGEN REALITÄT      |

## C

|     |   |
|-----|---|
| CDK | KOORDINATION DER KURDISCHEN DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT IN EUROPA |
| CSI | CHURCH OF SCIENTOLOGY INTERNATIONAL                               |

## D

|            |   |
|------------|---|
| Da'Wa      | HIZB AL DA'WA AL ISLAMIA                      |
| DHKP-C     | REVOLUTIONÄRE VOLKSBEFREIUNGS-PARTEI/-FRONT   |
| DIDF       | FÖDERATION DER DEMOKRATISCHEN ARBEITERVEREINE |
| DKP        | DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI                |
| DS         | DEUTSCHE STIMME                               |
| DSZ-VERLAG | DRUCKSCHRIFTEN- UND ZEITUNGSVERLAG GmbH       |
| DVU        | DEUTSCHE VOLKSUNION                           |
| DVU e. V.  | DEUTSCHE VOLKSUNION e. V.                     |

## F

|         |  |
|---------|--|
| FAH     | FREIE AKTIVISTEN HOYERSWERDA   |
| FAU/IAA | FREIE ARBEITERINNEN UND ARBEITER UNION – INTERNATIONALE ARBEITER ASSOZIATION |
| FIS     | ISLAMISCHE HEILSFRONT  |
| FSB     | Föderaler Schutzdienst   |

## G

|     |  |
|-----|--|
| GFP | GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e. V. |
| GRU | Militärischer Nachrichtendienst          |

## H

|     |                          |
|-----|--------------------------|
| HuT | HIZB UT-TAHRIR AL-ISLAMI |
|-----|--------------------------|

## I

|        |   |
|--------|---|
| IBDA-C | FRONT DER ISLAMISCHEN KÄMPFER DES GROßEN OSTENS                       |
| ICCB   | KALIFATSSTAAT   |
| I.f.A. | INITIATIVE FÜR AUSLÄNDERBEGRENZUNG                                    |
| IFIR   | INTERNATIONALE FÖDERATION IRANISCHER FLÜCHTLINGS- UND IMMIGRANTENRÄTE |
| IGMG   | ISLAMISCHE GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS                                   |
| IST    | INTERNATIONAL SOCIALISTS TENDENCY                                     |

## J

|     |  |
|-----|--|
| JLO | JUNGE LANDSMANNSCHAFT OSTPREUßEN e. V.; jetzt: JUNGE LANDSMANNSCHAFT OST-DEUTSCHLAND e. V. |
| JN  | JUNGE NATIONALDEMOKRATEN   |

## **K**

|             |  |
|-------------|--|
| KADEK       | FREIHEITS- UND DEMOKRATIEKONGRESS KURDISTANS                 |
| KGK         | VOLKSKONGRESS KURDISTANS                                     |
| KOL         | KAMERADSCHAFt OBERLAUSITZ e. V.                              |
| KONGRA-GEL  | VOLKSKONGRESS KURDISTANS                                     |
| KON-KURD    | KONFÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN EUROPA                   |
| KPF der PDS | KOMMUNISTISCHE PLATTFORM DER LINKSPARTEI.PDS                 |
| KPD-Ost     | KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS                           |
| KPV         | KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG e. V.                         |
| KPI         | KOMMUNISTISCHE PARTEI IRANS                                  |
| KVPM        | KOMMISSION FÜR VERSTÖßE DER PSYCHIATRIE GEGEN MENSCHENRECHTE |

## **L**

|      |                                  |
|------|----------------------------------|
| LEA  | LEIPZIGER ANTIFA                 |
| LTTE | LIBERATION TIGERS OF TAMIL EELAM |

## **M**

|      |   |
|------|---|
| MB   | MUSLIMBRUDERSCHAFT                              |
| MEK  | VOLKSMODJAHEDIN IRAN - ORGANISATION             |
| MF   | MARXISTISCHES FORUM                             |
| MG   | MARXISTISCHE GRUPPE                             |
| Miwo | MITTWOCHSGRUPPE                                 |
| MJZ  | MITTELDEUTSCHE JUGENDZEITUNG                    |
| MKP  | MAOISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI               |
| MLKP | MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI |
| MLPD | MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS   |
| MND  | MITTELDEUTSCHE NATIONALDEMOKRATEN               |

## **N**

|       |  |
|-------|--|
| NB    | NATIONALES BÜNDNIS DRESDEN e. V.                           |
| NHB   | NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND                       |
| NIP   | REDAKTIONSKOLLEKTIV NiP SACHSEN – NAZIS IN DEN PARLAMENTEN |
| NJB   | NATIONALER JUGENDBLOCK ZITTAU e. V.                        |
| NJB   | NATIONALES JUGENDBÜNDNIS DRESDEN                           |
| NLA   | NATIONALE BEFREIUNGSARMEE                                  |
| NPD   | NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS                  |
| NSAM  | NATIONALES UND SOZIALES AKTIONSBÜNDNIS MITTELDEUTSCHLAND   |
| NSDAP | NATIONALSOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERPARTEI             |
| NWRI  | NATIONALER WIDERSTANDSRAT IRAN                             |
| NZ    | NATIONAL-ZEITUNG / DEUTSCHE WOCHENZEITUNG                  |

## **P**

|     |                           |
|-----|---------------------------|
| PKK | ARBEITERPARTEI KURDISTANS |
|-----|---------------------------|

## **R**

|     |                        |
|-----|------------------------|
| REP | DIE REPUBLIKANER       |
| RH  | ROTE HILFE e. V.       |
| RNF | RING NATIONALER FRAUEN |

## **S**

|      |  |
|------|--|
| SAG  | SOZIALISTISCHE ARBEITERGRUPPE          |
| SAV  | SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE VORAN       |
| SDAJ | SOZIALISTISCHE DEUTSCHE ARBEITERJUGEND |
| SO   | SCIENTOLOGY-ORGANISATION               |



|          |  |
|----------|--|
| SSS      | SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ                           |
| SWR      | Ziviler Auslandsaufklärungsdienst                      |
| <b>T</b> |  |
| TAK      | FREIHEITSFALKEN KURDISTANS                             |
| TECAK    | BEWEGUNG DER FREIEN JUGEND KURDISTANS                  |
| TKP/ML   | TÜRKISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI / MARXISTEN LENINISTEN |
| <b>U</b> |  |
| UZ       | UNSERE ZEIT  |
| <b>W</b> |  |
| WISE     | WORLD INSTITUTE OF SCIENTOLOGY ENTERPRISES             |
| <b>Y</b> |  |
| YEK-KOM  | FÖDERATION KURDISCHER VEREINE IN DEUTSCHLAND e. V.     |
| YJA      | UNION DER FREIEN FRAUENVERBÄNDE                        |
| <b>Z</b> |  |
| ZIEL     | ZENTRUM FÜR INDIVIDUELLES UND EFFEKTIVES LERNEN        |



# Verzeichnis der Orte, Landkreise, Regionen, Länder

## A

Afghanistan – S. 58  
Aue-Schwarzenberg (Landkreis) – S. 34

## B

Baden-Württemberg – S. 39, 46, 67, 72  
Bagdad (Irak) – S. 63  
Bautzen – S. 16, 21, 22  
Bayern – S. 24, 39, 67  
Bergen (Vogtlandkreis) – S. 30  
Berlin – S. 10, 23, 24, 29, 32, 35, 37, 48, 49, 53, 55, 62, 63, 67  
Borna – S. 16  
Brandenburg – S. 30, 35, 36, 48  
Brüssel (Belgien) – S. 61

## C

Chemnitz – S. 16, 17, 20, 34, 40, 48, 51, 53, 54, 62  
Chemnitzer Land (Landkreis) – S. 32, 34  
China – S. 71  
Coburg (Bayern) – S. 39

## D

Delitzsch – S. 17, 24, 40  
Döbeln – S. 16, 34, 48, 51, 52  
Dohna/OT Borthen (Landkreis Sächsische Schweiz) – S. 17  
Dresden – S. 9, 11, 13, 16, 20, 21, 23, 24, 30, 31, 37, 38, 39, 43, 44, 46, 47, 48, 49, 50, 52, 53, 62, 68, 72, 73, 74  
Duisburg (Nordrhein-Westfalen) – S. 52

## E

Ehrenfriedersdorf (Landkreis Annaberg) – S. 16  
Erzgebirge – S. 16, 21, 39, 52  
Essen (Nordrhein-Westfalen) – S. 52

## F

Finsterwalde (Brandenburg) – S. 48  
Frankreich – S. 31, 72  
Freiberg – S. 34, 38

## G

Görlitz – S. 21, 22  
Göttingen (Baden-Württemberg) – S. 45  
Großbritannien – S. 58, 72

## H

Halle/Saale (Sachsen-Anhalt) – S. 63  
Hamburg – S. 29, 32, 46, 67  
Hoyerswerda – S. 15, 16, 21, 34, 52

## I

Irak – S. 58, 59, 60  
Iran – S. 57, 58, 63, 64, 65, 70

## **K**

Kanada – S. 72  
Karlsruhe (Baden-Württemberg) – S. 46

## **L**

Lausitz – S. 21, 34, 39, 52  
Leipzig – S. 16, 20, 24, 40, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 50, 51, 52, 53, 55, 59, 62, 63, 64, 65, 74  
Leisnig (Landkreis Döbeln) – S. 51  
Löbau – S. 16, 22, 33  
Löbau-Zittau (Landkreis) – S. 22  
Los Angeles (USA) – S. 67

## **M**

Magdeburg (Sachsen-Anhalt) – S. 62  
Martensrade (Schleswig-Holstein) – S. 39  
Mecklenburg-Vorpommern – S. 14, 23, 29, 30, 37  
Meißen (Landkreis) – S. 30  
Muldentalkreis – S. 16, 31  
Mylau (Vogtlandkreis) – S. 17  
München – S. 35, 39, 55

## **N**

Naher Osten – S. 58  
Niederau (Landkreis Meißen) – S. 30  
Niederfrohna (Landkreis Chemnitzer Land) – S. 32  
Niederlande – S. 62  
Niesky (Niederschlesischer Oberlausitzkreis) – S. 21  
Nord-Korea – S. 70  
Nordrhein-Westfalen – S. 58

## **O**

Oberlausitz – S. 21, 22, 34  
Oderwitz (Landkreis Löbau-Zittau) – S. 22

## **P**

Pakistan – S. 70  
Pirna – S. 16, 49  
Plauen – S. 43, 46, 48

## **R**

Regensburg (Bayern) – S. 59  
Rheinland-Pfalz – S. 58  
Riesa – S. 16, 18, 23, 24, 39  
Roßwein (Landkreis Döbeln) – S. 43, 45, 48, 51  
Russische Föderation – S. 71

## **S**

Sachsen-Anhalt – S. 32, 36, 37, 38, 48, 49, 63  
Sächsische Schweiz (Landkreis) – S. 13, 14, 15, 17, 19, 20, 21, 23, 34, 38  
Schleswig-Holstein – S. 39  
Schneeberg (Landkreis Aue-Schwarzenberg) – S. 16  
Schönebeck (Sachsen-Anhalt) – S. 48  
Seiffhennersdorf (Landkreis Löbau-Zittau) – S. 22

Sinning (Bayern) – S. 24  
Sotterhausen (Sachsen-Anhalt) – S. 32  
Syrien – S. 70

## **T**

Thüringen – S. 16, 24, 48  
Tübingen (Baden-Württemberg) – S. 39  
Türkei – S. 60, 61

## **U**

USA – S. 9, 26, 28, 61, 64, 67, 72

## **V**

Vogtlandkreis – S. 17, 30

## **W**

Weißeritzkreis – S. 34  
Weißwasser (Niederschlesischer Oberlausitzkreis) – S. 22, 52  
Wernigerode (Sachsen-Anhalt) – S. 48, 49  
Wurzen – S. 16, 31, 51

## **Z**

Zittau – S. 19, 22, 33, 48  
Zwickau – S. 52, 62

Impressum: Herausgegeben vom Landesamt für Verfassungsschutz (LfV), Neuländer Straße 60, 01129 Dresden.  
Redaktionsschluss: 31. Dezember 2006.  
Fotos Titelseite: Oben und Unten: picture alliance, Mitte: Internetseite mob action.  
Herstellung:  
Druck- und Verlagsgesellschaft Marienberg mbH, Industriestraße 7, 09496 Marienberg, Tel. (0 37 35) 9 16 40,  
Fax (0 37 35) 2 34 86, info@druckerei-marienberg.de, <http://www.druckerei-marienberg.de>.  
Auflage: 11.000 Exemplare.  
Bezug: Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, PF 100242, 01072 Dresden, Telefon (03 51) 8 58 50.  
Der Verfassungsschutzbericht ist auch über das Internet abrufbar: <http://www.sachsen.de/verfassungsschutz/>



Absender:

---

---

---

---

---

---

---

Bitte  
ausreichend  
frankieren

**Landesamt für  
Verfassungsschutz Sachsen  
Neuländer Straße 60**

**01129 Dresden**



**Bitte senden Sie uns kostenlos folgendes Informationsmaterial zu:**

(Zutreffendes bitte ankreuzen und Stückzahl angeben)

(Hinweis: Postfachversand leider nicht möglich)

- \_\_\_\_\_ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 2006
- \_\_\_\_\_ Exemplar/e der Broschüre  
„Mit Hakenkreuz und Totenkopf – wie sich Rechtsextremisten zu erkennen geben“
- \_\_\_\_\_ Exemplar/e der Broschüre  
„Rechtsextremistische Jugendszenen im Freistaat Sachsen“
- \_\_\_\_\_ Exemplar/e der Broschüre  
„Rechtsextremistische Musik – Lockmittel und Szenekitt“
- \_\_\_\_\_ Exemplar/e der Broschüre „Autonome Szene im Freistaat Sachsen“
- \_\_\_\_\_ Exemplar/e der Broschüre „Islamismus“
- \_\_\_\_\_ Exemplar/e des Faltblattes „Verfassungsschutz im Blickpunkt“

Alle genannten Broschüren können auch unter der Internetadresse  
<http://www.sachsen.de/verfassungsschutz/> heruntergeladen werden.

